MEDIEN & ZEIT

Forum für historische Kommunikationsforschung

Radiokabarett 1924 — 1934

Nachrichten im Nachkriegsrundfunk

Vom Besatzungsrundfunk zum ORF

Zeitgeschichte im *Club 2*

2/89

Jahrgang 4

Inhalt

Editorial 1

„... und täglich Wiener Schnitzel zu essen verdirbt im Laufe der Zeit auch den gesündesten Magen"
Thomas Bulant 2

Armes freies Wort. Von den Anfängen aktueller Berichterstattung im Nachkriegsrundfunk.
Theodor Venus. 11

Halbe Lösungen, vertane Chancen. — Vom Besatzungsrundfunk zum ORF.
Norbert Peter Feldinger. 19

Zeitgeschichte im *Club 2*.
Eva Maria Marginter 28

Rezensionen 32

In der Heftmitte:
Register des 3. Jahrganges 1988

Medieninhaber und Herausgeber:
Verein „Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)", 1014 Wien, Postfach 208;
Vorstand des AHK:
Dr. Wolfgang Duchkowitsch (Obmann), DDr. Oliver Rathkolb (Obmann-Stv.), Dr. Fritz Hausjell (Geschäftsführer), Dr. Peter Malina (Geschäftsführer-Stv.), Dr. Hannes Haas (Kassier), Dr. Theodor Venus (Kassier-Stv.), Margit Steiger (Schriftführerin), Dr. Rudolf Holzer (Schriftführer-Stv.), Dr. Peter Lüftenegger, Margit Suppan, Dr. Hannes Zimmermann

Korrespondenten:
Dr. Hans Bohrmann (Dortmund), Dr. Hermann Haarmann (Berlin), Dr. Robert Knight (London), Dr. Arnulf Kutsch (Münster), Dr. Edmund Schulz (Leipzig)

Redaktion:
Vorstand des „Arbeitskreises für historische Kommunikationsforschung (AHK)"; redaktionelle Leitung dieses Heftes: Margit Suppan und Dr. Theodor Venus

Lektorat:
Eva Wasmuht

Hersteller:
Texteingabe: Dr. Ulrike Horak
Satz: Fa. Adolf Holzhausens Nfg., 1070 Wien, Kandlgasse 19—21
Layout: Margit Steiger und Margit Suppan
Druck: HTU-Wirtschaftsbetriebe Ges. m. b. H., 1040 Wien, Gußhausstr. 27—29

Erscheinungsweise:
MEDIEN & ZEIT erscheint vierteljährlich

Bezugsbedingungen:
Einzelheft (exkl. Versand): öS 45.—
Jahresabonnement:
Österreich (inkl. Versand): öS 150.—
Ausland (inkl. Versand auf Landweg): öS 215.—
Studentenjahresabonnement:
Österreich (inkl. Versand): öS 110.—
Ausland (inkl. Versand auf Landweg): öS 175.—
Bestellungen an *MEDIEN & ZEIT*, 1014 Wien, Postfach 208, oder über den gutsortierten Buch- und Zeitschriftenhandel
ISSN 0259-7446

Bankverbindungen:
Creditanstalt-Bankverein, Konto-Nr. 0120-03513/00
Österreichische Länderbank, Konto-Nr. 257-107-907/00
Österreichische Postsparkasse (PSK), Konto-Nr. 7510.438

Gefördert vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, Wien

Autorin und Autoren dieser Ausgabe

Thomas BULANT (1965), Student am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und der Pädagogischen Akademie in Wien.

Dr. Norbert Peter FELDINGER (1959), Lehrbeauftragter am Institut für Publizistik- und Kommunikationstheorie der Universität Salzburg, Mitarbeiter des ORF-Landesstudios Salzburg.

Mag. Eva Maria MARGINTER (1941), Redakteurin der „Club 2"-Redaktion im ORF.

Dr. Theodor VENUS (1952), Lehrbeauftragter am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien.

Editorial

Nachdem zuletzt die Themen Vertreibung, Exil und NS-Herrschaft (und Mittäterschaft) ‚logische' Schwerpunkte von *Medien & Zeit* (und des AHK) im Bedenkjahr 1988 waren und aus gegebenem Anlaß auch das letzte Heft davon bestimmt wurde, scheint es angebracht, vorerst einmal innezuhalten. Freilich soll und kann dies nicht als Schlußstrich in der Aufarbeitung eines nach wie vor bestehenden Defizits an Forschung verstanden werden; der in Gang gesetzte Prozeß des Fragens und Forschens wird zu neuen Bemühungen und ebenso ergänzenden wie teilweise korrigierenden Ergebnissen kommen.

Das vorliegende Heft 2/1989 von *Medien & Zeit*, das im übrigen das Thema ‚Vergangenheitsbewältigung', diesmal aus der Perspektive der zeitweise außerordentlich bedeutenden Rolle des ‚Club 2' (siehe den Beitrag Eva Maria Marginters) erneut anschlägt, ist erstmals in der nunmehr dreijährigen Geschichte unserer Zeitschrift der österreichischen Rundfunkgeschichte gewidmet. Den gegenwärtigen Status quo der Rundfunkforschung in Österreich zu beschreiben, fällt nicht leicht. Anfang der achziger Jahre fast noch ein weißer Fleck auf der Landkarte der Medien- und Kommunikationsgeschichte hat das Interesse und als Folge davon auch die Anzahl wissenschaftlicher Arbeiten seither merklich zugenommen. Besonderes Augenmerk wurde dabei zuletzt von Kommunikationswissenschaftlern wie Zeithistorikern der Entwicklung der österreichischen Rundfunklandschaft zwischen 1945 und 1955 geschenkt; für diesen Zeitraum scheinen, bedingt durch die Öffnung alliierter Archive quellenmäßig die niedrigsten Eintrittsbarrieren zu bestehen.

Als weiteres Charakteristikum bisheriger heimischer Rundfunkforschung scheint das geringe Ausmaß an Arbeitsteilung, Spezialisierung und Systematik hervorhebenswert. Vielleicht ist es auch das Fehlen eines organisierenden Faktors und Diskussionsforums, wie es in einem die so löbliche und fruchtbare Einrichtung, wie des bundesdeutschen ‚Studienkreises Rundfunk und Geschichte' darstellt. Ob man daher bereits von einer Rundfunkgeschichtsschreibung als eigener Disziplin für Österreich sprechen kann, scheint fraglich.

Zwei der in diesem Heft versammelten Beiträge — jene von Thomas Bulant und Theodor Venus — versuchen Streifen in das kaum bestellte weite Feld der Programmgeschichte zu ackern.

Die Studie Thomas Bulants über die Berührungsängste im Umgang des Rundfunks mit dem Kabarett der zwanziger und frühen dreißiger Jahre kann vom Ergebnis her weit in die Zweite Republik hinein verlängert werden — siehe den Fall ‚Watschenmann'.

Der Aufsatz über die Anfänge aktueller Berichterstattung von Theodor Venus versucht, z. T. an bereits vorliegende Versuche anschließend, teilweise unter Herbeischaffung neuen Quellenmaterials, die wesentlichen Determinanten, Stadien und Zäsuren der Entwicklung des ‚Genres' Aktuelles und Nachrichten der Jahre 1945 bis 1947 im österreichischen Hörfunk zu analysieren. Sein Ergebnis etwas vergröbernd nach einigen hoffnungsvollen Innovationen in den ersten Monaten nach Kriegsende wurde die Emanzipation aktueller Berichterstattung von den herrschenden (Groß-)Parteien mindestens im gleichen Maß behindert, wie von der dafür lange Zeit allein verantwortlich gemachten sowjetischen Besatzungsmacht.

Norbert Peter Feldingers Beitrag über den langen Weg vom Ende des Besatzungs- zum wiedervereinten österreichischen Rundfunk liegt im Ergebnis auf einer ähnlichen Ebene, nur daß er methodisch organisationsgeschichtlich zentriert ist. Feldinger legt den Finger vor allem auf die Tatsache, daß die großkoalitionär im wesentlichen 1957 zustande gekommene ‚halbe Lösung', paktiert jedoch gesetzlich nicht fixiert, vor allem zulasten des Föderalismus im Rundfunk ging, womit in langer Perspektive zumindest ein halber Schritt zurück getan wurde.

Wie in den vorangegangenen Jahren enthält auch Heft 2/1989 — quasi als ‚Tätigkeitsbericht' der Redaktion — das vollständige Jahresregister zum Jahrgang 1988.

Die Redaktion

THOMAS BULANT

„... täglich Wiener Schnitzel zu essen, verdirbt im Laufe der Zeit den gesündesten Magen."

Das Kabarett auf Welle 530

„Die Sache mit dem Storch"

Ich kann mir nicht helfen, ich glaub' an den Storch.
Und wenn ich auf alle Methoden horch',
Wie angeblich Kinder zu Erden reisten,
Das mit dem Storch gefällt mir am meisten!
(Fritz Grünbaum)

Gedichte machen, Worte reimen, einen Vers dem anderen folgen lassen, gesprochen oder gesungen: Dies war eine der wichtigsten Darbietungsformen des Zwischenkriegskabaretts. In den Kabarettprogrammen der RAVAG, der Österreichischen Radioverkehrs AG in der Ersten Republik, nannte man diese zumeist unpolitische Form des Kabaretts „heitere Vorträge".

Das Radiokabarett entlieh sich seine Künstler meistens aus dem Wiener Simpl und somit auch die dort gebräuchlichen Darbietungsformen. Darunter befand sich auch die von Fritz Grünbaum und Karl Farkas kreierte Doppelconférence. Beide auch Meister in der Einzelconférence, boten sie in der Simpl-Revue „Der Vorhang hebt sich" folgendes Zwiegespräch über die RAVAG:

Farkas: Jetzt wird gearbeitet! Man müßte einmal Deine Gespräche während unserer Revuearbeit auf Schallplatten festhalten.
Grünbaum: Danke, ich habe nicht den Ehrgeiz, bei der RAVAG gratis mitzuwirken! Bei mir wird sie sich die Spesen für den Bau ihres neuen Funkhauses nicht hereinbringen!
F: Die RAVAG hat ein neues Funkhaus? Wozu hat sie das gebraucht?
G: Sie hat schon soviel Schallplatten gehabt, daß in der Johannesgasse kein Platz mehr dafür war!
F: Du fängst auch schon damit an? Seit sich der Reichsbrückenbau seiner Vollendung nähert, haben sich sämtliche Wiener Komiker auf die Schallplattensendungen der armen RAVAG gestürzt. Dabei ist das pure Verleumdung: Die RAVAG sendet nicht lauter Schallplatten!
G: Gewiß nicht! Hie und da sendet sie auch Grammophonmusik!
F: Sei nicht boshaft! Wahrscheinlich liebt das Publikum die Schallplattensendungen. Sonst hätte es sich längst über sie beschwert.
G: Es hat sich beschwert!
F: Und die RAVAG?
G: Steht auf dem Standpunkt, das Publikum hat außer den Wunschkonzerten keine Wünsche zu haben. Die RAVAG bestimmt das Programm, und das Publikum hat sich nicht hineinzumischen.

Die hier zitierte Aussage von Fritz Grünbaum charakterisierte auch das Schicksal des Kabaretts im Rundfunk: Das Publikum wünschte sich heitere Programme, die RAVAG blieb aber großteils bei ihrer Linie, den Hörern Wissenschaft und die hohe Kunst ins Haus zu liefern. Mit Karl Kraus ließe sich formulieren, daß nun ein jeder Hausmeister an die große Welt angeschlossen war.

Diese Untersuchung beschäftigt sich mit den Kabarettprogrammen der RAVAG in den Jahren 1928 bis 1934, also solange in Österreich eine demokratische Verfassung in Kraft war. Die Analyse endet mit der Proklamation der ständischen Verfassung des austrofaschistischen Regimes am 1. Mai 1934, mit der die demokratische Verfassung von 1929 abgelöst wurde. In diesem Zeitraum war die RAVAG keiner direkten staatlichen Zensur ausgesetzt, man unterwarf sich vielmehr einer Selbstzensur. Eine Programmdirektion, die personell konservativ (Czeija, Redlich, Kunsti, Ast, Nüchtern, Henz) dominiert war, tat das Ihre dazu. Um sich vorstellen zu können, wie schwer man sich mit dem Kabarett tat und welche Strategien entwickelt wurden, um Kabarettprogramme, insbesonders politische, zu vermeiden, sei erwähnt, daß man selbst so manches Werk von Johann Wolfgang von Goethe — der sicherlich nicht an die tagespolitische Aktualität angestreift war — nicht unzensuriert sendete.

Mit Hilfe einer statistischen Datenerfassung wird diese Analyse keine vollständige Geschichte des Rundfunkkabaretts schreiben können, da als Quellen lediglich die Programmzeitschriften, Hörerreaktionen und einige Fallbeispiele zur Verfügung stehen. Es läßt sich also nur das Endprodukt „Programm" untersuchen, während die dazu führenden Entscheidungsgründe leider im dunkeln bleiben. Außer einigen Beteuerungen der Programmverantwortlichen, den Anteil von heiteren Sendungen am Gesamtprogramm zu erhöhen, und einigen Hörerbefragungen gibt es keine weiteren Untersuchungsgrundlagen.

Die Untersuchung wird sich also auf eine Beschreibung des Programmes beschränken müssen.

Eines sei den folgenden Ausführungen vorausgeschickt: Auf dem Programmsektor „Heiteres" entsandten die Programmverantwortlichen der RAVAG viele Jahre hindurch den Storch, auch wenn die Zuhörer schon längst nicht mehr an diesen glaubten.

Was ist Kabarett?

Theaterwissenschaftler unterscheiden heute vier verschiedene Formen des Kabaretts. Während es sich beim artistischen Kabarett im allgemeinen um Kleinkunst ohne literarische oder satirische Ambitionen, zumeist in Nachtklubs mit der Möglichkeit des Publikumstanzes und dazwischengeschobenen artistischen,

sentimentalen oder frivolen Darbietungen handelte, brachte das literarische Kabarett eine meist lockere Mischung aus Bänkel- und Kunstliedern, Chansons, Tänzen, Musikstücken, Einaktern, Parodien auf literarische und dramatische Werke, wobei die einzelnen Nummern durch geistreiche Plaudereien eines Conférenciers verbunden wurden.

Das literarische Kabarett fand in der Zwischenkriegszeit im politisch-literarischen Kabarett seine Ausprägung und wurde nach dem Zweiten Weltkrieg vom politischen Kabarett abgelöst.

Ein Kabarett mit politischem Einschlag war jedoch in der RAVAG nicht denkbar. Vielmehr hat das in der RAVAG geduldete Kabarett vom Varieté die Form des bunten Allerlei übernommen und sie mit einer teils literarisch, teils dramatisch, teils poetisch ausgedrückten Aussage aufgefüllt, die sich hin und wieder kritisch mit Zeiterscheinungen und zwischenmenschlichen Situationen auseinandersetzte.

Worin liegt nun der Unterschied zwischen Cabaret und Kabarett?

Friedrich Torberg schreibt dazu in seiner Kritikensammlung *Das 5. Rad am Wagen*:

> ... zwei verschiedene Arten der gleichen Gattung wie etwa die Komödie und der Schwank. Womit schon angedeutet ist, daß innerhalb dieses zweifellos willkürlichen Wertungssystems das Cabaret die höhere, literarisch anspruchsvollere Form darstellt, das Kabarett hingegen die handfestere Unterhaltung.

Die RAVAG brachte in ihren „Bunten Abenden" beide Formen, nannte sie jedoch immer Kabarett. Wir wollen diesem Hausbrauch Folge leisten.

Horst Braun, ein Vertreter des politisch-satirischen Kabaretts, wie wir es heute verstehen, und bis 1975 Regisseur bei den „Stachelschweinen", würde das Neutralitätspostulat der RAVAG verletzen, wenn er meint: „Kabarett ist Tor und Pforte, durch die viel Richtiges in den Menschen hineingespielt werden kann."

Er hätte, wie man im schönsten Wienerisch sagt, bei der RAVAG kein Leiberl g'riss'n, denn dort waren vielmehr Meinungen wie die von Karl Farkas — er war nicht umsonst ein gerngesehener Conférencier in der RAVAG — gefragt:

> Das Kabarett soll seine Aufgabe in politischer Hinsicht, in der Möglichkeit, schlechte Menschen gut zu machen, nicht überschätzen. Ich will Leute lachen machen, wenn sie später nachdenklich werden, gut. Moralische Anstalt — bitte nein.

Einer Ideologie des unbeschwerten Humors konnte die RAVAG aber auch nicht folgen, wie die folgende Untersuchung zeigen wird.

Die Kleinkunst, der Banalität und Literatur, Blödelwitz und geistiger Anspruch, Bänkellieder, Chansons und Couplets, zeitlose Satire und aktuelle Wadelbeißerei, Tingeltangel mit Bohemecharakter, Nobelrevue und Poesie zuzurechnen sind, wurde von der RAVAG zumeist mit Walzer, Jazz und „heiteren" Stücken aus der klassischen Musik zu sogenannten „Bunten Abenden" verpackt. Mit einem Wort: Kraut und Rüben. Ein roter Faden, der Conférencier, war auch nicht immer zugegen.

In der Analyse wird dann zu zeigen sein, wie die RAVAG die erwähnten Begriffsdefinitionen von Kabarett in ein Funkkabarett umzulegen versuchte, welche Probleme dabei auftraten und welche Kabarettformen sie auszuschließen trachtete.

Quantitäten

Im Untersuchungszeitraum der Jahre 1928 bis 1934 gab es durchschnittlich pro Jahr 22,8 mal Heiteres in Radio Wien zu hören.

In diese Statistik wurden lustige Theaterstücke wie „Die schlimmen Buben in der Schule" von Nestroy, die von der Radiobühne den Rezipienten zu Gehör gebracht wurden, und als reine Musiksendungen angekündigte Programmpunkte, wenn sie auch heitere Weisen enthalten, nicht aufgenommen. Sie nennt lediglich die Daten der Sendungen, die dem Kleinkunstbereich und somit nach Definition (Kabarett, d. h. das bunte Allerlei) dem Kabarett zuzurechnen sind.

Bei beziehungsweise über dem Durchschnittswert von 22,8 Sendungen pro Jahr liegen die Werte der Jahre 1928, 1930, 1931 und 1933 (Schwergewicht in der 1. Jahreshälfte): Die Programmplanung in den Jahren 1927, 1929, 1932 und 1934, die von politischen und wirtschaftlichen Krisen gekennzeichnet waren, erbrachte eine geringere Anzahl von heiteren Sendungen; die Gründe werden im Abschnitt „Geschichte des Kabaretts auf Welle 530" zu erläutern sein, da dieses Datenergebnis eigentlich eher dem ehernen Grundsatz, „Ist das Leben trist, schicke leichte Unterhaltung über den Sender", widerspricht.

Wenn man der RAVAG überhaupt zugestehen kann, ihr Programm zu planen, ist festzustellen, daß es auf Welle 530 im Bereich des Kabaretts zumeist zur Setzung von Schwerpunkten kam, soferne diese nicht den häufigen Programmänderungen zum Opfer fielen, die freilich allzu oft zugunsten der heiteren Muse eintraten. Solche Schwerpunkte wurden zumeist im Fasching, nach Ostern, im Spätsommer und zu Jahresende gesetzt. Zwischen diesen Zeiten klafften große Löcher kabarettistischer Darbietungen, wie auch ein Leserbrief an die *Radiowelt* im Jahre 1928 dokumentiert:

> Die lustige Ader von Radio Wien bleibt auch während der fördernden Sommeratmosphäre so ziemlich verborgen. Gibt es da überhaupt eine Lustigkeit ...? Die Heiterkeit, die man so vermißt, will nicht hervorbrechen, sie vermag keine Form zu finden[1].

Die Schwerpunktsetzung erfolgte nicht nur als

eine Anhäufung von Kabarettsendungen zu einem bestimmten Zeitpunkt, sondern auch in inhaltlicher und besetzungsmäßiger Hinsicht. So war im März 1928 Fritz Grünbaum dreimal hintereinander zu hören, jedes Jahr ging mit einer Silvesterrevue zu Ende, und 1931 war das Jahr der Kabarettübertragungen aus Deutschland. Diese Beispiele mögen für die Schwerpunktsetzung der RAVAG angeführt sein. Ob man bei den acht Kabarettsendungen im März 1930 angesichts des knausrigen Umganges der RAVAG mit heiteren Programmen noch von Programmplanung sprechen kann, ist fraglich.

Eine weitere Frage der Quantitäten war die Dauer der Kleinkunstprogramme. Im Durchschnitt dauerte eine Kabarettsendung wie die „Bunten Abende" ein bis zwei Stunden. Die heiteren Vorträge, die zumeist als One- oder Two-Men-Show abliefen, hatten eine durchschnittliche Sendedauer von 45 Minuten. Sketches benötigten an die 30 Minuten. Die kürzeste Kleinkunstsendung, die die RAVAG im untersuchten Zeitraum über den Äther schickte, waren die am Samstag, dem 1. April 1933, gesendeten „Aprilscherze und Aufsitzer". Diese Sendung erzeugte 15 Minuten Lachen.

Die längste Kabarettsendung der RAVAG war die Übertragung „Kabarett aus Berlin" am Dienstag, dem 13. Oktober 1931 um 22 Uhr. Die Sendung dauerte 270 Minuten.

Sendeplätze

Die Erfassung der Sendeplätze ist hinsichtlich der Wochentage, der Tageszeit und der Einbindung in das Gesamtprogramm vorgenommen worden.

Eines kann man der Direktion der RAVAG nicht unterstellen, nämlich, daß man bei der Programmgestaltung einer Programmstruktur folgte. Bunt verstreut, finden sich die Kabarettsendungen an allen sieben Wochentagen. Lediglich der Dienstag und der Mittwoch weisen über längere Zeitstrecken eine höhere kabarettistische Frequenz auf, während, wo sich am Wochenende ein heiteres Programm befindet, dieses sich wohl nur verirrt haben konnte zwischen Opernübertragungen, Aufführungen der Radiobühne und Jazzkonzerten.

Auf jeden Fall war es für den Hörer unmöglich, sich an einen bestimmten Wochentag zu gewöhnen, an dem regelmäßig heitere Sendungen gebracht wurden. Wenn man bedenkt, daß Radiobühne, Abendkonzert, Jugend- und Bastelstunde, wissenschaftliche Vorträge und der Wetterbericht ihren fixen Sendeplatz hatten, läßt sich nur vermuten, daß der Radiosender der Hochkulturmetropole Wien die Hörer sich nicht an ein heiteres Programm gewöhnen lassen wollte, auch wenn die Forderungen der Rezipienten in diese Richtung für die RAVAG unüberhörbar gewesen sind, wie „Der Hörer als Kritiker" im Jahre 1933 in der *Radiowelt* schreibt:

> Wann wird endlich die von 90% der Radiohörer gewünschte Abendunterhaltung ins Programm aufgenommen werden?[2]

Die nächste Frage ist nun: Zu welcher Zeit wurden die Kabaretts, wenn sie einmal am Tagesprogramm standen, gesendet? Hierbei muß man zwischen Eigenproduktionen der RAVAG — das können Livesendungen aus dem Studio oder Schallplattenkabaretts, die in der Mehrzahl mit einem Conférencier auftraten, sein — und Übertragungen aus Kabarettetablissements aus Wien und aus deutschen Städten unterscheiden. Die Eigenproduktionen lassen sich in zwei große Klassen einteilen: Die „heiteren Vorträge", zumeist 45 Minuten lang, wurden — heute würde man Vorabendprogramm sagen — zwischen 18 und 20 Uhr gesendet. Im Ausnahmefall rutschten Sketches und Vorträge von Hermann Leopoldi auch in die nächste Zeitschicht, das Hauptabendprogramm, das häufiger dem „Bunten Abend" zugedacht war. Dieser Schicht von 20 bis 22 Uhr folgte zumeist ab 22 Uhr oder bei Überlängen der Bunten Abende ab 22 Uhr 30 leichte Abendmusik der Kapelle „Silving" und der Jazzkapelle Charly Gaudriot.

Die Übertragungen aus heimischen Kabaretts, die sowieso spärlich im Programm vertreten sind, fanden zumeist erst ab 22 Uhr statt. Der Hintergedanke der Programmverantwortlichen ist ganz klar: Diese Übertragungen waren live und konnten daher nicht der Selbstzensur der RAVAG unterworfen werden. Wenn daher auch aktuelle Themen aufs Korn genommen wurden, sollte wenigstens die Zuhörerschaft nicht allzu groß sein. Ein derartiges Rezept wird noch heute vom ORF bei kontroversiellen Themen erfolgreich angewandt. Diesem hauspolitischen Hintergrund ist ehrlicherweise hinzuzufügen, daß die Kabaretts erst zu solch nächtlicher Zeit ihr Hauptprogramm aufführten, da jene Etablissements in der Mehrzahl Nachtlokale waren.

Neben diesen Sendezeiten gab es auch einige Versuchsprogramme. So wurde am Donnerstag, dem 29. Mai 1930 um 15 Uhr „eine Stunde Nachmittagskabarett" über den Äther geschickt. Ein weiterer Versuch waren die zwei Monsterkabarett-Nächte im Jahre 1931.

Es wurde bereits erwähnt, daß den kabarettistischen Sendungen zumeist leichte Abendmusik folgte. Zur Einbindung der Sendungen ins Gesamtprogramm sind zwei Punkte aufzuzeigen: Kabarettistische Programme, die nach 20 Uhr angesetzt waren, wurden oft mit dem Wetterbericht und mit dem Zeitzeichen unterbrochen.

Als zweiter Punkt ist anzuführen, daß kabarettistische Programme oft den Sprachkursen folgten, Anhängsel anderer Sendetypen waren und wegen

Überlängen vorangegangener Sendungen verschoben oder gar nicht gebracht wurden.

Mit einem Wort: Die Freunde heiterer Programme waren von 1927 bis 1934 die ungewollten Opfer einer unrhythmischen Programmplanung.

Sendenamen

Eine Untersuchung der Programmzeitschriften, eingestellt auf den Begriff „Kabarett", wäre lange Zeit erfolglos in der Erarbeitung von Daten gewesen, da die RAVAG sicherlich nicht zuletzt wegen ihres Neutralitätpostulates diesen Begriff lange nicht verwendete. Erst als die Namen der Darsteller zu sehr mit diesem Begriff in Beziehung standen, wurde er Mitte 1928 in verschiedenen Variationen eingeführt.

Die Sendetitel kabarettistischer Darbietungen änderten sich so oft wie deren Sendeplätze. Die Radiozeitschrift *Radiowelt* bot in ihrer Programmvorschau den Hörern soweit Hilfestellung, indem sie hinter die verschiedensten Titel für Programme mit kabarettistischem Inhalt, die sich in ihrem Aufbau aus einem Drittel Jazzmusik und einem Drittel Kabarettnummern und den gleichen Darstellern ähnlich waren, den Zuordnungsbegriff „Kabarett" in Klammer setzten.

Probleme der RAVAG mit dem Rundfunkkabarett

Aufgrund einer erstellten Programmdokumentation und einer quantitativen Analyse ist neben den bereits beschriebenen Ergebnissen die Beobachtung hervorgegangen, daß die RAVAG mit sehr vielen Problemen und Unsicherheiten hinsichtlich ihres Bemühens, ein Funkkabarett zu installieren, zu kämpfen hatte. Dieses Bemühen kann man der RAVAG insbesonders seit 1930 nicht absprechen, jedoch führte eine Vielzahl von versuchsartigen Radiokabaretts nicht zum erwünschten Erfolg. In dieser ganzen Misere kommen folgende zwei Gründe als Hauptgewicht zum Tragen: Bei dem einen handelt es sich um technisch-dramaturgische Gründe, die sich aus den Sachzwängen des Mediums ergaben, beim anderen um ein inhaltliches Problem, ein hausgemachtes Problem der RAVAG.

In einer Nummer der *Radiowelt* des Jahres 1931 kann man zu den Problemen mit dem Funkkabarett lesen:

> Gerade das Kabarett mit seiner leichten Note, mit seinen Songs und zeitgenössischen Vorträgen ist eine angenehme Abwechslung nach den Mühen des Tages und müßte auch daher gleichermaßen in der Übertragung auf den Funk eine Berechtigung besitzen[3].

Dem scheint aber doch nicht ganz so gewesen zu sein, denn in dem zitierten Artikel heißt es weiter, daß der Wille vorhanden war, es aber mit der Umsetzung durch das Medium Radio selbst Probleme gab. So kann das Radio einen wesentlichen Teil einer Kabarettdarbietung, nämlich das Optische, wie zum Beispiel das Zucken eines Mundes, die Bewegung einer Hand oder Kostüme und Requisiten nicht vermitteln. Dadurch passierte es des öfteren, daß ein guter Gag, eine treffliche Pointe beim Zuhörer nicht recht ankommen wollte.

Ein weiterer Bestandteil dieses technisch-dramaturgischen Problems ist sicherlich die Tatsache, daß erst das Lachen und die Heiterkeit des Publikums in einem Kabarettsaal die Atmosphäre eines Kabarettabends bilden. Als man bei der RAVAG erkannte, daß die Schallplattenkabaretts, die in der Mehrzahl unter welchem Titel auch immer gesendet wurden, nicht der Durchreißer waren, weil eben die Kabarettatmosphäre fehlte, wurde versucht, Kabarettsendungen mit Publikum im Studio zu produzieren.

> Trotzdem daß zwar im Senderaum die sogenannte Kabarettstimmung herrschte, ließ sich dieselbe leider nicht auf die verschiedenen Hörer übertragen. Ja, dieses Experiment hatte sogar noch den Nachteil, daß sich die Künstler während ihres Vortrages nicht mehr rein auf die akustische Wirkung verlegten, sondern, mit der Zeit, infolge der Zuschauer von ihrem Spiel, der Mimik und der Gestik gefangen wurden, daß sie sich zum Schluß nur noch darauf beschränkten,

zieht die *Radiowelt* den betrüblichen Schlußstrich unter diesen Versuch der RAVAG[4].

Nach dieser Erörterung des medialen Problems könnte man nun zur Auffassung gelangen, daß das Kabarett in den entsprechenden Etablissements bleiben sollte, da ein erfolgreiches Funkkabarett nicht möglich war. Dieser Meinung ist aber entgegenzusetzen, daß die Möglichkeit bestanden hätte, dieses mediale Problem durch bessere Inhalte auszugleichen. Die Lösung des Problems lief darauf hinaus, was man sendete und wie das Programm zusammengestellt war. Und in diesem Punkt warf sich die RAVAG selbst Knüppel vor die Füße, da sie nicht imstande war, ein hundertprozentiges Kabarett zu bringen, wie aus den Programmkritiken der *Radiowelt* hervorgeht:

> Bunter Abend — Auf dem Programm Raoul Aslan als Vortragender und Conférencier, Lilli Marberg, Fred Hennings und Dela Lipinskaja, vielverheißend. Geboten wurde dann Kultiviertheit. Ein literarischer Salon, fein, dezent und — wenig anregend. Kultiviertheit: von Phädrus bis Goethe. Nicht ein Quentchen Ausgelassenheit! Das Bunte einer Kabarettstimmung stellte sich erst zum Schluß ein — mit Dela Lipinskaja. Dann war es aber auch schon aus! Die Literatur siegte 3:1[5].

Die RAVAG getraute sich also nicht, den Schritt zu einem Kabarett des Humors zu machen. Da das Wesen des Humors aber auf Respektlosigkeit beruht, und es dem Rundfunk Schwierigkeiten bereiten könnte, wenn Personen und Zustände ihrer Würde

entkleidet und lächerlich gemacht würden, übte die RAVAG Selbstzensur.

Neben diesem Grund, „der Hörer ist der Kunde und darf nicht verletzt werden", fügen sich die Aktualitätsangst und das Neutralitätspostulat der RAVAG in die Begründungsreihe für die Selbstzensur und somit für das inhaltliche Problem des Funkkabaretts ein. Für die Aktualitätsangst steht auch die lange Weigerung, einen effektiven Nachrichtendienst einzurichten. Während dieser in den dreißiger Jahren geschaffen wurde, mußte das Kabarett im Rundfunk mit einigen Ausnahmen, wie zum Beispiel bei den Silvesterfeiern und im Fasching, weiterhin auf das Bezugnehmen auf aktuelle politische und wirtschaftliche Ereignisse verzichten und sich darauf beschränken, dem kleinen Mann von der Straße den Spiegel vorzuhalten, wenn es gesellschaftskritisch wirken wollte. Der Staat und seine Institutionen waren tabu.

Der große Wiener Humorist Fritz Grünbaum nannte in einem Interview in der *Radiowelt* im Jahre 1932 die Bedingungen, die nach seiner Meinung — und die ist gewichtig, was das Kabarett betrifft — für ein wirklich unterhaltsames Kabarett im Rundfunk zu erfüllen wären:

> Also erstens, ein gewisses Verständnis des Hörerpublikums für die Bemühungen der Humoristen! Das andere wäre: die nötigen Maßnahmen der Rundfunkdirektion, um für ein heiteres Programm den nötigen Rahmen zu schaffen. Vor allem müßte man die Hörerschaft darauf aufmerksam machen: An dem und dem Tag, um die und die Stunde wird das und das heitere Programm gesendet. Die Rundfunkleitung identifiziert sich nicht mit dem Inhalt der Programmnummern, überläßt es aber jenem Teil der Hörer, der auf diese Weise unterhalten werden will, zuzuhören. Auf diese Art und Weise wird jeder Hörer in die Lage versetzt, zu entscheiden, ob er und seine Familienmitglieder dieses Programm hören wollen oder nicht. Ferner müßte die Rundfunkleitung für ein heiteres Programm nur solche Künstler verpflichten, deren Taktgefühl verbürgt, daß ein gewisses Maß an gutem Geschmack nicht überschritten wird[6].

Aus dieser Aussage könnte man herauslesen, daß in jener Zeit das Patriarchat eine gesellschaftsbestimmende Komponente war. Das Familienoberhaupt („jeder Hörer ... und seine Familienmitglieder") hatte gewissermaßen die Programmauswahlkompetenz. Und diese nahm auch die RAVAG für sich in Anspruch, denn hätte sie die Ratschläge von Grünbaum befolgt, würde sie ein Stück ihrer Programmverantwortlichkeit abgegeben und den Hörern ein Mitbestimmungsrecht eingeräumt haben. Daß dies für das offenbar vorherrschende obrigkeitsstaatliche Bewußtsein — „Wir wissen schon, was für euch gut ist" — der konservativen Programmverantwortlichen der RAVAG (die, als die Zeit reif dazu war, in der Mehrzahl alle brave Angehörige der Vaterländischen Front wurden) undenkbar war, wird auch an der Kluft der zwischen den Ergebnissen der empirischen Hörerbefragung des Jahres 1931 und der darauffolgenden Programmplanung vergegenwärtigt[7].

So waren die gut gemeinten Ratschläge des Fritz Grünbaum nur ein weiteres Rufen gegen die sture Wand RAVAG, die kein Echo erschallen ließ.

Die Geschichte des Kabaretts auf Welle 530

Ein Abriß

Erstmals im Jahre 1926 startete man Versuchssendungen, die humoristische Passagen beinhalteten. In der zweiten Hälfte dieses Jahres schickte man einen treuen Mitarbeiter vor das Mikrophon. Hermann Leopoldi stellte der Zuhörerschaft seine heiteren Vorträge vor, die bis ins Jahr 1933 als einzige heitere Sendung zumeist mit dem gleichen Sendetitel und Sendeplatz, mit kurzen Pausen in den Jahren 1928 und 1929, gebracht wurden. Mit seiner Partnerin Trude Voigt oder Betja Mitskaja blödelte er sich jeweils fünfzig Minuten durch den Äther. Von einem kabarettistischen Periodikum läßt sich aber trotzdem nicht sprechen, da seine heiteren Vorträge nicht wie der heutige „Gugelhupf" regelmäßig durch den Äther gingen. Zwischen den einzelnen Sendungen gab es manchmal nur einige Tage Intervall, manchmal aber auch einige Monate.

Im Jahre 1927 gesellten sich zu Leopoldis heiteren Vorträgen weitere Sendungen, die der Kategorie Kleinkunst-Kabarett zuordenbar sind. So brachte die RAVAG in den ersten fünf Monaten jenes Jahres fünf „Bunte Abende", die sich insofern von den späteren „Bunten Abenden" unterschieden, als sie nur aus heiterer Musik und Jazzstücken bestanden und keinen Conférencier beinhalteten. Die Zuhörerschaft war trotzdem mit dieser neuen Sendeart nicht unzufrieden, wie ein Leserbrief an die *Radiowelt* 1927 belegte, als die RAVAG ihre „Bunten Abende" wieder einstellte:

> In letzter Zeit müssen wir zu unserem Leidwesen feststellen, daß die RAVAG die Bunten Abende vom Repertoire fast gänzlich gestrichen hat. Besonders häufen sich die Klagen über die Einseitigkeit des Abendprogramms der RAVAG. Der Wunsch nach heiteren Abenden wird immer wiederholt, jedoch reagiert die Programmleitung der RAVAG auf die Wünsche und Bitten der Hörer nicht.
>
> Wir, die die heiteren Abende wünschen, wissen gewiß klassische Musik zu würdigen, jedoch täglich Wiener Schnitzel zu essen, ... verdirbt im Laufe der Zeit den gesündesten Magen[8].

Ähnliche Leserbriefe kann man bis ins Jahr 1933 in der *Radiowelt* lesen. Dann hörte die Programmkritik hinsichtlich heiterer Programme abrupt auf, ohne daß das Programm besser geworden wäre.

Mit Kleinkunstabenden wurde das Publikum im Jahre 1927 mehrere Male beglückt. Die gesammelten Werke sind: „Heitere Stunde mit Wilhelm Busch", „Lustige Schnurren und Geschichten", „Heitere Ge-

schichten und Histörchen", Groteskabend mit Kurt Goetz, „Lustiges und Anekdoten", Faschingsabend, Revue „Silvesterfest".

Im Jahre 1928 kam es kurzfristig zu einer Ablöse Hermann Leopoldis durch Fritz Grünbaum, und zwar im März und April. 1928 war das Jahr der heiteren Vorträge. Gehalten wurden sie von Blanka Glossy, Josef Bergauer, Franz Theodor Csokor, Josma Selim und Ralph Benatzky. Sketches, heitere Balladen, lustige Sportabenteuer, heitere Theateranekdoten, Parodien und eine Silvesterfeier mit einem kabarettistischen Jahresrückblick rundeten das Bild ab. Trotzdem wurde immer wieder nach der lustigen Ader von Radio Wien gefragt. Die Forderungen nach einem Radiokabarett des Jahres 1928 wurden bereits häufiger und drängender. So schrieb ein Leser:

Wo ist überhaupt die oft reklamierte heitere Note, die gerade in Wien kein Ding der Unmöglichkeit sein dürfte, ... Wien hat eine Kabarettvergangenheit, die sich in mancher Beziehung mit der Pariser messen kann und die kältere Schnäuzigkeit der Kabarettbretter vom Reich gewiß überflügelt. Warum kann das Wiener Radiokabarett nicht geboren werden? ... Schaffet das Wiener Radiokabarett und lasset das Wochenprogramm in einem lustigen Wochenende ausklingen[9].

Es gab dann nicht zuletzt wegen der heftigen Kritik aus dem Publikum 1928 eine Premiere. Erstens wurde das Wort „Kabarett" in der RAVAG verwendet und ein Schallplattenkabarett mit verbindenden Worten von August Angenetter gesendet, und zwar am 7. und 27. August jeweils um 22 Uhr. Eine weitere Premiere stellte ein unzensurierter Kabarettabend im Wiener Simpl am 10. September um 22 Uhr dar. Die Sendung hieß „Aus dem Kabarett mit Trude Voigt und Hermann Leopoldi".

Angesichts dieser erfolgreichen Versuchssendungen zu nächtlicher Zeit, und nicht zuletzt auch wegen des Erfolges der Silvesterrevue mit ihren kritischen Tönen, erlebte der „Bunte Abend" im Jahre 1929 eine Renaissance in neuer Form. Im Hauptabendprogramm mit Conférencier wurden neue Versuche gestartet. Sieben „Bunte Abende" wurden durch zwei Live-Kabaretts, Sketches, lustige Vorträge, eine musikalische Humoreske und den bereits traditionellen Silvesterabend ergänzt.

Trotz der zahlreichen Versuche mit neuen Sendetypen auf dem Unterhaltungssektor kann das Jahr 1929 als ein schwaches Kabarettjahr bezeichnet werden. Die Früchte des Versuchsjahres werden erst 1930, das ein Spitzenjahr des Kabaretts war, eingebracht. So findet sich in der *Radiowelt* 1930 folgende Ankündigung:

„Das Radiokabarett kommt ...! Wiener und ausländische Kabarettkünstler im Programm der RAVAG!"

Das Gelingen der kabarettmäßigen Silvesterrevue trug gute Früchte. War das Verlangen der Hörer nach lustigen Wochenenden immer heftig, wurde bei der Reformierung des Programms mit dessen Auflockerung grundsätzlich gerechnet, so ist man, wie wir es nicht bloß als Anzeichen, sondern als die feste Absicht der Ravagleitung vermelden können, zur Einsicht durchgedrungen: der Humor müsse im Ravagprogramm zu seinem Recht kommen.

Die RAVAG hat Verhandlungen eingeleitet, um die in Wien in den verschiedenen Kabaretts auftretenden heimischen und gastierenden Kabarettkünstler mit ihrem Repertoire für geschlossene, durchschnittlich eine Stunde währende Radiokabarettabende zu gewinnen. Die Künstler, die im „Simplizissimus" usw. das Monatsprogramm bestreiten, werden auch für die RAVAG herangezogen. Man wird den Conférenciers dieser Vergnügungsstätten alle „Kanonen" regelmäßig in das Studio einziehen lassen: Charlotte Waldow, Hermann Leopoldi, Karl Farkas, Christl Giampetro usw.

Es ist zu hoffen, daß diese gute Absicht nicht an Empfindlichkeiten und Bedenken scheitern wird. ... Die RAVAG ... soll ... alle namhaften Spaßmacher Wiens aufmaschieren lassen, als da sind: Hansi Niese, Leo Slezak, Hans Moser, Gisela Werbezirk, Fritz Wiesenthal, Armin Berg, Alexander Rott usw., ... Sprühender Witz, Ausgelassenheit stehen den Wienern nahe, die RAVAG kann sich zu dieser Art gefahrlos entschließen, wenn sie bloß beachtet, daß leicht mit seicht keineswegs identisch sein braucht[10].

Das Versprechen der RAVAG ging in Erfüllung: 20 Kleinkunstabende füllten das Programm im Jahr 1930. Die verschiedensten Titel wie „Bunte Beute", „Eine Stunde Kabarett", „Faschingsrevue", „Kleinkunst im Olymp", „Kabarett-Stunde", „Radiokabarett', „Kabarett", „Prosit Neujahr" u. v. m. wurden den Zuhörern vorgestellt. Der oftmalige Wechsel in der Namensgebung kabarettistischer Programme wurde von den Hörern kritisiert; doch kann man auch andere Fixpunkte leicht selbst feststellen. Die Künstler waren zmmeist die bereits genannten Stars aus dem Wiener Simpl. Eine weitere Garantie, daß es sich bei einer Sendung um heiteres Kabarett handelte, egal wie die Sendung hieß, wurde der Conférencier Karl Farkas, der ab dem 4. März 1930 die meisten Kabaretts konferierte. Sein Name steht für das Kabarett der Ersten Republik, wie der von Hermann Leopoldi für die heiteren Vorträge.

Eine Premiere war in diesem Jahr auch gegeben: Am 3. Dezember führten Hugo Knepler und Max Brod die Doppelconférence, eine Erfindung von Farkas und Grünbaum, im Rundfunk ein.

Das Publikum goutierte die Anstrengungen der RAVAG. Man konnte zum ersten Mal positive Kritiken in der *Radiowelt* lesen. So schreibt der als „Hörer" getarnte Kritiker des Blattes unter der Überschrift „Humor im Radio":

Die Lösung des Problems, das zu den schwierigsten gehört: das des Humors, macht erfreuliche Fortschritte. Beliebte Spaßmacher kommen zu Wort und auch die geeignetere Funkform zeigt schon schärfere Konturen, Slezak, die Niese, Farkas und andere sind nun mikrophonreif geworden ...[11].

Mit einer Silvesterrevue kabarettistischer Prägung verabschiedete sich das Spitzenjahr 1930; und so wie 1930 geendet hatte, begann das kabarettistische Erneuerungsjahr 1931, in dem die Erfolge der vergangenen Jahre mit neuen Einführungen wie Live-Über-

tragungen aus Deutschland und einem eigenen Funkkabarett der RAVAG gekoppelt wurden.

Zu den ausländischen Kabarettübertragungen kamen die Spitzen des deutschen Zwischenkriegskabaretts zu Wort. Anscheinend zu scharf und aktuell. Die gleichen Kabarettensembles hörte man einmal und dann nicht wieder. 1931 wies die stattliche Anzahl von 26 Kabarettsendungen auf, die relativ gleichmäßig über das ganze Jahr verteilt waren; nur der August war kabarettlos. Waren die Sendungen im Jahr 1930 noch ungeplant im Programm verstreut, wenn man die acht Kabarettsendungen im März bedenkt, kehrte nun auch in diesem Programmsektor die Planung ein, was nicht heißt, daß das Charakteristikum der RAVAG, nämlich die häufigen Programmverschiebungen, verlorenging.

Die heiteren Vorträge des Hermann Leopoldi wurden in humoristische Vorträge umgetauft; die Inhalte blieben bei diesen wie bei den„Bunten Abenden" unverändert. Lediglich zwei Punkte stachen aus der gleichbleibenden Rundfunkkabarettlandschaft heraus: erstens, daß das Jahr 1931 aufgrund der vielen Übertragungen aus deutschen Kabaretts zum „Jahr der Auslandskabaretts" ernannt werden könnte, und zweitens, daß sich die RAVAG über ein eigenes öffentliches Radiokabarett wagte.

Dazu je ein Zitat aus der *Radiowelt*: So schreibt darin ein Hörer 1931 nach einem „Kabarett aus Berlin", das nach der „Übertragung aus Berliner Theatern und Vergnügungslokalen" am 18. April und einem „Streifzug durch den Äther" (europäisches Kabarett) am selben Tag, einem „Heiteren Abend aus Hamburg" am 5. Juni, einem „Heiteren Abend aus Leipzig" am 15. September und einem „Bunten Abend aus Frankfurt am Main" am 9. Oktober und vor der Übertragung „Vom Hundertsten ins Tausendste" aus Köln am 27. November, am Dienstag, den 13. Oktober um 22 Uhr durch den Äther klang:

> Bei der Drahrerei, die wir uns mit der RAVAG in der Dienstagnacht bis halb drei leisteten, um die Prominenten Berlins zu hören — Maria Ivogrün, Werner Kraus, ... Harald Paulsen ..., fiel uns auf, daß von dem gehäuften Dutzend der Conférenciers unser Fritz Grünbaum den herzlichsten Empfang erhielt, daß unser Hans Moser die größten Lachstürme entfesselte und daß Roda Rodas Erzähltalent ebenfalls seine Wirkung tat. Drei Wiener, die mit dem Mikrophon der RAVAG wenig oder gar keine Berührung hatten[12].

Als Ankündigung des öffentlichen Radiokabaretts am 2. Oktober fand sich folgender Artikel in der *Radiowelt* 1931:

> Ein Zeichen der Zeit: die RAVAG als Veranstalterin. Aufgemuntert offenbar durch die Erfolge im Reich, wo es nunmehr gang und gäbe ist, Konzerte, Funkkabaretts usw. in Eigenregie öffentlich durchzuführen und diese Veranstaltung auch im Rundfunk zu übertragen. Der Widerhall ist auf diese Weise größer. Der erste Versuch in dieser Richtung — außerhalb der sogenannten Wunschkonzerte — ist für Donnerstag, den 22. Oktober, angesetzt. Im großen Konzerthaussaal werden auftreten: Max Brod, Richard Eybner, Karl Farkas, Richard Waldemar, Charlotte Waldow, das Boheme-Quartett und die Weintraub Syncopators.
>
> Die Conference hat Karl Farkas (Karten zum Preis von Schilling 1.— bis 3.— sind ab 1. Oktober an der Kasse des Konzerthauses ... zu haben). Die Veranstaltung wird selbstverständlich vom Wiener Sender übertragen[13].

Wie die *Radiowelt* eine Woche später berichtete, waren alle Karten vergeben. Aus mehreren Gründen wurde dieser Versuch aber nicht wiederholt. Der einzige Grund, der von der RAVAG angegeben wurde, war der bereits besprochene Problembereich des „Hinüberbringens". Nur die traditionellen Silvesterfeiern der RAVAG sind in Zukunft mit Publikum ausgestattet. So ging das Jahr 1931 mit einer Silvesterfeier aus dem „Apollo" mit Farkas, Engel und Eybner zu Ende.

Das Jahr 1932 wurde vom Kabarett ebenfalls nicht verneint, jedoch kam der Kabarettsektor der RAVAG in ein Konjunkturtief. So endete die Serie der Kabaretts, Radiokabaretts und Funkkabaretts oder welchen Titel man ihnen auch immer gegeben hatte. Die Übertragungen aus Deutschland wurden fortgesetzt, jedoch in geringerer Anzahl. 1932 waren Kabaretts aus Frankfurt und Köln zu hören, 1933 aus Dortmund und Berlin. Ihren Abschluß fand diese den Wiener Radiohörern liebgewordene Sendereihe mit der Übertragung eines „Bunten Abends" aus Danzig am 3. April 1933. Steckt man auf die zwei vorher genannten Kabarettbereiche zurück, erlebten die heiteren Vorträge und die „Bunten Abende" ihre Wiedergeburt.

1932 und in der ersten Jahreshälfte von 1933, die der letzte Spitzenabschnitt des Kabaretts in der RAVAG war, wurden diese beiden Sendetypen vermehrt eingesetzt und zu ihrer Hochblüte gebracht. So schreibt ein Hörer in der *Radiowelt* 1932 über den am 4. November gesendeten „Bunten Abend":

> Sollte man es glauben — die RAVAG hat gelernt! Dies bewies der wirklich flotte Abend, der auch nach Deutschland übertragen wurde. Vor allem fielen Betja Mitskaja und Hermann Leopoldi auf. Die Chansons — oder wie der Wiener sagt —, die Schlager „Jedermann", „Schön ist so ein Ringelspiel", „Eine amerikanische Tragödie" ..., lauter ganz zeitgemäße, überaus lustige Sachen, fanden bestimmt ungeteilten Beifall. Aber auch das Quartett des Schubertbundes, das ein Saxophon täuschend imitierte, dann Dario Medina (Operetten- und Tonfilmschlager) waren Glanznummern. Nicht zu vergessen das Orchester Josef Holzer und die Jazzkapelle Charly Gaudriot. Doch ein Tropfen Wermut muß immer im Becher der Freude sein, Richard Tauber hätte nämlich auch mitwirken sollen, leider erkrankte er aber „in letzter Stunde"[14].

Als neuer Star wurde 1932 Fritz Imhoff entdeckt, der mit seinen Parodien wie jene auf die Operette „Der gütige Antonius" mit dem Lied „Schenk mir ein Foto" Rundfunkgeschichte im Kabarettsektor

schrieb. Dafür erlosch im Februar 1933 der Stern des Karl Farkas am RAVAG-Kabarett-Firmament. Am 28. dieses Monats konferierte er noch eine neue Sendung, nämlich die Faschingsfrage „Was wäre, wenn", ... verabschiedete sich damit dann für längere Zeit vom Radiopublikum.

Ab dem April 1933 gab es dann fast nur mehr „Bunte Abende", die als Schallplattenkabaretts in der Prägung der späteren zwanziger Jahre auf Sendung gingen. Im Herbst 1933 fiel die RAVAG wieder in ihre Kinderkrankeit zurück: zu viel klassische Musik und fast nie mehr konferierte Beiträge! Interessanterweise brach aber auch die *Radiowelt* im gleichen Zeitraum mit ihrer Angewohnheit, die RAVAG wegen ihrer schlechten heiteren Programme zu rügen. Folgende Bemerkung der *Radiowelt* 1933 ist der letzte kritische Beitrag der *Radiowelt*, die dann in der Folge, was den Kritikbereich betrifft, auf das Niveau der Zeitschrift *Radio Wien* zurückfiel:

Wann wird endlich die von 90 Prozent der Radiohörer gewünschte Abendunterhaltung ins Programm aufgenommen werden? Bei den lustigen Abenden der deutschen Sender kann man sich oft köstlich unterhalten. Bei einem heiteren Abend der RAVAG muß man dagegen — weinen. Weinen über die RAVAG, die derartige „lustige" Sachen zusammenstellt, daß man lieber den Lautsprecher abstellt, um sich nicht grün und blau zu ärgern[15].

Der Hörer spielte mit der genannten Prozentzahl auf die Hörerbefragung 1931 an, deren Ergebnis hinsichtlich der heiteren Programme in *Radio Wien* folgendermaßen dokumentiert wurde:

Um es vorwegzunehmen, ergab die Hörerberfragung das seit jeher bekannte Resultat: Die große Mehrzahl der Bevölkerung interessiert sich mehr für heitere Darbietungen, mögen sie musikalischer oder literarischer Natur sein[16].

Am positivsten wurden unter den Programmpunkten die „Bunten Abende" bewertet: Männer: Wien: +77, Bundesländer: +66; Frauen: Wien: +66, Bundesländer: +57; weiters schnitten positiv ab: leichte Unterhaltungskonzerte, Lustspiele und Wiener Abende.

In der zweiten Jahreshälfte von 1933 kündigte sich bereits der politische Systemwechsel an. Statt „Bunten Abenden" kannte man nun auch den „Heimatabend". Ein „Bunter Abend" der Bühnenangestellten der Unabhängigen Gewerkschaft wurde gesendet, und während Hermann Leopoldi die Kontinuität aufrechterhielt — er wurde zum Radioliebling von 1933 gewählt —, machten der Programmverantwortliche Hans Nüchtern und sein Programmdirektor Rudolf Henz es möglich, daß es eine Silvesterfeier der Vaterländischen Front gab[17]. Dementsprechend wurde sie auch groß angekündigt, und in der *Radiowelt* läßt sich lesen:

Monster-Silvesterfeier im Rundfunk ... Der Wiener Rundfunk wird heuer die am 31. 12. 1933, um 21 Uhr 45 stattfindende Monster-Silvesterfeier der Vaterländischen Front im großen Musikvereinssaal übernehmen. Die allerersten Kunstkräfte Österreichs und des Auslandes ... unter der Patronanz der Bundesregierung. Ihre Namen sind: Josef Schmidt, Trude Berliner, Anny Coty, Dela Lipinskaja, ... Leo Slezak, Raoul Aslan, Franz Engel, Fritz Imhoff, ... und Hans Moser. Die Conference besorgt Alexander Strahal ...[18].

Dieses Aufgebot könnte man zynischerweise auch als das letzte Aufgebot der kabarettistischen Künstler bezeichnen, denn im folgenden Jahr 1934 schrumpfte das kabarettistische Angebot auf ein inhaltliches und zahlenmäßiges Minimum.

Karl Kraus' berühmter, schon einleitend zitierter Satz, daß durch den Rundfunk „jeder Hausmeister an die große Welt angeschlossen sei", könnte durch folgende Hypothese ergänzt werden: Auf dem Unterhaltungssektor wurde nunmehr ein Heimatselbstwertgefühl und eine Art von Provinzialismus gepflegt; statt Kabarett Volksmusik und Heimatabende. Dies heißt nun nicht, daß Kabarett, Sketch und Parodie völlig aus dem Programm verschwanden, nein, es gab sie weiterhin. Nur mußten sich diese heiteren Darbietungen in Titel und Inhalt noch mehr als früher den Gesetzen der Zeit unterordnen.

... aber das letzte Wort haben die Kabarettisten

In der RAVAG war Hermann Leopoldi der Star schlechthin. Deshalb soll diese Arbeit mit einem seiner besten Kabarettstückerln enden. In „Der Ravagianer" läßt er nicht nur sein humoristisches Geschick, sondern auch alle Sterne der RAVAG Revue passieren:

... Hallo, hallo, hier Radio Wien, werte Hörer- und -rinnen, wir tun unsere heutige Sendung mit dem Zeitzeichen beginnen. S'wird neun Uhr ein sein und neun Uhr zwei sein; es folgt der amtliche Wetterbericht: es wird ein Föhn sein und nachher schön sein, und wenn's nicht kalt wird, friert es nicht. Ein Tief liegt über Afrika, im Norden ein zweites noch; ein Hoch liegt daneben, zwei lieg'n bei Theben, drei mal hoch. Wir wiederholen im Diktattempo — vorerst nur Föhn, hierauf wird's schön, nachher kann's sein, kann regnen oder schnein, oder aber kaltes Wetter bleib'n. Wir bringen nun den Wasser, den Wasserstandsbericht, das Wasser ist gefallen, die Preise leider nicht; amtlich gemessen am linzerischen Pegel steht dort das Wasser grad' an Meter zwölf! Oh, oh, oh, hallo, hallo, hallo, Sender Radio Wien und rund, nun sogleich die Kinderstund'; oh, oh, oh, jetzt hört mir alle zu; seht, oh seht den Bastelmann, wie der Bastel basteln kann; mit Zündholz und Papier und Scher' stellt man sich ein Luftschiff her. Hängt es an den Luster auf, dreht im Kreis den Zeppelin — hihihihihi — haut man dann recht kräftig drauf, (Bumms) ist der ganze Luster hin. Der Herr Professor Meckerl, Personat, bringt seinen Kurs für englische Sprach'. Guten Abend, wir sagen good evening, gentlemen und ladies, girls und boys. Es freut mich so tief, so tief, so tief; es kamen viele Briefe, sehr viele Briefe.

Dr. Riemerschmid drängt schon wie besessen; also Fortsetzung in the next lesson!

Hallo, hallo, es bringt nun die Musik von Gangelberger das beliebte Stück „Der Teddy, der Teddy-Teddybär"; wer spielt's, nun wer? Es muß ja nicht alles vom Korngold sein, auch der Silving hat seinen Wert; oh, oh, das Fuß-, das Fußballspiel, Fußballspiel, ah, ah, ah, der Winterlitz ist da; wir bringen nun eine Abgängigkeit, es ist ein Mann entschwunden; hab'n Sie nicht den kleinen Kohn geseh'n? Sehen Sie ihn denn nicht vorübergehn? In der Volkesmenge verschwand er im Gedränge; wer von ihm was weiß, der kriegt den ersten Preis. Wir schließen nun die Sendung heut', Punkt vierundzwanzig zeigt die Zeit. Die Hochantenne erden Sie, und außerdem vergessen s' nie — hollerodüiooo — sonst kann leicht etwas g'schehn! Auf Wiederhören, meine Damen, auf Wiederhören, meine Herren, Schluß der Sendung, Gute Nacht ...[19].

---

[1] *Radiowelt*, 5. Jg. 1928, H. 27, 12. Die Heranziehung der Funkzeitschrift *Radiowelt* als Hauptquelle für unsere Analyse rechtfertigt sich dadurch, daß diese — eine etwa bis 1930 politisch eher links stehende Zeitschrift — der Gattung „Kabarett" bzw. den „Bunten Abenden" starkes Augenmerk widmete.

[2] *Radiowelt*, 10. Jg. 1933, H. 5.

[3] *Radiowelt*, 8. Jg. 1931, H. 2, 3.

[4] Ebda.

[5] *Radiowelt*, 6. Jg. 1929, H. 25, 784.

[6] *Radiowelt*, 9. Jg. 1932, H. 20, 613.

[7] Die Kategorie „Bunte Abende" stand in der aufgrund der empirischen Befragungsergebnisse konstruierten Beliebtheitsskala ganz obenan. Über ein Funkkabarett im engeren Sinne konnte freilich — mangels einer Erhebungskategorie im Fragebogen — gar nicht „abgestimmt" werden. (Vgl. die Ergebnisse in *Radio Wien*, 9. Jg. 1931/32, H. 6, 3.)

[8] *Radiowelt*, 4. Jg. 1927, H. 21, 16.

[9] *Radiowelt*, 5. Jg. 1928, H. 27, 13.

[10] *Radiowelt*, 7. Jg 1930, H. 3, 72.

[11] *Radiowelt*, 7. Jg. 1930, H. 11, 36.

[12] *Radiowelt*, 8.Jg. 1931, H. 43, 1390.

[13] *Radiowelt*, 8. Jg. 1931, H. 40, 1287.

[14] *Radiowelt*, 9. Jg. 1932, H. 46, 1485.

[15] *Radiowelt*, 10. Jg. 1933, H. 5. Der Niedergang der Zeitschrift selbst steht in Verbindung mit einem Eigentümerwechsel, finanziellen Problemen und der ausufernden Pressezensur.

[16] S. Fußnote 7.

[17] Vgl. dazu Theodor Venus, Rudolf Henz: *Versuch über einen katholischen Medienpolitiker*. In: *Medien & Zeit*, 1. Jg. 1986, H. 1/2, 5—48.

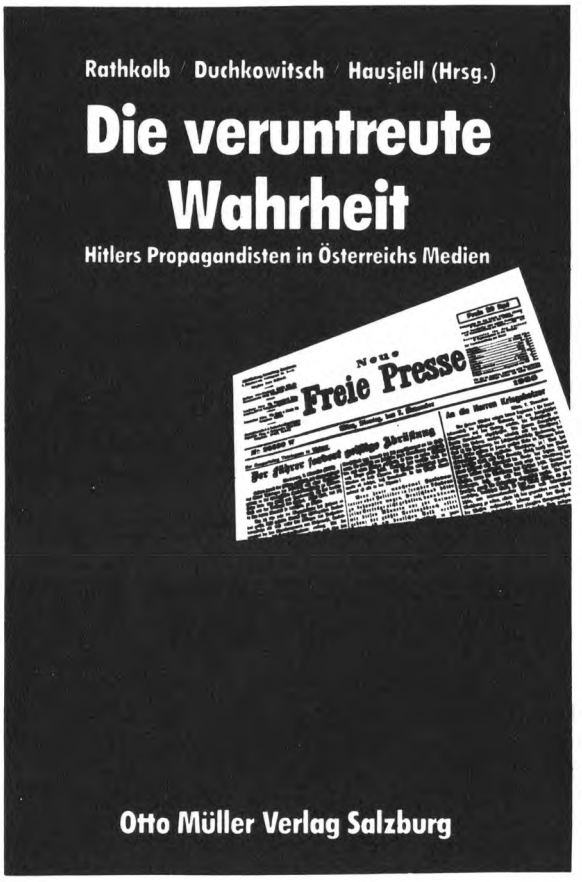
[18] *Radiowelt*, 10. Jg. 1933, H. 52.

[19] Text nach der Schallplattenaufnahme.

Literatur

Radiowelt 1924 bis 1934.
Radio Wien 6., 8., 9. Jahrgang.
Tätigkeitsberichte der RAVAG: 1927/28, 1928/29, 1931/32.
Klaus Budzinski: *Das Kabarett*. Düsseldorf 1985.
Heinz Greul: *Bretter, die die Welt bedeuten*. Köln, Berlin 1967.
Rainer Otto: *Kabarettgeschichte*. Berlin 1977.
Friedrich Scheu: *Humor als Waffe*. Wien 1977.
Rudolf Weys: *Cabaret und Kabarett in Wien*. Wien, München 1970.

Das spezielle Angebot für „Medien & Zeit"-Leser/innen:
nur S 179,-
(+ Versandkosten) statt S 298,- im Buchhandel



Bestellungen bitte an: MEDIEN & ZEIT, 1014 Wien, Postfach 208

Ich bestelle:
_____ Ex. Rathkolb u.a, Die veruntreute Wahrheit zum Preis von S 179,- zuzüglich Versandkosten.

Name

Adresse

Datum Unterschrift

THEODOR VENUS

Armes freies Wort

Über die Anfänge der aktuellen Berichterstattung im Nachkriegsrundfunk

Als der „Österreichische Rundfunk"[1] nach der Befreiung Wiens durch die Rote Armee am 29. April 1945 mit der Übertragung des feierlichen Zusammentritts der provisorischen Regierung Renner sein Programm wiederaufnahm, war damit vor allem auf dem Gebiet der aktuellen Berichterstattung ein wirklicher Neubeginn verbunden.

Seit der Gründung im Jahre 1924 — und insbesondere nach 1933 — hatte sich die RAVAG in allen Bereichen aktueller Berichterstattung (mit Ausnahme des Sports) an den Vorgaben staatlicher Instanzen orientiert. Vor allem in ihrer politischen Nachrichtengebung hatten staatliche Instanzen nicht bloß Aufsichtsfunktionen ausgeübt, die Rundfunknachrichten waren sogar von der „Amtlichen Nachrichtenstelle" verfaßt und redigiert worden. Mit der Niederwerfung der nationalsozialistischen Herrschaft aber ging das von Siegern und „Besiegten" geteilte Bemühen um die Wiederherstellung der Freiheit der Meinungsäußerung einher. Die von unterschiedlichen politischen Traditionen geprägten rundfunkpolitischen Leitbilder der vier Alliierten, die häufig von tagespolitischen Interessen bestimmten rundfunkpolitischen Zielsetzungen der drei Parteien und wohl auch die z. T. mangelnde Courage der Programmverantwortlichen führten indes dazu, daß sich grundlegende Elemente im Selbstverständnis journalistischer Identität (wie Unabhängigkeit und Eigenverantwortlichkeit) am Beginn der Zweiten Republik im Rundfunk nur sehr langsam entwickeln konnten.

Eine, wie mir scheint, außerordentlich bezeichnende Zustandsbeschreibung des damaligen, und wohl auch noch für die fünfziger Jahre lange vorherrschenden Selbstverständnisses gab mir ein damals im „Aktuellen Dienst" des Fernsehens tätiger Redakteur im Verlaufe eines Interviews. Der langjährige Chefredakteur des „Aktuellen Dienstes" im Hörfunk, Karl Polly, soll einmal folgende Auswahlkriterien in der Nachrichtengebung des Hörfunks genannt haben:

> Das wichtigste für uns ist, wenn der Kardinal etwas sagt, an zweiter Stelle steht dann der Bundespräsident, und wenn man den Bundeskanzler fragt, muß man natürlich auch den Vizekanzler fragen.

So interessant es wäre, in diesem Zusammenhang der Frage nach dem Ausmaß selbstverschuldeter Unmündigkeit nachzugehen, muß sie hier dennoch unterbleiben. Der vorliegende Beitrag will lediglich einige als bedeutsam erachtete Probleme aktueller Berichterstattung im Nachkriegshörfunk aufgreifen und damit den dazu insbesondere von Viktor Ergert und Oliver Rathkolb schon geleisteten Vorarbeiten einen weiteren Versuch zur Analyse dieses ebenso wichtigen wie politisch umstrittenen Programmbereichs anfügen. Die folgenden Ausführungen konzentrieren sich dabei auf zwei Untersuchungsebenen: a) den Versuch einer Beschreibung der organisatorischen Verselbständigung aktueller Berichterstattung und der Beschreibung einiger Sendeformen, b) den Versuch der Analyse jener Kräfte, Alliierte, Parteien und Einzelpersonen sowie die zwischen ihnen ausgetragenen Konflikte, wie sie die Entwicklung in diesem Bereich wesentlich mitbestimmt haben.

Nachrichten — woher nehmen?

In den ersten Wochen und Monaten nach Kriegsende bildete die Nichtexistenz eines funktionierenden internationalen Nachrichtenmarktes das schwierigste Problem jeder Berichterstattung. Verschleppung und Zerstörung von Aufnahme- und Übertragungsanlagen stellten ein zusätzliches Problem im Rundfunk dar[2]. Beispielsweise verfügte „Radio Wien" monatelang über keinen mobilen Aufnahmewagen, da diese von den Nazis verschleppt worden waren. Als Aufzeichnungsmedium diente vorerst noch die Wachsplatte[3]. Hinzu kam, daß die „Amtliche Nachrichtenstelle", von der die RAVAG bis 1938 ihre politischen Nachrichten bezogen hatte[4], infolge ihrer Auflösung und Eingliederung ins „Deutsche Nachrichtenbüro" nicht mehr existierte und Staatskanzler Renner sich ihrer Wiedererrichtung widersetzt haben soll, sodaß es bis zur Errichtung der „Austria Presseagentur" keine österreichische Nachrichtenagentur gab. Überhaupt

> verfügte niemand in unserem Land über praktische Erfahrungen mit einer solchen Nachrichtenagentur. Sowohl die Zeitungen und die Radiostationen als auch der ganze Staatsapparat waren ... vollständig darauf eingestellt, ihr Nachrichtenmaterial von einem staatlichen Amt übermittelt zu erhalten, das die in- und ausländischen Nachrichten nach den Weisungen der zuständigen Dienststelle ohne eigene journalistische Verantwortung auswählte und bearbeitete.

Ein Zustand, wie er, so die Diagnose des ersten Chefredakteurs der APA, Vinzenz Ludwig Ostry, „in keiner westlichen parlamentarischen Demokratie" mehr bestand[5]. Trotzdem gab es innerhalb unter der nahezu unverändert wieder eingesetzten Führungsgarnitur des österreichischen Rundfunks[6] mancherlei Bedenken gegen eine Abkoppelung von staatlicher Aufsicht, und es war auch das Verdienst Ostrys, der diesen Zustand beseitigen half[7].

Von der „Nachrichtenbörse" zur Nachrichtenabteilung

Rundfunknachrichten gab es natürlich praktisch seit der Wiederaufnahme der Sendungen von „Radio Wien" (und selbstverständlich auch bei den übrigen Besatzungssendegruppen)[8]. Siegmund Guggenberger, bis zur Rückkehr von Rudolf Henz Programm- und Personalchef in einer Person,

> machte ... Auszüge aus den Leitartikeln der Wiener Tageszeitungen, die abends um 20 Uhr verlesen wurden, und für die Mittagsnachrichten stellte er noch zusätzlich eine tägliche „Presseschau" zusammen[9].

Daß Guggenberger trotz der auf ihm lastenden Verantwortung für das Gesamtprogramm auch noch diese Tätigkeit auf sich nahm, kann wohl als Indiz dafür gelten, wie vorsichtig die ersten Schritte auf diesem Gebiet gesetzt wurden.

Das Hauptproblem sowohl für die Wiener Presse als auch für „Radio Wien" bildete, zumindest bis zum Herbst 1945, der Mangel an Nachrichten. Es existierten zwar auf Regierungs- wie auch auf kommunaler und (später) Parteiebene Informationsstellen, deren Aufgabe die Versorgung von Presse und Rundfunk mit Nachrichten war (und die dieser Aufgabe auch nachkamen), große Probleme gab es jedoch — mangels funktionierender Telefonverbindungen — bereits in der überregionalen und noch größere in der internationalen Berichterstattung[10]. Diese konnten erst mit den von den Alliierten (US- und britisches Element) im Herbst 1945 in Wien etablierten offiziellen Informationsdiensten (AND, ACA, BIS, Service d'Information, TASS) teilweise befriedigt werden[11]. Aber erst mit der Gründung der Austria-Presse-Agentur (APA) im Frühjahr 1946 und den zwischen ihr und den international agierenden Nachrichtenagenturen konnte dieses Problem weitgehend beseitigt werden[12]. Bis dahin waren alliierte Blätter tendenziell gegenüber anderen österreichischen bevorzugt. Der *Wiener Kurier* etwa verfügte im März 1946 als einzige Zeitung Wiens über den Dienst der drei größten amerikanischen Agenturen; sozialistische Blätter bedienten sich vorerst bevorzugt britischer Dienste, die kommunistischen Blätter benutzten natürlich bevorzugt die TASS, der auch die Berichterstattung über die sowjetische Besatzungsmacht oblag[13]. Das Drei-Parteienblatt *Neues Österreich* galt als offiziös, weil es, ähnlich der *Wiener Zeitung*, die amtlichen Aussendungen der Pressestellen der Staatskanzlei (Joseph C. Wirth) und des Staatsamts für Unterricht (Vinzenz L. Ostry) ausführlich abdruckte[14].

Aller Anfang ist Ostry

Vor allem der erfahrene journalistische Praktiker Ostry sah seine Arbeit nicht nur in der ihm übertragenen Aufgabe einer „Beratung der Presse"[15], er gehörte seit 1. Juni 1946 auch dem redaktionellen Stab des *Neuen Österreich* an und begann wenig später mit seinem berühmten außenpolitischen Wochenkommentar „Man steht am Fenster" seine Tätigkeit für „Radio Wien"[16]. Parteipolitisch war Ostry, 1934—1938 Chefredakteur des *Wiener Tag*, den er von einem linksliberalen auf einen regierungsfreundlichen Kurs gelenkt hatte und deshalb als Gegner des Nationalsozialismus im März 1938 verhaftet und in ein KZ gebracht worden war, schwer einordenbar. Er verfügte über ausgezeichnete Beziehungen zu Renner und Schärf, aber ebenso gute Kontakte zu Vertretern der ÖVP, ja zeitweise sogar zur KPÖ[17]. Seine langjährige journalistische Erfahrung und dieses für ihn charakteristische diplomatische Geschick, an den Formulierungen seiner Radiokommentare gut ablesbar, prädestinierten ihn geradezu für eine Mitarbeit bei „ Radio Wien": Er war gewissermaßen ein „Drei-Parteien-Journalist" in einer Person, der — noch aus der Zeit des Austrofaschismus — auch über reiche Erfahrung im Umgang mit dem Zensor verfügte[18].

Über Einladung Oskar Czeijas, des ersten „Öffentlichen Verwalters" des österreichischen Rundfunks, begann Ostry im Juli 1945, Guggenberger bei der Redigierung der anfangs dem *Neuen Österreich* entnommenen Nachrichten zu unterstützen. Als sich Guggenberger, der im Oktober 1945 die Nachfolge Czeijas antrat, von dieser Arbeit mehr und mehr zurückzog, wurde Ostry auch formell in die Organisation von „Radio Wien" eingebaut; diesbezügliche Pläne dürften schon seit dem Sommer 1945 existierte haben[19]. Möglicherweise stand diese Maßnahme auch in Zusammenhang mit der Überlegenheit der westlichen Besatzungssendegruppen im Nachrichtendienst[20].

Eine eigene Nachrichtenabteilung

Am 5. November 1945 jedenfalls wurde der Nachrichtendienst von „Radio Wien" im Funkhaus Argentinierstraße aktiviert. Die neue Abteilung unterstand zwar Guggenberger, die Chefredaktion übernahm jedoch vom ersten Tag an Ostry, der allerdings erst mit 1. Februar 1946 ins Funkhaus übersiedelte und seinen Dienst im Staatsamt für Unterricht quittierte[21]. Die neu geschaffene Redaktion umfaßte, personell auf Sparflamme gesetzt, zunächst nur zwei weitere Vollredakteure, Heinrich Maria Brenner und Armgard Waltz, sowie Hilfspersonal; trotz dieser erst ein Jahr später teilweise behobenen Unterausstattung wurde von Anfang an ein „durchlaufender Nachrichtendienst, getrennt nach In- und Auslandsnachrichten", die In- und Auslandspresseschau, ja sogar ein Verlautbarungs- sowie ein Fremdsprachendienst für

die Nachbarstaaten mit elf (!) täglichen Nachrichtensendungen angepeilt[22]. Beim gegebenen Personalstand mußte man sich aber zunächst auf vier bis fünf Termine beschränken, konnte die Zahl der Nachrichtensendungen allerdings bis 1950 auf acht erhöhen und lag damit gleichauf wie der US-Sender „Rot-Weiß-Rot", dessen Nachrichten allerdings einen Glaubwürdigkeitsvorsprung hatten[23]. Ergänzend zum Nachrichtendienst wurde auch das übrige Angebot an aktueller Berichterstattung ausgebaut: sei es in Form des außen- und innenpolitischen Kommentars, der Presseschau, der Wochenübersicht, des (unpolitischen) Magazins, der Sportberichterstattung oder der — nicht eigenverantworteten — Belangsendungen der politischen Parteien, Kammern und den Sendungen der Alliierten, die, mit Ausnahme der Presseschau alle nicht der Nachrichten-, sondern anderen Abteilungen wie „Wissenschaft" (Kommentare, Belangsendungen), „Rundschau"' („Echo", Sport), Reportage (übrige Reportagen) oder Guggenberger unmittelbar (alliierte Sendungen) unterstellt waren[24] und deren wichtigste Formen daher im Folgenden kurz erwähnt seien.

Andere Formen aktueller Berichterstattung

● *Innenpolitischer Kommentar:* Zu den frühesten Erscheinungsformen dieser Gattung zählte eine vom späteren Chefredakteur der *Wiener Zeitung*, Ferdinand Reiter gestaltete, zunächst jeden Samstag, später jeden Monatag ausgestrahlte politische Wochenübersicht. Die Sendung wurde schon Ende Juni 1945 angekündigt, wurde vermutlich aber erst zwei Wochen später gestartet. Dem sowjetischen Informationsoffizier Goldenberg wurde Reiter, der von Ostry nominiert und erst später von den drei Parteien bestätigt worden war, als „ausgesprochener Linksmann" vorgestellt[25]. Ende September oder Anfang Oktober begann daneben der Leiter der Bildungszentrale der SPÖ, Herbert Kohlich einen täglichen Kurzkommentar „zu den Problemen des Tages", vielleicht um Reiters Sicht der politischen Entwicklung zu ergänzen. Allerdings scheint Kohlichs Kurzkommentar schon nach den Nationalratswahlen 1945 wieder eingestellt bzw. durch die Belangsendungen der drei Parteien ersetzt worden zu sein[26]. Aber auch Reiters Kommentar war nach den Wahlen kein langes Überleben mehr beschieden: eine seitens der Programmleitung schon im November 1945 angekündigte, neuerliche Änderung des Sendetermins konnte Reiter vorerst wohl verhindern, doch Mitte Jänner 1946 kam endgültig das parteipolitsch paktierte „Aus". Mit dem Hinweis, daß sein Kommentar durch die vereinbarte Ausgestaltung der von den Parteien selbst gestalteten „Stimme zur Zeit" im Grund überflüssig sei, legte Henz Reiter den Verzicht auf weitere Mitwirkung nahe. Daraufhin legte dieser mit der resignierenden Bemerkung: „Ich gewinne den Eindruck, daß ich, respektive mein innenpolitischer Bericht, überflüssig geworden ist" sein Mandat zurück[27].

● *Stimmen zur Zeit:* Die Einführung einer Sendung zur gemeinsamen Selbstdarstellung der drei demokratischen Parteien Österreichs wurde schon im Juli 1945 im politischen Radiobeirat vereinbart: Jede Partei erhielt zunächst einmal wöchentlich Gelegenheit zur Erörterung innenpolitischer Tagesfragen aus eigenem Blickwinkel. Die ursprünglich damit zweifellose verbundene Absicht, daraus ein demokratisches Forum der Diskussion zu gestalten, um auf diese Weise Auseinandersetzung und Toleranz unter den Hörern mit den in einem demokratischen System notwendigerweise voneinander abweichenden Meinungen zu fördern, hielt freilich nicht allzu lange vor. Die Sendereihe entwickelte sich nach ihrer Umgestaltung im Jänner 1946 mehr und mehr zu einer reinen Belangsendung, in der funktional Eigenwerbung und wechselseitige Polemik mehr und mehr in den Vordergrund traten, wobei seitens der Volkspartei schon im Frühjahr 1947 die weitere Mitwirkung der KPÖ bekämpft und ihr Ausschluß im Anschluß an die Nationalratswahlen 1949 auch durchgesetzt wurde[28].

● *Parlamentsberichterstattung:* Im Zuge der Umgestaltung der „Stimmen zur Zeit" wurde auch die Einführung einer ständigen Parlamentsberichterstattung vereinbart, und zwar derart, daß „am Abend jedes Sitzungstages ein 10-Minuten-Bericht" gebracht wurde; später wurde die dafür zur Verfügung stehende Sendezeit auf zwanzig Minuten ausgedehnt. Allerdings lag ein gravierender Mangel im „offiziösen Charakter", da anstelle von „Live"-Berichten die Parlamentskorrespondenz als Quelle herangezogen wurde und die von der Nachrichtenredaktion vorgenommene Auswahl auf die Stärkeverhältnisse der Parteien Bedacht nahm[29].

● *Inlandspresseschau:* Die Zusammenstellung von Auszügen aus den heimischen Tageszeitungen, die, wie erwähnt, anfangs von Guggenberger besorgt worden war, ging im November 1945 auf die Redaktion der Nachrichtenabteilung über, wobei die Auswahl der Auszüge jedoch von den Zeitungen selbst vorgenommen wurde und allenfalls Kürzungen angebracht werden konnten. Die Sendung wurde bereits im Frühjahr 1947 zum ersten Zankapfel im einsetzenden Kalten Krieg: Besonders die Leitartikel der *Arbeiter Zeitung* verfielen vom Frühjahr 1947 an wiederholt dem Rotstift des sowjetischen Zensors, sobald dieser darin Angriffe auf die Besatzungsmacht entdeckte. Bis zum Oktober 1947 verschärfte sich die sowjetische Zensur noch weiter und erfaßte auch fast alle übrigen Blätter. Der Informationsdienst ordnete Anfang 1948 überdies die Einführung einer Sendung unter dem Titel „Stimmen der Sowjetpresse" an, um den sowjetischen Standpunkt stärker zum Ausdruck zu bringen[30].

● *Außenpolitischer Kommentar:* Schon Ende Mai 1945 begann Vinzenz Ludwig Ostry seinen „Politischen Wochenbericht", dessen Titel ab dem zweiten Sendetermin zu „Man steht am Fenster" abgeändert wurde, und die als Samstagabend-Sendung mehr als zwanzig Jahre überdauern sollte. Ostry versuchte, an Hand der ihm zur Verfügung stehenden Quellen, eine subjektive Analyse der weltpolitischen Entwicklung „vom österreichischen Standpunkt aus" vorzunehmen. Zu Beginn enthielten seine Analysen, die wie alle übrigen aktuellen Sendungen der Vorzensur unterlagen, durchaus auch innenpolitische Momente (z. B. Entnazifizierung, Ausschaltung deutschen Kapitals, Verstaatlichung), in der Folge beschränkte er sich aber auf die Außenpolitk, wobei er zunächst die Möglichkeit eines Konsenses und einer internationalen Zusammenarbeit der Anti-Hitlerkoalition betonte und wiederholt die Ausmerzung des „preußischen" Militärgeistes forderte. Erst 1948 ging Ostry deutlich auf Distanz zur Außenpolitik der UdSSR in Bezug auf Österreich Es fehlen aber bis 1950 Hinweise auf häufigere Streichungen des sowjetischen Zensors an seinen Kommentaren; mit der Einrichtung von Kommentaren[31] im Rahmen der „Russischen Stunde" versuchten Sowjets und KPÖ, die Ostry vor allem seit Herbst 1950 scharf kritisierte, die zunehmend prowestliche Linie seiner Kommmentare zu konterkarieren[32]. Daher entschloß sich Ostry im Juni 1951 zum Wechsel zum US-Sender „Rot-Weiß-Rot".

● *Reportage:* Die primäre Leistung dieser Abteilung, die unter ungeheuren Problemen im technischen Bereich litt, lag zunächst auf dem Gebiet der akustischen „Inszenierung des Wiederaufbaus", wobei das Feld der Berichterstattung bis hin zum Sport sehr weit gesteckt war: Nur die Innen- und Außenpolitk blieb ausgespart. Als

wichtigste Sendung wurde von Richard Mais-Gogela, der seit 1940 in verschiedenen Stellungen beim „Soldatensender Belgrad" tätig gewesen war[33], schon im Mai 1945 das „Echo des Tages" im Rahmen des Hauptabendprogramms etabliert; erst im August 1945 wurde eine eigene „Reportage"-Abteilung unter der Leitung von Fritz Waldstein errichtet[34], doch konnte sich Mais-Gogela, der allmählich einen Stab junger Rundfunkreporter aufbaute, unter Verzicht auf tagespolitische Themen sich und seiner Mannschaft (auf der Grundlage freier Mitarbeit) ein hohes Maß an Selbständigkeit bewahren: Mais-Gogela konzipierte das „Echo"' quasi als „Lokal- und Chronikteil" zur Tagespolitik; auch der Sportberichterstattung wurde starkes Augenmerk geschenkt, und unter Edi Finger zu einer eigenen Abteilung zusammengefaßt. Erst nach der Aufhebung der Zensur im Jahre 1953 wurde aus dem „Echo" eine zunehmend innenpolitisch-aktuelle Reportagesendung[35].

● *Programme der Alliierten:* Die Nachkriegsplanungen der drei westalliierten Besatzungsmächte sahen im Rahmen der Ausschaltung des nationalsozialistischen Einflusses eine zumindest vorübergehend vollständige Kontrolle des Rundfunkbetriebes vor. „Radio Wien" hingegen unterstand nicht dem sowjetischen Hochkommissar, sondern lediglich sowjetischer Zensur, und wurde in Form der „Öffentlichen Verwaltung deutschen Eigentums" von Österreich geführt[36]. Über Wunsch des sowjetischen Informationsdienstes wurde von der Programmleitung aber Ende Mai 1945 die Einrichtung einer „Russischen Stunde" angeordnet, um durch Vorträge und kulturelle Darbietungen „der vergiftenden Goebbels-Propaganda entgegenzuarbeiten und dem unkritisch aufgenommenen Lügengewebe das wahre Bild von der Wirklichkeit des Lebens und der Kultur der Sowjetunion entgegenzustellen"[37]. In der Tat begann die Sendereihe mit informierenden Vorträgen über Staat und Gesellschaft der UdSSR und einem starken kulturellen Schwerpunkt. Zu Recht charakterisiert Rathkolb diese erste Entwicklungsphase der „Russischen Stunde" (bis Frühjahr 1947) als eine „klassisch-antifaschistische"[38].

Auch die von den vier Alliierten abwechselnd gemeinsam bestrittene *Stunde der Alliierten*, erstmals ausgestrahlt am 2. November 1945 — übrigens die erste Gemeinschaftsproduktion der vier Sendegruppen — verfolgte das analoge Ziel, „über kulturelle Ereignise in den einzelnen Ländern zu informieren"[39], wurde aber, nachdem sich das US-Element daran desinteressiert gezeigt hatte, 1949 eingestellt.

Die „Russische Stunde" hingegen bestand als Programmsegment „außer Programm" bis 1955 fort: die Problematik, die für „Radio Wien" daraus erwuchs, lag darin, daß ein formell österreichischer Sender durch stetige Politisierung und umfangmäßige Erweiterung dieses Programmblocks in die Rolle eines propagandistischen Widerparts gegen die US-Propaganda gedrängt wurde. Hatte sich der sowjetische Einfluß auf das Programm bis 1947 vor allem als begrenzte Zensur geäußert, so wuchs ab dem Frühjahr 1948 der sowjetische Druck, mit dem Ziel, nunmehr die eigenen innen- und außenpolitischen Positionen in Form des Radiokommentars zu verbreiten, eine Aufgabe, der sich durchwegs Redakteure der KPÖ unterzogen. Der Anteil politischer Sendungen im Rahmen der „Russischen Stunde" nahm daher vor allem 1948/49 kontinuierlich zu, bei gleichzeitiger Steigerung der Gesamtsendezeit dieses Programmblocks, bis 1951/52 der Höhepunkt des Kalten Krieges in Österreich erreicht war[40]. Schwächer ausgeprägt war der sowjetische Einfluß auf den Nachrichtendienst von „Radio Wien", wenigstens bis zum Oktoberstreik des Jahres 1950[41].

Kampf um die Nachrichtenabteilung

Der wachsende sowjetische Druck auf „Radio Wien" verhüllt nur allzu leicht die Tatsache, daß die Turbulenzen, in die der Nachrichtendienst in diesen Jahren geriet, auch einen sehr starken innenpolitischen Anstoß erhielten. Zwei Entwicklungen waren dafür maßgebend: erstens personelle Veränderungen in der Nachrichtenabteilung und zweitens ein offensiverer innenpolitischer Kurs der Volkspartei.

Nach den Nationalratswahlen vom November 1945 schien es nur eine Frage der Zeit, bis die beiden Großparteien ihr Augenmerk verstärkt dem Rundfunk zuwenden würden. Bis zum Frühjahr 1946 scheint die SPÖ sowohl personalpolitisch wie auch durch ihre Vertreter in der Bundesregierung rundfunkpolitisch einige Terraingewinne für sich verbuchen zu können: mit Wilhelm Füchsl, Stefan Markus und Hans Bujak zogen erstmals seit Gründung des Rundfunks Sozialisten in führende Stellungen im Funkhaus ein; überdies konnte die SPÖ die Bestellung Ostrys als Chefredakteur der APA durchsetzen[42]. In der Volkspartei mehrten sich die Stimmen, die ein Ende der Zugeständnisse in Fragen der Rundfunkpolitik verlangten. Dabei spielte auch der Umstand eine gewisse Rolle, daß 1946/47 im Zuge personeller Veränderungen im ÖVP-Generalsekretariat neue Männer medienpolitische Aufgaben neu übertragen bekamen, die sie zum Teil schärfer zu fassen und neue Akzente zu setzen versuchten, z. B. in den Bereichen Verlagswesen, *Neues Österreich* und im Rundfunkbereich[43].

Als sich die im Beirat vertretenen drei Parteien im September 1946 darauf einigten, diese seit Ostrys Amtsantritt unveränderte Abteilung paritätisch mit Parteiredakteuren neu zu besetzen[44], war es nur eine Frage der Zeit, bis Ostrys Position selbst in Frage gestellt werden würde. In der Tat ließen die Angriffe nicht lange auf sich warten. Wirtschaftsfunktionäre machten sich zu Vorreitern, aber bereits im Mai 1947 nahm der ÖVP-Vertreter im Radiobeirat, Weikert, einen Vorfall zum Anlaß, um an Ostry die Frage zu richten, ob er sich mehr als bisher „voll und ganz seiner Tätigkeit als Leiter der Nachrichtenabteilung widmen wolle"', denn sonst müsse man daran denken „einen Stellvertreter (zu) ernennen"[45]. Ostry mußte sich also zwischen seinen beiden Arbeitsfeldern — Rundfunk oder APA — entscheiden und bat sich Bedenkzeit aus, deutete aber bereits die Möglichkeit eines Rückzuges aus dem Rundfunk an[46].

Am 31. Mai 1947 teilte Ostry dem Öffentlichen Verwalter Guggenberger seinen Rücktritt als Leiter der Nachrichtenabteilung mit. Dieser bestellte daraufhin ohne vorherige Konsultation mit der SPÖ tags darauf im Sinne der von der Volkspartei vorgeschlagenen Alternative Ostrys bisherigen Stellvertreter, Heinrich M. Brenner, als dessen interimistischen Nachfolger[47].

Doch Brenner erklärte, auch für die Führung der ÖVP überraschend, wenige Tage später seinen Rücktritt, und brachte diese damit in eine peinliche Situation, weil in der Eile kein geeigneter Nachfolger gefunden werden konnte[48], und die SPÖ als Reaktion darauf im Radiobeirat am 4. Juni 1947 einen eigenen Kandidaten für diese Position nominierte: Hans Bujak, einen erfahrenen und der Partei schon vor 1934 verpflichteten Journalisten, der seit 1946 als Chefredakteur die Zeitschrift *Radio-Wien* leitete und bereits gemeinsam mit Ostry Reformvorschläge für den Nachrichtendienst erarbeitet hatte[49].

Dabei hatte Bujak eine auch gegenüber der eigenen Partei durchaus unpopuläre Linie vertreten, die auf eine weitgehende Ausschaltung direkter parteipolitischer Einflußnahme auf den Nachrichtendienst hinauslief: den politischen Parteien und Interessensvertretungen stehe im Rahmen schon bestehender (Belang-)Sendungen bereits genügend Sendezeit zur Selbstdarstellung zur Verfügung. „Parteipressedienste haben im Nachrichtendienst ... nichts zu suchen" und es sei , auch ganz und gar ausgeschlossen, in der Nachrichtenabteilung mit Redakteuren zu arbeiten, die Weisungen über die Berichterstattung nicht vom Chef der Abteilung, sondern von ihren Parteisekretariaten bekommen"' oder selbst „Nachrichtenpolitik machen"[50].

Die ÖVP, die in Bujak einen ernstzunehmenden Kontrahenten für Brenner und daher jedenfalls zu verhindernden Kandidaten sah, konnte den erwarteten SPÖ-Vorstoß nur parieren, indem sie Guggenberger bewegen konnte, vorübergehend selbst wieder die Leitung des Nachrichtendienstes zu übernehmen. Daß dies nur eine kurzfristige Ausweichlösung sein konnte, war allen Beteiligten von vornherein klar[51]. In der Zwischenzeit versuchte der mit Rundfunkfragen in der Volkspartei befaßte Edmund Weber, die Zustimmung der SPÖ für eine der Volkspartei genehme Lösung zu erreichen. Langfristiges Ziel der ÖVP war es zweifellos, ihren Kandidaten in diese Position zu bringen. Dies wurde für so wichtig erachtet, daß man auch nicht bereit war, einen parteipolitisch neutralen Mann zu tolerieren und schon gar nicht einen Sozialisten, „weil wir nicht zustimmen könnten, daß die APA und die Nachrichtenabteilung beide in roten Händen wären"[52].

Interessant erscheint auch die Position der KPÖ in diesem Konflikt: ihr Vertreter im Radiobeirat, Franz West, gab die Erklärung ab, seine Partei favorisiere „keinen bestimmten Kandidaten", werde aber im Zweifelsfalle wegen dessen langjähriger journalistischer Erfahrung für Bujak stimmen, was ÖVP-intern zu Vermutungen Anlaß gab, Bujak habe sich gegenüber der KPÖ „auf gewisse Zusagen" eingelassen[53]. Widerstand seitens der KPÖ erregte erst die Anfang Juli 1947 erzielte vorläufige Lösung, die den noch jungen Ernst Bohac für die ÖVP und Bujak als Stellvertreter Guggenbergers installierte[54]. Auch von sowjetischer Seite wurden Einwände erhoben und Guggenberger aufgefordert, ehebaldigst eine neue Leitung für den Nachrichtendienst zu bestellen. Ob dieser Vorstoß aber wie in VP-Kreisen vermutet wurde, über Anregung der KP erfolgte und als Votum gegen Bohac aufzufassen war, scheint ungewiß[55].

Gleichzeitig aber gab es seit Juli 1947 verstärkt Anzeichen dafür, daß sich ein Ende der bisher stets „liberal gehandhabten sowjetischen Zensur" auf den Nachrichtendienst abzeichnete[56]. Die Verschärfung der Zensur wird man allerdings weniger als Reaktion auf die Installierung des Gespanns Bohac-Bujak zu verstehen haben[57], sie ist vielmehr vor dem Panorama des beginnenden Kalten Krieges zwischen der Sowjetunion und den USA, aber auch vor dem just im Sommer 1947 ausbrechenden Konflikt um die Einbindung Österreichs in die Marshallplanhilfe zu sehen. Innenpolitisch war diese, im Ministerrat Ende Juni 1947 getroffene Grundsatzentscheidung, die im Gegensatz zur Ablehnung der Marshallplanhilfe durch die Sowjetunion stand, gemeinsam mit der Verabschiedung der Währungsreform durch den Nationalrat im November 1947, die zum Ausscheiden der KPÖ aus der Regierung führte, geeignet, die Spannungen zwischen Bundesregierung und den Sowjets zu erhöhen[58].

Rundfunkpolitisch begannen sich die Fronten zwischen Amerikanern und Sowjets in dem Maße zu verhärten, wie die 1946 noch möglich erscheinende Auflösung und Zusammenfassung der existierenden Sendegruppen in weite Ferne rückte. Die Amerikaner setzten mit dem Ausbau und der Einbindung von „Rot-Weiß-Rot" in den kalten Propagandakrieg im 1. Halbjahr 1947 deutliche Zeichen: sie verlegten die Nachrichtenabteilung nach Wien, errichteten neue Studios und begannen, den Sender außenpolitisch zu einem antikommunistischen Instrument und innenpolitisch zur Unterstützung des Marshallplans einzusetzen. Bereits im Mai stand innerhalb der ISB fest, daß eine Rückgabe der Sendegruppe an die österreichische Regierung nicht in Frage kam: der Hinweis auf die sich verschärfende sowjetische Zensur dient dabei lediglich als Camouflage[59].

Als die österreichische Bundesregierung im November 1947 an die vier Alliierten einen Appell zur Rückgabe der Sender und Aufhebung der Zensur über das Programm richtete, wurde diese vom US-Hochkommissar unter Hinweis auf den russischen Einfluß bei „Radio Wien" zurückgewiesen[60]. Der Konflikt begann sich hochzuschaukeln.

Übersehen wird dabei leicht, daß sich sowohl der sowjetische Einfluß auf den Wiener Rundfunk bis

dahin in Grenzen gehalten hatte, ja, bedingt durch das Ausscheiden der KPÖ aus der Regierung vorübergehend sogar zurückgegangen war[61]. Der sowjetische Informationsoffizier Goldenberg bedeutete Guggenberger unter Hinweis auf die antikommunistische Propaganda anderer Sendegruppen schon im Oktober, daß er „von nun an kein antirussisches Wort mehr dulden" und „die Zensur entsprechend strenge handhaben" werde[62]. Bis dahin richtete sich der Rotstift fast ausschließlich gegen die in der „Inlandspresseschau"' verlesenen Leitartikel, wobei die entschieden prowestliche und antikommunistische Linie der *Arbeiter Zeitung* am meisten Anstoß erregte[63].

Aus diesem Anlaß formulierte die Leitung des Bundespressedienstes in einem Erlaß Mitte Oktober schriftlich Richtlinien für die weitere Gestaltung des Nachrichtendienstes im Rundfunk, die diesen zu einem Instrument der Bundesregierung machen und der sowjetischen Zensur entziehen sollten. Daß im Zuge dieser Weisung zugleich der Versuch der ÖVP einherging, „ihren" Redakteur zum „Chef vom Dienst" zu ernennen, und die SPÖ sich von zwei Seiten zensuriert wähnte, sei nur nebenbei festgehalten[64]. Zur selben Zeit präsentierte der sowjetische Informationsoffizier auch ein erweitertes Forderungsprogramm zur Ausgestaltung der „Russischen Stunde" und forderte eine verstärkte Berücksichtigung im Rahmen des Nachrichtendienstes[65]. „Radio Wien"' sollte antiamerikanisch ausgerichtet werden. Spitzenpolitiker und Rundfunkexperten beider Großparteien befürchteten das Schlimmste bis hin zum Schreckensszenario einer sowjetischen Besetzung des Funkhauses. Um den Konflikt zu entschärfen bzw. auf die Ebene einer inneralliierten Auseinandersetzung zu verlagern, unterbreitete Leopold Thaller im Herbst 1947 vor dem SPÖ-Parteitag sogar den Vorschlag, den Sowjets Waffengleichheit im Rundfunkkrieg anzubieten:

> Jede Militärregierung in unserem Land soll ihre eigenen Militärsender aufbauen und aus ihren eigenen Mitteln betreiben. ... Uns Österreicher aber soll man auch auf dem Gebiet des Rundfunks aus den Händeln der Großen herauslassen.

Die Ursache für die Verschärfung der Lage lag für Thaller eindeutig bei den Amerikanern, die durch ihre „intensive antibolschewistische Propaganda" den Rundfunkkrieg angeheizt hätten. Nutzen daraus zögen vor allem die „Ländergewaltigen der ÖVP", die daher die eigentlichen Träger des Separatismus in den Bundesländern seien. So bedauerlich die Verschärfung der sowjetischen Zensur auch sei, „nur im Wiener Sender haben wir wirklichen Einfluß"[66].

Fazit

Die Anfänge der aktuellen Berichterstattung und ihre weitere Entwicklung weisen klar auf die schwierigen Bedingungen hin, die eine unabhängige politische Berichterstattung behinderten, ja verhinderten. Mit der Errichtung einer von staatlichen Instanzen unabhängigen Nachrichtenabteilung wurde im Herbst 1945 formal ein wichtiger Schritt zur Emanzipation des Rundfunks auf dem Gebiet der Information gesetzt. Parteipolitische Interessen konnten sich allerdings von Anfang an in anderen Bereichen aktueller Berichterstattung „festsetzen" und so die Ausbildung neuer Formen unabhängiger Berichterstattung behindern. Innenpolitische Faktoren bestimmten die Entwicklung zumindest in den ersten beiden Jahren nach Kriegsende in höherem Maße als alliierte Einflüsse. Die Analyse der Zuspitzung des Rundfunkkonflikts im Verlauf des Jahres 1947 wirft zudem die Frage auf, ob das gängige Stimulus-Response Modell, wonach den Sowjets die Hauptschuld an der Zuspitzung des Rundfunkkonflikts zukommt, nicht einer Korrektur dahingehend bedarf, daß sowohl der amerikanische wie auch der innenpolitische „Beitrag" stärker in Rechnung gestellt werden muß.

---

[1] Unter „österreichischer Rundfunk" wird, obgleich diese Bezeichnung offiziell erst wieder ab 1953 Verwendung fand, hier nur die unter „öffentlicher Verwaltung"' stehende Sendegruppe Radio Wien verstanden.

[2] Zum Umfang der Zerstörungen vgl. *Neues Österreich (NÖ)*, 29. 9. 1945, *Wiener Kurier*, 12. 4. 1946, *Radio Rundschau* H. 1/1946, *Radio-Woche* H. 20/1946.

[3] *Österreichische Volksstimme (ÖVst)*, 29. 12. 1945. Den ersten Ü-Wagen, einen Armeejeep, erhielt Radio Wien im Mai 1946 von den Briten.

[4] Vgl. Walter Köhler, *Amtliches Nachrichtenwesen und Nachrichtenpolitik im ‚Austrofaschismus' — Amtliche Nachrichtenstelle und Politische Korrespondenz im Umfeld des austrofaschistischen Mediensystems 1933 bis 1938*, phil. Diss., Wien 1985.

[5] Brief Vinzenz L. Ostry an Felix Hurdes vom 14. 2. 1949, NL Hurdes, Institut für Zeitgeschichte, Do 354. Für Hinweise und freundliche Genehmigung zur Einsichtnahme bin ich Herrn Univ.-Prof. Dr. Anton Staudinger zu Dank verpflichtet.

[6] Von der alten Führungsgarnitur der RAVAG (bis 1938) wurden bis Herbst 1945 folgende Direktoren wiederbestellt: Oscar Czeija (öffentlicher Verwalter, im November 1945 abgelöst, Nachfolger: Siegmund Guggenberger); Siegmund Guggenberger (Programmdirektor, später Personal und Nachrichten; ab November 1945 auch Ö. V.), Rudolf Henz (Programmdirektor); Alfons Übelhör (Wissenschaft) und Hans Nüchtern (Literatur). Wegen NS-Zugehörigkeit außer Dienst gestellt: Gustav A. Schwaiger (Technik, Nachfolger Heinrich Bubik); wegen Überschreitung der Altersgrenze: Max Ast (Nachfolger: Heinrich Kralik). Erich von Kunsti (Nachrichten) übersiedelte zu „Rot-Weiß-Rot", 1946 we-

gen NS-Zugehörigkeit entlassen, kaufmännischer Direktor wurde Stefan Markus, er gehörte als einziger aus dem Direktorium der Sozialistischen Partei an.

[7] Ostry, geb. 19. 7. 1897, Sohn eines Beamten der k. k. Österreichisch-Ungarischen Bank, begann seine journalistische Laufbahn beim linksdemokratischen Montagblatt *Der Morgen* im Jahre 1924 und schrieb auch volkswirtschaftliche Artikel für die gleichfalls von Maximilian Schreier geleitete Tageszeitung *Der Tag*, deren Chefredaktion er von 1934 bis 1938 innehatte. Zwischen 1924 und 1928 auch volkswirtschaftlicher Redakteur der von Paul Deutsch (nach 1945: *Neues Österreich*) geleiteten *Neuen Wirtschaft*, die die Wirtschafts- und Kommunalpolitik der Wiener Stadtverwaltung unterstützte.

[8] *NÖ*, 29. 4. 1945.

[9] Viktor Ergert, *50 Jahre Rundfunk in Österreich*, 2, Wien 1975, 54. Der Nachrichtendienst pendelte sich bald auf folgendes Schema ein: zwei Frühnachrichtensendungen (mit Neuigkeiten um 7 Uhr), Mittagsbericht (mit Presseschau), Abendnachrichten (sowie Informations- und Kommentarblock zwischen 18 und 20 Uhr) und Schlußnachrichten (Interview des Verf. mit Armgard Waltz, 3. 4. 1989).

[10] Vor 1938 hatte in erster Linie die „Amtliche Nachrichtenstelle" die Wiener Blätter mit Bundesländer-Nachrichten (über ihre Zweigstellen) versorgt. Nur wenige Wiener Blätter verfügten über Bundesländer-Redaktionen.

[11] Bericht Samuel S. Grossman für Douglas Fox, abgedruckt bei: Michael Schönberg, *Amerikanische Informations- und Medienpolitik in Österreich 1945—1950*, phil. Diss., Wien 1950, 3, 521—535.

[12] „Semi-Monthly Report on Operations of ISB-Branch for USFA-Headquarters vom 31. 8. 1946", Schönberg, a. a. O., 393 ff. Die privaten Agenturen Associated Press, United Press International und International News Service „began working early in 1946", zit. in Schönberg, 2, 184.

[13] Pertinent facts about *Wiener Kurier*, März 1946, zit. in: Schönberg, a. a. O., 3, 382 f., vgl. auch ebd. 523 ff.

[14] Vgl. Lewis C. Peterson, *Report „The Development of the early Vienna Press 22 April to 1 Sept. 1945"*, abgedruckt bei: Oliver Rathkolb, *Gesellschaft und Politik am Beginn der 2. Republik — Vertrauliche Berichte der US-Militäradministration aus Österreich*, Wien, Graz, Köln 1985, 302—311.

[15] Ebd.

[16] Lebenslauf Vinzenz L. Ostry vom 14. 11. 1946, Archiv des ORF. Vgl. Manuskripte der Radiokommentare „Man steht am Fenster", in Besitz des Presseclubs Concordia, Wien. Für die Möglichkeit zur Einsichtnahme in den Bestand bin ich Herrn Gen. Sekr. Dr. Alfred Schneider zu Dank verpflichtet.

[17] Zur weiteren Entwicklung Ostrys: Am 12. 3. 1938 Verhaftung durch die Gestapo und später Überstellung ins KL Dachau, 1939 Enthaftung und unter polizeilicher Aufsicht, 1940 bis 1945 Chefredakteur-STV des Wirtschaftshandbuches *Compaß*. Seit Juni 1945 außenpolitischer Kommentator bei Radio Wien, ab Juni 1951 als Politischer Direktor beim US-Sender „Rot-Weiß-Rot" verantwortlich für alle politischen Sendungen. Zu Ostrys zeitweiliger KP-Nähe vgl. *ÖVst*, 5. 6. 1951, *Der Abend* 7. 5. und 24. 6. 1953.

[18] Vgl. die Charakterisierung Ostrys durch Viktor Matejka in: *Tagebuch*, 1. 9. 1951, 1 f.: „Warum der Ostry nicht Westry heißt".

[19] Ergert, a. a. O., 43.

[20] Die Nachrichtenabteilung des Senders „Rot-Weiß-Rot" wurde im Lauf des Juli 1945 von Eric Mamerow aufgebaut und vorübergehend auch vom früheren RAVAG-Mann Erich von Kunsti geleitet. Am 5. 9. 1945 startete „Rot-Weiß-Rot" in Wien sein Versuchsprogramm. Vgl. Oliver Rathkolb, *Politische Propaganda der amerikanischen Besatzungsmacht in Österreich 1945 bis 1950. Ein Beitrag zur Geschichte des Kalten Krieges in der Presse-, Kultur- und Rundfunkpolitik*, phil. Diss., Wien 1981, 2, 444 f.

[21] *NÖ*, 1. 2. 1946.

[22] Bericht der Programmdirektion über die Pressekonferenz von Radio Wien vom 5. 11. 1945 (im Besitz des Verf.).

[23] Die Einführung von Nachrichten zu jeder vollen Stunde dürfte erst unter der Direktion von Joseph R. Sills, nach Übersiedlung Ostrys (gemeinsam mit Ernst Bohac — siehe unten) realisiert worden sein. In einem Tätigkeitsbericht Ostrys (o. D., NL Ostry, Institut für Zeitgeschichte, Wien) heißt es dazu: „Der ursprüngliche Plan, zu jeder Stunde ... Nachrichten durchzugeben, wurde zwar nicht eingehalten ..., aber wir versorgen die Hörer doch viel reichlicher mit Nachrichten als der österreichische Rundfunk". Zur Glaubwürdigkeit vgl. „Hörerumfragen", zit. bei Rathkolb (1981), 2, 176 ff. und 484 ff.

[24] Vgl. internen Organisationsplan: Bericht über das Rundfunkprogramm vom 3. 12. 1945, NL Rudolf Henz, Dokumentationsstelle für neuere österreichische Literatur (für die freundliche Erlaubnis zur Einsichtnahme danke ich Herrn Dr. Heinz Lunzer).

[25] Information für Major Goldenberg vom 28. 7. 1945, NL Henz. *Österreichische Zeitung (ÖZ)*, 28. 6. 1945.

[26] *NÖ*, 30. 9. 1945. Zur Person Herbert Kohlichs vgl. *Arbeiter-Zeitung (AZ)*, 8. 10. 1945, *Die Zukunft*, H. 11 (November)/1948.

[27] Zum Vorgang vgl. Briefwechsel Ferdinand Reiter mit Rudolf Henz.

[28] Bericht der Programmdirektion (Fn. 22), Henz an Reiter vom 16. 1. 1946, NL Henz; Brief Weikert an Edmund Weber vom 22. 5. 1947, NL Felix Hurdes, Do 329, Mappe 962, und Weikert an Bundeskanzler Leopold Figl vom 7. 10. 1949, NL Hurdes, ebd. Titel bzw. Texte der RF-Vorträge der beiden Großparteien vgl. *Kleines Volksblatt* bzw. *Funk und Film*, bzw. *SPÖ-Jahrbücher*.

[29] Henz an Reiter vom 16. 1. 1946 (s. Fn. 28), Information Guggenberger für Hurdes vom 8. 5. 1947, NL Hurdes, a. a. O. Seit April 1953 bestimmten die Parlamentsklubs, welche Reden im Rundfunk zu bringen waren; erst unter der GI Gerd Bachers wurde diese Praxis zugunsten einer freien Parlamentsberichterstattung geändert. Vgl. dazu Andics u. a., *50 Jahre Rundfunk in Österreich*, 4, 65—71 und 148—150.

[30] *AZ*, 10. und 17. 10. 1948, *ÖVSt*, 18. 10. 1947; erstmals kritisiert wird die sowjetische Presseschau vom ÖVP-Zentralorgan *Wiener Tageszeitung*, 15. 2. 1948.

[31] Der Titel „Man steht am Fenster" war einem Faust-Zitat („Im Frieden am Fenster stehend ...") entlehnt. Zur Eigendefinition des Kommentars vgl. Manuskript für die Sendung vom 1. 7. 1945, bzw. *Radio Österreich*, H. 38, 13. 9. 1958. Zur sowjetischen Zensur an Ostry vgl. Rathkolb (1981), 2, 469. Den Beginn der Auseinandersetzung der KPÖ mit Ostry markiert eine Polemik Bruno Freis im *Abend* vom 27. 11. 1950, „Haben Sie sich alles wohl überlegt, Herr Ostry?" als Redaktion auf den Ausschluß der KP-Chefredakteure aus der Journalistengewerkschaft. Die Polemik erreichte ihren Höhepunkt mit dem Aufrollen von Ostrys Verhalten gegenüber Redaktionskollegen des *Wiener Tag* 1938 im Mai 1953 ff.

[32] Vgl. Oliver Rathkolb, „Kalter Krieg im Äther — Eine vergleichende Fallstudie über Propagandasendungen in der RAVAG und im Sender „Rot-Weiß-Rot" als Bestandteil der sowjetischen und amerikanischen Informationspolitik in Österreich 1945—1955", Seminararbeit, Institut für Zeitgeschichte, Wien, WS 1977/78, 22 f.

[33] Interview des Verf. mit Richard Mais-Gogela vom 2. 5. 1989.

[34] Brief Waldstein an Henz vom 13. 6. 1950, NL Henz.

[35] Interview mit Mais-Gogela. Mais-Gogela wurde Anfang 1950 aufgrund seines autoritären Führungsstils abgesetzt, sein Nachfolger als Leiter des *Echo* wurde Hans Szuskiewicz; vgl. ders. *Reporter war ... 10 Jahre österreichischer Rundfunk 1945—1955*. Wien 1963.

[36] Vgl. dazu: „Directive for Psychological Warfare and Control of Austrian Information Services", 29. April 1945, abgedruckt

bei: Schönberg (1974), 2, 74—103, vor allem Annex E; zur sowjetischen Österreich-Politik vgl. allgemein: Winfried Aichinger, *Sowjetische Österreich-Politik 1945—1955*. Wien 1977.

[37] *NÖ*, 21. 9. 1945, *ÖZ*, 16. 6. 1946. Vgl. zur weiteren Programmentwicklung die Programmvor- bzw. -rückschauen in der *ÖZ* bzw. ÖVSt.

[38] Rathkolb (1977/78), 13. Zur quantitativen Entwicklung der „Russischen Stunde" vgl. Ergert (1975), 2, 140 sowie Rathkolb, a. a. O., 22.

[39] *NÖ*, 3. 11. 1945, Rathkolb (1981), 2, 519.

[40] 1951 wies der Programmblock „Russische Stunde" im wesentlichen drei Programmschwerpunkte auf: 1) Sendungen über Staat, Gesellschaft und Kultur der UdSSR, 2) innenpolitische Kommentare und vergleichbare Sendungen über Österreich, 3) Kulturprogramme. Stetes, aber auch auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges erfolgloses Bemühen der Programmdirektion von Radio Wien war es, die Sendung auf ihren ursprünglichen Programmschwerpunkt (ad 1) einzugrenzen. Gegenüber dem Informationsdienst wurde argumentiert, daß vor allem Schwerpunkt 2) von kontraproduktiver Wirkung für die Besatzungsmacht sei. Vgl. weiter Rathkolb (1981), 2, 533—546.

[41] Vgl. zum, Konflikt rund um den Oktoberstreik: Ergert (1975), 2, 140 ff. Auf eine detaillierte Darstellung der „Russischen Stunde" muß hier aus Platzgründen verzichtet werden.

[42] Ergert (1975), 2, 66 ff.

[43] Neuer Hauptreferent für Kultur im ÖVP-Generalsekretariat wurde Dr. Alfred Weikert, der damit die Nachfolge Edmund Webers — dieser wurde Generaldirektor des Parteiverlags „Österreichischer Verlag" — und Ernst Marboes antrat. Im Verlagswesen stand die Auseinandersetzung mit der SPÖ in der Frage der Rückstellung und Neuaufteilung von Zeitungsdruckereien und -verlagen an, es kam zur Gründung der *Wiener Tageszeitung* als zweites Zentralorgan, parallel dazu wurde die Frage nach dem Weitererhalt der Zeitung *Neues Österreich* aufgeworfen. Rundfunkpolitisch kam im Frühjahr 1947 die Diskussion um die Erstellung eines föderalistischen Gegenentwurfes für ein Rundfunkgesetz (zu jenem des Verkehrsministeriums) in Gang.

[44] Als „Partei"-Redakteure kamen hinzu: Ernst Bohac (ÖVP), Hans Bujak (SPÖ) und Kurt Kirszen (KPÖ).

[45] Brief Weikert an Hurdes vom 17. 5. 1947, NL Hurdes. Die Vorgangsweise der ÖVP in dieser Sitzung zeigt, daß sie bewußt auf eine Ablöse Ostrys hinarbeitete, indem sie seine kurzfristige Abwesenheit bei den Moskauer Verhandlungen über einen Staatsvertrag zum Anlaß für den Konflikt nahm.

[46] Ebd.; dabei mag auch der allmählich wachsende sowjetische Druck motivierend gewirkt haben.

[47] Brief E. Weber an Hurdes vom 31. 5. 1947, NL Hurdes. Brenner galt als Kandidat des katholischen Flügels (Hurdes — Funder) der ÖVP.

[48] Weikert an Hurdes vom 4. 6. 1947. Als Nachfolger für Brenner wurden zunächst Hans Jilek (Bundespressedienst) und Peter Schier (Pressereferent im Handelsministerium) gehandelt.

[49] Brief Bujak an Thaller vom 2. 6. 1947, Archiv der SPÖ, Korr. Zentralsekretariat. Zur Person Hans Bujaks vgl. Lebenslauf H. B., verf. von Mimi Bujak, Verein für die Geschichte der Arbeiterbewegung. Kasten Personalia.

[50] Brief Bujak an Thaller vom 8. 6. 1947.

[51] Weikert an Hurdes vom 4. 6. 1947, NL Hurdes. Die Sorge Weikerts war nicht unberechtigt: Leopold Thaller, in der SPÖ mit der Wahrnehmung von Rundfunkfragen in erster Linie betraut, hatte Bujak bereits zur Ausarbeitung eines Organisationsplanes für die Nachrichtenabteilung beauftragt.

[52] Weikert an Bundeskanzler Figl vom 16. 10. 1947, NL Hurdes. Guggenberger wäre u. U. zu einer Bestellung Bujaks bereit gewesen. (Vgl. Bujak an Thaller vom 8. 6. 1947.)

[53] Weikert an Weber vom 12. 6. 1947, NL Hurdes.

[54] Ebd. und Weikert an Hurdes vom 5. 7. 1947.

[55] Ebd.

[56] Leopold Thaller, „Die österreichischen Rundfunk-Zonen", in: *Radio Wien*, H. 23, 7. 6. 1947. Zur gleichen Zeit wurde insbesondere auch der Nachrichtendienst bei der britischen Sendegruppe „Alpenland" weitgehend von der Besatzungsmacht kontrolliert (Brief Weber an Hurdes vom 12. 5. 1947 und parlamentarische Anfragebeantwortung des Verkehrsministers vom 23. 6. 1949).

[57] So heißt es z. B. im Brief Weikerts an Figl vom 16. 10. 1947, also vier Monate nach der Bestellung Bohacs als stellvertretender Leiter der Nachrichtenabteilung: „... Das russische Element selbst hat nichts gegen Bohac einzuwenden."

[58] Vgl. hierzu: Manfried Rauchensteiner, *Die Zwei — Die Große Koalition in Österreich 1945—1966*, Wien 1987, 97—111 bzw. Arno Eiwitschläger, *Amerikanische Wirtschaftspolitik in Österreich 1945—1949*, Graz, Wien 1986, 45—154.

[59] Vgl. Rathkolb (1981), 2, 461 ff.: „Erst als der Kalte Krieg bereits in allen möglichen Bereichen tobte, versuchten die Sowjets den Vorsprung des Amerikanischen Nachrichtendienstes, der seine Nachrichten über Rot-Weiß-Rot verbreiten konnte, zu egalisieren." (Ebd. 471).

[60] Die Protestresolution des österreichischen Ministerrates vom 22. 10. 1947 richtete sich wohlweislich an alle (!) vier Alliierten.

[61] Mitte Mai 1947 wurde erstmals ein von der KPÖ eingereichter Vortrag im Rahmen der Belangsendung „Stimme der Zeit" zurückgewiesen, weil er Angriffe auf die österreichische Justiz enthielt (vgl. *ÖVSt* 17. 5. 1947, Brief Weikert an Weber vom 21. 5. 1947); die KPÖ wurde sowohl bei der britischen Sendegruppe Alpenland wie auch bei RWR eindeutig diskriminiert; schließlich wurde dem KPÖ-Redakteur in der Nachrichtenabteilung, Kirszen, keine Stellvertreterfunktion zuerkannt.

[62] Brief Weikert an Figl vom 16. 10. 1947, NL Hurdes.

[63] Vgl. *AZ*, 18. 7. 1947. Die Zensur der *AZ*-Leitartikel im Rahmen der „Inlandspresseschau"' entsprach lediglich den offiziellen Zensurrichtlinien der Sowjets, „keine ... gegen die Interessen einer der alliierten Besatzungsmächte gerichteten Angriffe zuzulassen", die noch Mitte 1948 in Geltung waren (vgl. Parlamentarische Korrespondenz, Anfragebeantwortung des Verkehrsministers 189/AB vom 10. 7. 1948). Zu den Zensurrichtlinien vgl. ausführlich: die amerikanische Dokumentation des sowjetischen Standpunkts bei Rathkolb (1985), 305 f.

[64] Weisung des Bundeskanzleramts/ Bundespressedienst Zl. 81.256-III/1947 an Guggenberger vom 11. 10. 1947 und Brief Bujak an Thaller vom 27. 10. 1947, beides Archiv der SPÖ, Korr. Zentralsekretariat 1947.

[65] Brief Weikert an Figl vom 16. 10. 1947.

[66] Rede Thallers vor dem SPÖ-Parteitag, in: *Parteitag 1947 — Protokoll des dritten Parteitags der SPÖ* vom 23.—26. 10. 1947. Wien o. J., 65 ff.

NORBERT P. FELDINGER

Halbe Lösungen, vertane Chancen

Vom Besatzungsrundfunk zum ORF (1952 — 1957)

Besatzungssender am Ende

Nachdem die Alliierten 1945 die Kontrolle über die Medien übernommen hatten, war doch rasch zu erkennen, daß der Freiraum Österreichs in der Pressepolitik größer als in der Rundfunkpolitik sein werde. Vor allem von amerikanischer Seite wurde der Rundfunk als Propagandainstrument und Werkzeug im kalten Krieg verwendet.

Die Bestrebungen Österreichs, die Sender unter eigene Verwaltung zurückzuerhalten, blieben lange Jahre unerfüllt. Erst mit Wirkung vom 1. August 1952 gab als erste die französische Besatzungsmacht die Oberhoheit über ihre Sendergruppe an die Landesregierungen von Tirol und Vorarlberg zurück[1]. Damit begann aber auch ein Radiokrieg der Länder gegen den Bund.

Der Schritt der Franzosen, die Senderanlagen den Landesregierungen und nicht dem Bund zu übergeben, war ein Schlag gegen die Zentralisierungsgedanken des Bundesministers für Verkehr und verstaatlichte Betriebe, Karl Waldbrunner.

Die Übergabe der Sendergruppe „Alpenland" mit den Sendern Graz-Dobl, Graz-St. Peter und Klagenfurt begann sich Ende des Jahre 1953 anzubahnen. In einem Briefwechsel zwischen Waldbrunner und dem britischen Botschafter in Wien, Sir Harold A. Caccia, im November und Dezember 1953 wurde grundsätzlich Einigung über die Übernahme der Anlagen durch die öffentliche Verwaltung des österreichischen Rundspruchwesens erzielt[2]. Die öffentliche Verwaltung stand ja formell unter der Befehlsgewalt der Alliierten. Die Übergabe selbst erfolgte im Frühjahr 1954 an die österreichische Bundesregierung[3].

Von Wien aus wurde nun begonnen, verstärkt darauf hinzuweisen, daß die ehemaligen Besatzungssender nun Teil des „Österreichischen Rundfunks" seien.

Ab Anfang des Jahres 1953 zeigte auch die amerikanische Besatzungsmacht erste Verhandlungsbereitschaft bezüglich einer Übergabe ihrer Senderanlagen. Die Form dieser Übergabe war allerdings noch offen. Die amerikanischen Stellen in Österreich wollten die Übergabe der Sender Salzburg und Linz an die Landesregierungen mit der Einschränkung eines amerikanisches Kontrollrechtes forcieren, wobei „Rot-Weiß-Rot" Wien vorerst amerikanischer Sender bleiben sollte. Das State Department hingegen trat eher für ein einheitliches österreichisches Rundfunksystem unter Einschluß aller Besatzungssender ein[4].

Über ein Jahr später, am 9. März 1954, gab die österreichische Bundesregierung im Anschluß an den Ministerrat bekannt, daß Einigung über die Übergabe der „Rot-Weiß-Rot"-Sender Linz und Salzburg an die Bundesregierung erzielt worden sei. Der „Rot-Weiß-Rot"-Sender Wien sollte wie bisher auf Kosten der Vereinigten Staaten von Amerika weiterbetrieben werden[5]. Am 16. März 1954 um 5^{50} Uhr meldete sich so in Salzburg und Linz erstmals „Radio Österreich" zu Wort[6].

Mit 25. April 1954 trat eine Neuordnung der Programmgestaltung in Kraft. Das „Erste Programm" sollte im Mittelwellenbereich ein repräsentatives österreichisches Programm mit hohem kulturellem und künstlerischem Niveau bieten. Das „Zweite Programm" war als Regionalprogramm der Bundesländer im Bereich der Ultrakurzwelle vorgesehen. Das „Dritte Programm" sollte ein ergänzendes Programm im UKW-Bereich, dem besondere Aufgaben übertragen werden könnten, darstellen[7].

In Zusammenhang mit dieser Umorganisation des Rundfunkwesens in Österreich wurde der bisherige Leiter der wissenschaftlichen Abteilung von Radio Wien, Bundesrat Alfons Übelhör, mit Wirkung vom 1. März 1954 anstelle von Siegmund Guggenberger zum öffentlichen Verwalter des österreichischen Rundspruchwesens ernannt. Guggenberger hatte innerhalb der Österreichischen Volkspartei schon seit längerer Zeit viel an Vertrauen eingebüßt, sodaß künftig Alfons Übelhör gemeinsam mit Wilhelm Füchsl die Neuordnung des Rundfunks seitens der öffentlichen Verwaltung leiten sollte[8].

Aber auch mit dieser Reform gab es noch keinen einheitlichen Österreichischen Rundfunk. Die Senderstationen Aldrans in Tirol und in Lauterach in Vorarlberg waren noch nicht unter der Kontrolle der Bundesregierung.

Absage an den Rundfunkföderalismus

Nachdem die Post- und Telegraphenverwaltung für Tirol und Vorarlberg im Auftrag der öffentlichen Verwaltung die Übergabe der von den Vorarlberger und Tiroler Landesregierungen betriebenen Senderanlagen gefordert hatte, versuchte der Vorarlberger Landeshauptmann Ulrich Ilg nun eine Interessengemeinschaft zu gründen, die von allen Landeshauptleuten der Volkspartei unterstützt werden sollte. Mit Hilfe dieser Länderfront wollte die Vorarlberger

Landesregierung eine Zentralisierung des Rundfunks verhindern[9].

Da weder mit den übrigen Landesregierungen noch mit der Post Einigung zu erzielen war, ergriff Vorarlberg neuerlich die Initiative. Gemeinsam mit der oberösterreichischen Landesregierung beschloß Vorarlberg, an den Verfassungsgerichtshof heranzutreten, um eine Feststellung zu erwirken, ob Veranstaltungen von Rundfunksendungen in die Zuständigkeit des Bundes oder der Länder fielen[10].

Vorarlberg hatte zuvor schon mehrmals damit gedroht, den Verfassungsgerichtshof anzurufen. Das erste Mal bereits 1951, damals allerdings noch wegen der Radiogebühren. Vorarlberg verlangte damals eine Neuaufteilung des Prozentsatzes und des Investitionsschillings zugunsten der Länder. Schon hier hatte Bregenz eine Vorreiterrolle für die Interessen auch der übrigen Bundesländer inne[11].

In seinem Erkenntnis vom 5. Oktober 1954 stellte der Verfassungsgerichtshof fest:

1. Das Rundfunkwesen ist zur Gänze, somit in organisatorischer, technischer und kultureller Beziehung, Bestandteil des Telegraphenwesens, und daher gemäß Art. 10 Abs. 1 Z. 9 B.-VG. in Gesetzgebung und Vollziehung Bundessache[12].

Nachhutgefecht im Westen

Die Ereignisse des Jahres 1954 führten im Bereich des Bundesministeriums für Unterricht zu einer personellen Veränderung. Nach Bekanntgabe des Entscheides des Verfassungsgerichtshofes gab Ernst Kolb im November 1954 seinen Rücktritt bekannt. Heinrich Drimmel wurde zum neuen Unterrichtsminister bestellt[13]. Ernst Kolb, als gebürtiger Vorarlberger das einzige aus einem westlichen Bundesland stammende Regierungsmitglied, galt als Verfechter des Länderföderalismus. Aber selbst innerhalb der eigenen Partei konnte er mit seinen Vorstellungen kaum Erfolge erzielen[14].

Kurz nach Bekanntgabe des Erkenntnisses des Verfassungsgerichtshofes wurden im November 1954 die Gespräche zwischen den Landesregierungen von Tirol und Vorarlberg sowie der österreichischen Bundesregierung wieder aufgenommen. Das Verkehrsministerium legte den 1. Dezember als letzten Termin für die Übergabe der Senderstationen Aldrans (Tirol) und Lauterach (Vorarlberg) an die öffentliche Verwaltung des österreichischen Rundspruchwesens fest.

Daß hier eine Übergabe an die öffentliche Verwaltung und nicht an die Bundesregierung angeordnet wurde, stellt lediglich einen organisatorisch bedingten Zwischenschritt dar. Bei einer Übergabe an die öffentliche Verwaltung war die Post- und Telegraphendirektion für Tirol und Vorarlberg für die Übernahme der Senderstationen verantwortlich. Diese wiederum war der Österreichischen Post- und Telegraphenverwaltung gegenüber weisungsgebunden, womit einer Übergabe an die Bundesregierung nichts mehr im Wege gestanden wäre, noch dazu unter dem Vorwand, daß auch die amerikanische und die britische Besatzungsmacht ihre Senderstationen an die Bundesregierung übergeben hätten.

Nach zähen Verhandlungen wurden die Tiroler Senderanlage von Aldrans und das Studio Innsbruck am 29. bzw. 30. November 1954 an die Post- und Telegraphenverwaltung für Tirol und Vorarlberg übergeben[15]. „In Würdigung der Rechtslage und im Interesse einer verträglichen Verhandlungsatmosphäre" kam es am 27. November 1954 zur Übergabe der hochfrequenten Anlagen in Lauterach an die Post[16].

Gleichzeitig wurde in der Vorarlberger Landeskorrespondenz eine Erklärung von Landeshauptmann Ulrich Ilg veröffentlicht, aus der hervorging, daß eine Übergabe des Studios Dornbirn abgelehnt worden sei, da es sich hierbei um Landesvermögen handle[17]. Minister Waldbrunner verfügte nun, das Studio Dornbirn mit Wirkung vom 1. Dezember 1954 vom Sender Lauterach zu trennen. Ohne irgendeine Erklärung wurde das Programm aus Wien über den Sender Lauterach gesendet[18].

Nachdem die Vorarlberger Landesregierung Bereitschaft zu Gesprächen mit der Bundesregierung gezeigt hatte und zu einem Kompromiß in der Frage der Anerkennung der öffentlichen Verwaltung des Rundspruchwesens bereit war, kam es am 3. Dezember 1954 zu einer vorläufigen Beruhigung des Konfliktes. Die Verbindung zwischen dem Studio Dornbirn und der Senderstation Lauterach wurde wiederhergestellt, das seit Jahren gemeinsam mit dem Studio Innsbruck produzierte Programm erfuhr vorerst keine Änderung[19].

Privatfunkambitionen im Osten

Bedingt durch den nunmehrigen Status eines rein amerikanischen Besatzungssenders, ähnlich wie RIAS-Berlin, wurde RWR-Wien ausschließlich aus amerikanischen Steuermitteln erhalten[20].

Die amerikanische Besatzungsmacht hatte nunmehr die Möglichkeit, die gesamten finanziellen Mittel, die bisher sowohl für Salzburg als auch Linz und Wien bestimmt gewesen waren, für Wien allein verwenden zu können.

„Rot-Weiß-Rot" konzentrierte sich nach wie vor darauf, den Beliebtheitsgrad seines Senders deutlich über jenem des „österreichischen" Programms zu halten. Nicht vergessen werden dürfen aus dieser Zeit eine Reihe von Sendungen mit sozialkritischem Hintergrund. So die Kabarettsendung „Brettl vorm Kopf" der Kabarettisten Carl Merz, Helmut Qualtinger und Gerhard Bronner, aber auch Sendungen wie die „Radiofamilie Floriani", „Die Bürger von Schmeggs" oder der „Watschenmann", die vom

„Rot-Weiß-Rot"-Team selbst produziert wurden[21]. Unter der Leitung von Jörg Mauthe arbeiteten hier unter anderem Ingeborg Bachmann, Hans Weigel, Peter Weiser, Walter Davy, Alfred Böhm und Wolfgang Riemerschmied im Script-Department[22].

Kein Wunder also, daß dieser Sender, einerseits Prestige-Projekt der Vereinigten Staaten von Amerika, andererseits seit 1945 härteste Konkurrenz der „RAVAG-Nachfolgeunternehmen", zum Zankapfel innerhalb der österreichischen Politik werden mußte. In einem Jahr, in dem sich für Österreich die so bedeutende Unterzeichnung des Staatsvertrages ereignete, mußte eine Konkurrenz und Kritik, wie sie von „Rot-Weiß-Rot" seit 1945 geübt wurde, ohne daß der Staat eine Möglichkeit gehabt hätte, dagegen einzuschreiten, mit allen Mitteln beendet werden.

Nach Unterzeichnung des Staatsvertrages am 15. Mai 1955 mußte der Sender „Rot-Weiß-Rot" als Besatzungssender zu bestehen aufhören, und erste Gedanken einer Neuorganisation wurden gepflegt. Aus dem Kreis der Industrie versuchte Manfred Mautner-Markhof jun. die Möglichkeiten eines Privatsenders, welcher sich aus Werbeeinnahmen erhalten sollte, zu prüfen. Seitens der Medien waren es die Tageszeitungen *Neuer Kurier* und *Die Presse*, die in den Bereich des Rundfunks einzusteigen versuchten. Vor allem Ludwig Polsterer zeigt nach seinen Erfolgen bei der Filmfirma *Cosmopol* und der Tageszeitung *Neuer Kurier* Ambitionen für den Rundfunk[23]. Als Herausgeber der *Presse* fungierte zu dieser Zeit Fritz Molden, als Chefredakteur Milan Dubrovic[24].

Alle diese Bestrebungen liefen den Vorstellungen der Bundesregierung entgegen. Insbesonders Verkehrsminister Karl Waldbrunner kämpfte gegen eine Privatisierung. Finanzierbar wäre die Weiterführung des Senders durchaus gewesen. „Rot-Weiß-Rot" beschäftigte etwa 160 Mitarbeiter und hatte ein Jahresbudget von maximal 16 bis 20 Millionen Schilling zur Verfügung. Der österreichische Rundfunk beschäftigte im Gegensatz dazu allein in Wien etwa 800 Mitarbeiter[25].

Um die Fortführung des Senders zu verhindern, scheute die Bundesregierung keine Argumentationen. So berief man sich plötzlich darauf, daß „Rot-Weiß-Rot" auf einer Wellenfrequenz sendete, die Österreich nach dem Wellenplan von Kopenhagen nicht zugeteilt war[26].

Es erscheint äußerst unwahrscheinlich, daß die Vereinigten Staaten von Amerika gegen die Weiterverwendung dieser Frequenz durch Österreich Einspruch erhoben hätten. Auch die Mittelwellenfrequenzen der Sender Salzburg und Linz wurden Österreich überlassen. Im Übergabeprotokoll dieser Sender hatten die Vereinigten Staaten von Amerika sogar ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Frequenzen weiterverwendet werden dürfen. Man war damals seitens der USA sogar bereit, etwaige Beschwerden ausländischer Verwaltungen zu bearbeiten[27]. Darüber hinaus kümmerte sich 1955 kaum noch jemand um den Wellenplan von Kopenhagen. Voraussetzung für einen Privatsender war allerdings eine Mittelwellenfrequenz, die Ultrakurzwelle kam noch nicht in Frage, da es dafür noch zu wenige geeignete Empfangsgeräte gegeben hätte.

Ausgelöst durch die Tageszeitungen *Neuer Kurier* und *Die Presse* wurde nun begonnen, den Konflikt um „Rot-Weiß-Rot" in der Öffentlichkeit auszutragen. Ende Mai 1955 widmete *Die Presse* „Rot-Weiß-Rot" eine ganze Seite. Mit Schlagzeilen wie „Das staatliche Rundfunkmonopol gefährdet die öffentliche Meinung" wurde der Werbefeldzug für eine Weiterführung des Rundfunksenders auf kommerzieller Basis begonnen[28].

Da der Sender allgemein beliebt war, hätte die Öffentlichkeit von der Notwendigkeit des Fortbestandes des Senders nicht erst überzeugt werden müssen:

> Der Hintergrund dieser Kampagne war aber der, daß Kreise, die der Herausgeberschaft des *Neuen Kurier* nahestehen, und einer bedeutenden Persönlichkeit der Industrie — mit ministerieller Unterstützung — für den Betrieb dieses Senders eine private Konzession erlangen wollten und die trotz ausgebauten Werbefunks wahrscheinlichen Fehlbeträge, die sich ergeben würden, tragen wollten[29].

Finanzminister Reinhard Kamitz hatte etwa zehn Millionen Schilling für die Weiterführung von „Rot-Weiß-Rot" bis zum Jahresende 1955 an den Sender überwiesen[30]. Diese eigenmächtige Handlung des Finanzministers fand keine Zustimmung bei den sozialistischen Regierungsmitgliedern und wurde selbst von der Österreichischen Volkspartei nicht uneingeschränkt verteidigt. Entgegen einer Mitteilung im Pressedienst der ÖVP hatte Reinhard Kamitz nicht im Einvernehmen mit Waldbrunner gehandelt[31].

Der Ministerrat beschloß schließlich, „Rot-Weiß-Rot" nicht zu übernehmen und auch das Personal nur durch Neuaufnahme im Österreichischen Rundfunk zu beschäftigen. Von der technischen Einrichtung sollte nur jener Teil abgelöst werden, der unbedingt benötigt würde[32].

Die Frage der Personalübernahme war deshalb so bedeutend, weil die Bediensteten von „Rot-Weiß-Rot" höher dotierte Dienstverträge besaßen als die Angestellten des Österreichischen Rundfunks. Durch eine Kündigung mit anschließender Neueinstellung konnte dieses Problem gelöst werden.

Die Auflösung von „Rot-Weiß-Rot"

Der 27. Juli 1955 war der letzte Tag der Senderstation „Rot-Weiß-Rot". Lobeshymnen über

„Österreichs populärsten Sender"[33] wurden verbreitet, Bundeskanzler Julius Raab und Vizekanzler Adolf Schärf sprachen via Mikrophon Abschiedsworte. Wenn dabei der Bundeskanzler nach der zwangsweisen Auflösung von „RWR" von „Wehmut" und „einem weinenden Auge"[34] sprach, so versuchte er damit zugleich, den tätigen Anteil der Bundesregierung an der Beseitigung des Senders vergessen zu machen. Vom 28. Juli 1955 an strahlte der Österreichische Rundfunk über die ehemalige Senderanlage des amerikanischen Besatzungssenders „Rot-Weiß-Rot" das Zweite Programm aus. Mit einer Sendeleistung von 100 Kilowatt war die Senderanlage „Am Steinhof" zu dieser Zeit die stärkste in Wien. Die neue Frequenz von Wien II betrug 755 Kilohertz, eine Wellenlänge von 400 Metern[35].

Die größte Konkurrenz des Proporzes in der Geschichte des Österreichischen Rundfunks war mit dem Ende von „Rot-Weiß-Rot" beseitigt.

Prinzip Proporz

Der erste Schritt, einen absoluten parteipolitischen Proporz im Rundfunk zu errichten, war die Bestellung eines zweiten öffentlichen Verwalters im österreichischen Rundspruchwesen. Dazu erscheint es dem Verfasser notwendig, einige Jahre zurückzublenden.

Bereits im Mai 1948 plante das Verkehrsministerium, einen zweiten öffentlichen Verwalter für das österreichische Rundspruchwesen zu ernennen. Verkehrsminister Vinzenz Übeleis war damals noch am Veto der ÖVP, hier vor allem des Ministers für Wirtschaftsplanung und Vermögenssicherung, Peter Krauland, gescheitert. Es dauerte noch vier Jahre, bis am 10. März 1952 der bisherige technische Direktor Wilhelm Füchsl (SPÖ) neben Siegmund Guggenberger (ÖVP) zum zweiten öffentlichen Verwalter bestellt wurde. Die beiden Verwalter waren künftig nur gemeinsam zeichnungsberechtigt.

Mit der immer stärker werdenden Einschaltung von Regierungsmitgliedern, hier vor allem von Bundeskanzler Julius Raab und Verkehrsminister Karl Waldbrunner, in die Geschäfte von „Radio Wien" und dem beginnenden Rückzug der westlichen Alliierten aus der Rundfunkpolitik wurde auch eine allmähliche Lockerung der sowjetischen Kontrollen erreicht, die im Sommer 1953 in der formellen Aufhebung der Zensur ihr Ende fanden. Etwa zur gleichen Zeit kam es zu den ersten Ringsendungen zwischen den einzelnen, zum Teil neu errichteten österreichischen Studios.

Im Zuge dieser Entwicklung folgte auch eine personalpolitische Umorganisation der Verwaltung im Rundfunk. So wurde im März 1954 die öffentliche Verwaltung von der Intendanz in Wien getrennt[36]. Anstelle des in ÖVP-Kreisen mehr und mehr umstrittenen Siegmund Guggenberger wurde Alfons Übelhör zum neuen öffentlichen Verwalter ernannt. Für die Sozialistische Partei blieb Wilhelm Füchsl im Amt. Die öffentliche Verwaltung selbst wurde zu einer Dachorganisation von acht Unterabteilungen und einem angeschlossenen Rundfunkverlag umgeformt.

Interessant in diesem Zusammenhang scheint, daß sich dieser „Dualismus" nur in Wien einzubürgern begann. In den Bundesländern trug man dem Einfluß der jeweiligen Landesregierungen Rechnung und bestellte meist den bisherigen Sendeleiter zum Intendanten, während es in Wien in den Führungspositionen nur Doppelbesetzungen im Sinne des Parteienproporzes gab[37].

Nur der Posten des gesamtösterreichischen Programmdirektors war mit Rudolf Henz einfach besetzt, doch wurde hier dafür gesorgt, daß von dieser Stelle aus möglichst wenig koordiniert und konzentriert wurde.

Da die Zentrale des Rundfunks in Wien war, wurden hier alle drei Programme (Erstes, Zweites und UKW) zusammengestellt, und zwar vom Programmleiter von Radio Wien. Jedes dieser drei Programme hatte wiederum einen eigenen Programmleiter und gemäß Proporz einen praktisch gleichberechtigten Stellvertreter. Das Zweite Programm hatte diesen Besetzungsmodus, da keine der Parteien auf den Vorsitz verzichten wollte, sogar in doppelter Ausführung, also zwei Programmleiter und zwei Stellvertreter. Zwischen dem gesamtösterreichischen Programmleiter und den Programmproduzierenden standen so allein in Wien neun weitere leitende Personen[38].

Entwürfe für eine Neuordnung des Österreichischen Rundfunks

Im Zuge der Vorbereitungen zur Schaffung einer neuen Ordnung im Rundfunkbereich beauftragte die Post- und Telegraphenverwaltung die Sozialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft in Wien mit der Ausarbeitung von Vorschlägen für ein neues Rundfunkwesen. Im Oktober 1954 präsentierte diese Institution in ihrer Studie drei Alternativen für eine Neuorganisation des Rundspruchwesens. Es handelte sich dabei um einen „extrem-föderalistischen", einen „zentralistischen" und einen „Kompromiß-Plan"[39].

Der „extrem-föderalistische Plan" sah hier für jedes der neun Bundesländer einen eigenen selbständig betriebenen Sender vor. Als Nachteile wurden der größere Verwaltungsaufwand sowie die Tatsache, daß in zwei Bundesländern keine eigenen Senderanlagen bestanden, angeführt. Auf Grund der Kosten sah man auch die Gefahr, daß einige der Bundesländer nicht in

der Lage wären, den Anforderungen eines modernen Rundfunkbetriebes nachzukommen[40].

Der „zentralistische Plan" sah eine zentrale Verwaltung mit Sitz in Wien vor. Den Bundesländern sollte dabei, je nach Hörerzahl, die Möglichkeit zu einzelnen eigenen Produktionen gegeben werden. Eine derartige Verwaltung könnte in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung, einer Aktiengesellschaft oder einer Anstalt des öffentlichen Rechts erfolgen. Wenngleich hier die Mitwirkung der Bundesländer in der Programmproduktion betont wurde, sah dieser Plan vor, an die vor 1938 bestandenen Verhältnisse anzuknüpfen. Die gesamte Verwaltung, der technische Betrieb und eine einheitliche finanzielle Gebarung sollten mit Sitz in Wien zentral vereint werden[41].

Der „Kompromiß-Plan" sah drei gleichgeordnete Rundfunkgesellschaften vor. Eine Gesellschaft sollte Wien und Niederösterreich, die zweite Oberösterreich, Salzburg, Tirol und Vorarlberg, die dritte Steiermark, Kärnten und das Burgenland umfassen. Dieser Plan wurde ausgearbeitet, um eine allzu große Zersplitterung des Rundfunks zu vermeiden, sollte der zentralistische Plan nicht realisierbar sein[42].

Als Schlußfolgerung gab man in diesem Bericht eindeutig der zentralistischen Regelung den Vorrang. In einer zentralen Ausgestaltung des Rundfunks sah man die beste und einzig befriedigende Lösung dieses gesamtösterreichischen Problems. Gleichzeitig unterstrich man, daß eine Verstaatlichung oder allzu starke Verbürokratisierung vermieden werden sollte. Deutlich hervorgehoben wurde auch, daß die Länderstudios bestehen bleiben sollten.

Erste Verhandlungen

Im März 1955, also zwei Monate vor Unterzeichnung des Staatsvertrages und dem damit verbundenen endgültigen Ende der Beeinflussung des Rundfunks durch die Besatzungsmächte, bildeten die beiden Regierungsparteien ÖVP und SPÖ ein Verhandlungskomitee, um Beratungen über die Neuorganisation des Österreichischen Rundfunks zu führen. Delegationsführer dieses Verhandlungskomitees waren für die Volkspartei deren Generalsekretär Alfred Maleta und für die Sozialistische Partei der ressortzuständige Verkehrs- und Verstaatlichtenminister Karl Waldbrunner[43].

Uneinigkeit herrschte zwischen den beiden Parteien vor allem in der Frage der Rechtsform des „neuen" Rundfunks. Die ÖVP plädierte für eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung unter Beteiligung des Bundes, der Länder und der Kammern, während die SPÖ einer Rundfunkverwaltung mit dem Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts den Vorzug gab[44].

Den Wunsch der Volkspartei, eine private Gesellschaft zu gründen, sah die SPÖ darin begründet, daß so mehr als fünfzig Prozent der Aktien bei der ÖVP liegen würden und sie somit den Rundfunk uneingeschränkt beherrschen könnte. In einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, so die SPÖ, gäbe es keine Vorherrschaft einer Partei. Man verwies dabei darauf, daß in keinem anderen Land ein derartiges von der ÖVP bevorzugtes Modell existiere[45].

Im November 1955 stellte Verkehrsminister Waldbrunner der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft einen „Gesetzesentwurf über die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt ‚Österreichischer Rundfunk' zur Begutachtung" zu[46].

Dieser Entwurf sah die Bildung einer Rundfunkkommission, bestehend aus 24 Mitgliedern der Parteien und zwei Betriebsräten sowie Mitgliedern von Religionsgemeinschaften und Berufsverbänden vor. Den Vorsitz in dieser Kommission sollte der Verkehrsminister führen, dem auch das Recht der Ernennung und Abberufung der Mitglieder in diesem Ausschuß zustünde[47]. In den beigefügten erläuternden Bemerkungen wurde dazu auch erwähnt, daß diese Kommission im Sinne der „Gewährleistung des demokratischen Charakters" als notwendig erachtet werde[48].

Die Verbitterung der ÖVP über diese eigenmächtige Handlungsweise des Verkehrsministeriums war groß. Das Generalsekretariat der ÖVP stellte mit Befremden fest, daß dieser Entwurf in keiner Weise auf die bereits erzielten Ergebnisse in den gemeinsamen Verhandlungsrunden Rücksicht nahm: „Der Entwurf ist noch zentralistischer als die Verhandlungsgrundlage, die dem Komitee seinerzeit geboten wurde."[49]

Auch die Reaktion der Tageszeitungen paßte sich diesem politischen Klima an[50]. Während die sozialistische Parteipresse den Gesetzesentwurf zu rechtfertigen versuchte[51], sah der *Neue Kurier* in diesem Entwurf den Versuch der Umwandlung des Österreichischen Rundfunks in eine „ Anstalt der Parteiendiktatur"[52].

Die Bundeswirtschaftskammer lehnte den Entwurf des Verkehrsministeriums, den sie zur Begutachtung vorgelegt bekam, ab. Sie wandte sich vor allem dagegen, daß ein staatliches Monopol geschaffen werden sollte, welches von vornherein jegliche privatwirtschaftliche Betätigung auf dem Gebiet des Rundfunkwesens ausschließe. Auch die verfassungsmäßig gewährleistete Freiheit von jeder Zensur müsse nicht nur für die Presse, sondern auch für den Rundfunk garantiert sein. Die Kammer wandte sich auch gegen eine Oberhoheit des Verkehrsministeriums: Der Rundfunk sei in erster Linie ein wirtschaftliches und kulturelles Unternehmen, die technische Seite spiele nur eine untergeordnete Rolle[53].

Als weitere Antwort lieferte die Bundeswirtschaftskammer ihrerseits einen Entwurf für die Regelung der Rundfunkfrage. Es handelte sich hierbei, wie die Kammer selbst betonte, lediglich um die Klärung prinzipieller Fragen. Man wollte hier eine nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen arbeitende, allerdings nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtete, gemeinnützige Gesellschaft. Dem Bund oder den Ländern sollte es freigestellt sein, sich an dieser Gesellschaft zu beteiligen, der Rechnungshof hätte sie jedoch zu kontrollieren[54].

Immer wenn es darum ging, den Rundfunk aus dem Einflußbereich des Verkehrsministeriums zu lösen, betonten die Volkspartei und ihr nahestehende Organisationen die vorwiegend kulturelle Aufgabe des Rundfunks. Wenn die Länder aber in diese Argumentation verfielen, so wurde auch seitens der ÖVP immer wieder auf den Verfassungsentscheid des Jahres 1954 hingewiesen.

Bundeskanzler Raab zentralisiert die Rundfunkkompetenzen

Als die Regierung Raab im Frühjahr 1956 ihre vorzeitige Demission bekanntgab, hoffte man auch für den Rundfunk, daß die Nationalratswahlen vom 13. Mai 1956 eine Loslösung aus der Patt-Stellung bringen könnten.

Die große Verliererin dieser Wahl war die SPÖ. Während sie von den zu vergebenden 165 Mandaten nur eines dazugewann, konnte die ÖVP ihren Mandatsstand um acht erhöhen. Diese Mandatsgewinne gingen zu Lasten der aus dem Wahlverband der Unabhängigen hervorgegangenen, erstmals unter der neuen Bezeichnung kandidierenden Freiheitlichen Partei Österreichs. Der Mandatsstand der beiden Großparteien lautete 82 für die ÖVP gegen 74 der SPÖ. Betrug der Mandatsabstand zwischen ÖVP und SPÖ nach der Wahl im Februar 1953 nur ein Mandat, so waren es nun acht geworden. Das Kräfteverhältnis hatte sich also zu Gunsten der ÖVP verschoben[55].

Personell war der Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe, Karl Waldbrunner, der große Verlierer dieser Wahl. Er war mit seinen Zentralisierungsbestrebungen — und dies nicht nur im Rundfunk — während der letzten Jahre vermehrt in Konfrontationen mit Ministern der Volkspartei verwickelt. Sein Ressort wurde auf die Bereiche Verkehr und Elektrizitätswirtschaft reduziert. Die verstaatlichten Betriebe, somit auch die Zuständigkeit im Rundfunkwesen, wechselten ins Bundeskanzleramt. Als Dachorganisation für diese verstaatlichen Betriebe wurde die „IBV", die Industrie und Bergbau Verwaltungsgesellschaft m. b. H., die Vorläuferin der ÖIAG, gegründet[56].

Bundeskanzler Julius Raab gab kurz nach den Wahlen bekannt, daß ein Ministerkomitee eingesetzt werde, welches die Richtlinien für die Gestaltung des Rundfunks, „etwa nach dem Vorbild der alten RAVAG", erarbeiten sollte[57]. In diesem Ministerkomitee, das sogar gesetzlich verankert wurde, waren für die Volkspartei Bundeskanzler Julius Raab und Unterrichtsminister Heinrich Drimmel, für die Sozialistische Partei Vizekanzler Adolf Schärf und Verkehrsminister Karl Waldbrunner vertreten[58].

Wenngleich der Rundfunk nun auch einem anderen Ressort unterstellt wurde, so blieben doch die Leute, die eine Neuordnung ausarbeiten sollten, dieselben. Allein die Ankündigung, den Rundfunk nach dem Vorbild der „alten RAVAG" zu reorgansieren, ließ von vornherein nicht erwarten, daß man an eine Entpolitisierung des Rundfunks dachte.

Nicht zuletzt durch das Wahlergebnis bedingt, trat mehr und mehr die Idee einer privatrechtlich organisierten Gesellschaft mir beschränkter Haftung in den Vordergrund. Je mehr aber immer wieder auf den Begriff „privatrechtlich" hingewiesen wurde, umso deutlicher war zu erkennen, daß der Staat im Rundfunk Fuß zu fassen begann, „als Inhaber jener Anteile der zu gründenden Gesellschaft nämlich, die sich de jure und pro forma ‚privatrechtlich' nennen mag."[59]

In den Bundesländern sah man „eine autoritäre, undemokratische und unföderalistische Konstruktion des Rundfunks, ... schlecht versteckt in privatrechtlichen Scheinformen"[60], auf die Länder zukommen. So stellten Abgeordnete des Salzburger Landtages an den Landeshauptmann Josef Klaus die Anfrage, ob die Landesregierung den nötigen Einfluß bei der Neugestaltung des Rundfunks zur Wahrung der Länderinteressen ausübe[61]. Auch der Tiroler Landtag sprach sein Befremden über die Vorgangsweise in Wien aus. Man bezeichnete den geplanten Entwurf als unannehmbar und forderte den Landeshauptmann auf, bei Bundeskanzler Raab vorstellig zu werden[62].

Die Proteste in den Bundesländern führten dazu, daß Bundeskanzler Julius Raab eine Länderkonferenz einberief. Kritisiert wurde seitens der Länder auch, daß ein „Ministerkomitee" die Verhandlungen zur Neuordnung des Rundfunks führte, während kein einziger Ländervertreter auch nur angehört worden wäre. ÖVP-Generalsekretär Alfred Maleta gab daraufhin offiziell bekannt, daß die Länderstudios in der bisherigen Form bestehen blieben[63].

Neue Hindernisse

Im Zuge der Verhandlungen des Ministerkomitees wurde nun ein Mann für die Besetzung des Postens eines Generaldirektors genannt, der die Struktur des Rundfunks in Österreich bereits Jahre

zuvor geprägt hatte, der ehemalige Generaldirektor und Mitbesitzer der RAVAG Oskar Czeija[64]. In Anbetracht seines angegriffenen Gesundheitszustandes, wie die offizielle Begründung lautete, bat er allerdings, nicht zum Generaldirektor bestellt zu werden[65]. Gerüchten zufolge soll Czeija aber absolute Freiheit in der Personalbesetzung gefordert haben. Dies stellte für Bundeskanzler Raab eine im Sinne des Proporzes unannehmbare Forderung dar. Der am 5. September 1887 geborene Oskar Czeija erreichte ein hohes Alter: Er starb einundsiebzigjährig am 7. Mai 1958.

Nach dem Tod Bundespräsident Theodor Körners am 4. Jänner 1957 wurde im Mai Vizekanzler Adolf Schärf zum neuen Bundespräsidenten gewählt.

Innerhalb der SPÖ folgte Bruno Pittermann als Parteivorsitzender und Vizekanzler nach. So war Pittermann neuer Verhandlungsführer der Delegation der SPÖ im Ministerkomitee für Rundfunkfragen. Weitere Verhandlungsverzögerungen waren die Folge.

Am 11. Juli 1957 sollte im Bundeskanzleramt die Schlußsitzung des Rundfunkausschusses stattfinden. Der Ministerialbeamte aus dem Finanzministerium Karl Cejka (ÖVP) war als Generaldirektor vorgesehen, sein Stellvertreter sollte Wilhelm Füchsl (SPÖ) werden. Als Fernsehprogrammdirektor war Gerhard Freund (SPÖ) designiert, als Rundfunkprogrammdirektor Alfons Übelhör (ÖVP)[66]. Am Parteienproporz hatte also keiner gerüttelt.

Da Bundeskanzler Julius Raab im August einen Schlaganfall erlitten hatte, wurde der Termin für die Gesellschaftsgründung auf den 12. November 1957 verschoben[67]. Nach einer Erklärung von Vizekanzler Bruno Pittermann, daß er keinen Grund für eine Erhöhung der Rundfunkgebühren sehe, kam es nochmals zum Streit mit der ÖVP-Delegation. Die Gesellschaftsgründung wurde abermals verschoben.

Nach Überwindung aller Probleme kam es am 11. Dezember 1957, fast nicht mehr erwartet, doch noch zur Gründungs-Generalversammlung. Mit 1. Jänner 1958 konnte somit die „Österreichische Rundfunk Gesellschaft m. b. H." zu arbeiten beginnen.

Der neue Österreichische Rundfunk — eine Fehlgeburt?

Die Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung als oberste Fernmeldebehörde erteilte am 18. Dezember im Namen der Republik Österreich „gemäß § 3 Abs. 1 des Fernmeldegesetzes, BGBl. Nr. 170/1949, unter den in der Anlage Nr. 1 enthaltenen Auflagen der Unternehmung ‚Österreichische Rundfunk Gesellschaft m. b. H.' die Bewilligung, a) die in den Anlagen Nr. 3 bis 103 näher bezeichneten Rundfunk- und Fernsehrundfunksendeanlagen und b) die an den Standorten dieser Rundfunk- und Fernsehrundfunksendeanlagen und an den in der Anlage Nr. 2 angegebenen Orten zur Überwachung des Sendebetriebes erforderlichen Rundfunk- und Fernsehrundfunkempfangsanlagen zu errichten und zu betreiben."[68]

Die oben genannten Auflagen gemäß Anlage Nr. 1 beschränkten sich nicht allein auf den technischen und organisatorischen Bereich, sondern bezogen sich auch auf den Sektor des Programmes. Hier hieß es jedoch nur:

> Von der Verbreitung durch die Rundfunk- und Fernsehrundfunksendeanlagen ist alles auszuschließen, was die Sicherheit oder die Wirtschaftsinteressen des Bundes oder eines Landes gefährdet, gegen die Gesetze, die öffentliche Ordnung oder die Sittlichkeit verstößt.[69]

Da es sich ausschließlich um allgemeingültige Normen innerhalb eines gesellschaftlichen Zusammenlebens handelte, kann nicht von einer wirklichen Einschränkung gesprochen werden.

Das Grundkapital der Gesellschaft betrug 82,2 Millionen Schilling. 80 Millionen Schilling steuerte der Bund als Stammeinlage bei, die restlichen 2,2 Millionen verteilten sich in unterschiedlicher Höhe auf die neun Bundesländer.

In der Generalversammlung wurde der Bund als Gesellschafter satzungsgemäß von der Bundesregierung vertreten, die jenes Ministerkomitee, welches schon die Verhandlungen zur Gründung geführt hatte, mit der Ausübung der Gesellschaftsrechte betraute. Dieses Ministerkomitee mußte seine Beschlüsse einstimmig fassen. Die Bestellung der vier Geschäftsführer und der Mitglieder des Aufsichtsrates, die Programm- und die technische Gestaltung des Rundfunks sowie die Festsetzung der Rundfunkgebühren setzten somit eine Einigung zwischen den Koalitionsparteien voraus[70].

Die Zusammensetzung des Aufsichtsrates richtete sich nach dem Kräfteverhältnis der im Nationalrat vertretenen Parteien, wobei die Zahl der Mitglieder des Aufsichtsrates sich mit der Zahl der Mitglieder des Hauptausschusses des Nationalrates decken mußte. Darüber hinaus mußte jedes Bundesland durch wenigstens ein Mitglied im Aufsichtsrat vertreten sein. Beschlüsse über die Geschäftsordnung und das Budget bedurften einer Dreiviertel-Mehrheit, ansonsten genügte die einfache Mehrheit[71].

Der vierköpfige Vorstand wurde in der Praxis nach dem Proporzsystem zwischen ÖVP und SPÖ besetzt. Bei Stimmengleichheit entschied die Stimme des Generaldirektors, Budget- und Personalangelegenheiten mußten jedoch einstimmig beschlossen werden[72].

Neben diesen Organen wurde noch ein Rundfunkprogrammbeirat eingesetzt, ein beratendes Organ für den Aufsichtsrat und den Vorstand in Hinblick auf die Programmgestaltung[73].

Streng gemäß Entscheid des Verfassungsgerichtshofes vom Oktober 1954 erhielt eine „privatrechtliche Gesellschaft" von der Post- und Telegraphendirektion, der obersten Fernmeldebehörde, eine Konzession zum Betrieb der Rundfunkanlagen in Österreich. So muß festgehalten werden, daß es 1957 in Österreich de jure noch kein „Rundfunkmonopol" gab. Da allerdings keine weitere Konzession verliehen wurde und der Bund als Gesellschafter der „Österreichischen Rundfunk Ges. m. b. H." fungierte, kam diese Rechtsgestaltung in der Praxis einem Monopol gleich.

In den „Landesstudios" hatte sich 1958 durch die Gründung der Gesellschaft weder vom Aufgabenbereich noch personell etwas geändert. Die Länder selbst waren in den Organen der Gesellschaft vertreten, doch konnten sie durch die nur geringen Anteile am Gesamtkapital keine entscheidende Rolle spielen.

Nachdem die Gesellschaft bereits dreieinhalb Jahre ihr Programm über ganz Österreich ausgestrahlt hatte, wurde 1962 die letzte Erinnerung an die Organisationsstruktur des Rundfunks der Jahre 1945 bis 1957 aus den Gesetzesblättern gestrichen: Am 11. Juli 1962 verabschiedete der Nationalrat der Republik Österreich das sogenannte „Rundfunk-Rekonstruktionsgesetz". Mit der Einbringung der im § 1 angeführten Vermögenswerte in die „Österreichische Rundfunk Ges. m. b. H." war die gesetzliche Bedingung für die in § 3 ex lege angeordnete Aufhebung der öffentlichen Verwaltung für das österreichische Rundspruchwesen erfüllt[74].

---

[1] *Salzburger Nachrichten*, Jg. 8, Nr. 117, 31. 7. 1952, 2.

[2] Verhandlungsschrift Nr. 35 über die Sitzung des Ministerrates am 9. 2. 1954, Schreiben Caccia an Waldbrunner, 3. 12. 1953, Verh. Zl. 8954/V.

[3] Verhandlungsschrift Nr. 35 über die Sitzung des Ministerrates am 9. 2. 1954, Schreiben Caccia an Raab, 14. 1. 1954, Verh. Zl. 8954/V. Vgl. auch *Salzburger Nachrichten*, Jg. 10, Nr. 19, 23. 1. 1954, 4. Vgl. auch *Radio Österreich. Zeitschrift des Österreichischen Rundfunks*, 6. 2. 1954, H. 6, 9.

[4] Verhandlungsschrift Nr. 7 über die Sitzung des Ministerrates am 19. 5. 1953. Verhandlungsschrift Nr. 37 über die Sitzung des Ministerrates am 9. 2. 1954, Schreiben Waldbrunner an Thompson, 16. 11. 1953, Pr. Zl. 17.343/53.

[5] *Wiener Kurier*, Jg. 10, Nr. 57, 10. 3. 1954, 1.

[6] *Salzburger Nachrichten*, Jg. 10, Nr. 63, 16. 3. 1954, 7. *Wiener Kurier*, Jg. 10, Nr. 62, 16. 3. 1954, 1 und 10. *Die Presse*, Jg. 7, Nr. 1640, 16. 3. 1954, 3. *Salzburger Nachrichten*, Jg. 10, Nr. 64, 17. 3. 1954, 5.

[7] *Salzburger Nachrichten*, Jg. 10, Nr. 65, 18. 3. 1954, 5. *Demokratisches Volksblatt*, Jg. 10. (46.), Nr. 92, 21. 4. 1954, 4.

[8] Siehe dazu Bibliothek und Dokumentation der Post - und Telegraphenverwaltung, Memorandum Guggenberger, 1951.

[9] Vgl. Gerhard Hofer: *Versuch und Versuchung. Bundesländerrundfunk in Österreich am Beispiel Vorarlbergs 1945—1955.* Salzburg: Phil. Diss. 1983, 238.

[10] *Salzburger Nachrichten*, Jg. 10, Nr. 99, 28. 4. 1954, 2.

[11] *Salzburger Nachrichten*, Jg. 7, Nr. 96, 25. 8. 1951, 4.

[12] Sammlung der Erkenntnisse und wichtigsten Beschlüsse des Verfassungsgerichtshofes der Republik Österreich, Slg. 2721/1954, Erkenntnis vom 5. 10. 1954, Zahl K II-5,7,8/54.

[13] Vgl. Viktor Ergert: *50 Jahre Rundfunk in Österreich* 2: *1945 bis 1955*. Salzburg 1975, 213.

[14] Vgl. Hofer: *Versuch und Versuchung* , a. a. O. 251. (Hofer bezieht sich hier auf ein Interview mit dem damaligen Landeshauptmann von Vorarlberg. Ulrich Ilg.)

[15] Republikarchiv,Abt. Allgemeines Verwaltungsarchiv, Sonderband 1, Bundesministerium für Verkehr und verstaatlichte Betriebe, BMZl. 49399/1954. Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung.

[16] Vgl. Hofer: *Versuch und Versuchung*, a. a. O. 251. (Hofer bezieht sich hier auf einen Artikel der *Vorarlberger Nachrichten* vom 2. 12. 1954).

[17] *Salzburger Nachrichten*, Jg. 10, Nr. 281, 2. 12. 1954, 2.

[18] *Salzburger Nachrichten*, Jg. 10, Nr. 281, 2. 12. 1954, 2.

[19] Vgl. Hofer: *Versuch und Versuchung*, a. a. O. 255.

[20] Vgl. Ergert: *50 Jahre Rundfunk in Österreich*, Bd. 2, a. a. O. 192 f.

[21] Vgl. Peter Weiser: *Wien stark bewölkt*. Wien, München, Zürich, New York 1982.

[22] Vgl. *Neuer Kurier*, 7. 1. 1956, o. Nr., 2.

[23] Vgl. Ergert: *50 Jahre Rundfunk in Österreich*, Bd. 2, a. a. O. 224.

[24] Die einzelnen Artikel der *Presse* sind durchwegs nicht namentlich gezeichnet, bei einigen findet sich aber das Kurzzeichen „FM", das auf den Herausgeber schließen läßt.

[25] Vgl. Herrmann Stöger: *Schwarze Welle — Roter Schirm*, Wien 1965, 21.

[26] Vgl. dazu Ergert: *50 Jahre Rundfunk in Österreich*, Bd. 2, a. a. O. 224.

[27] Republikarchiv, Abt. Allgemeines Verwaltungsarchiv. Bundesministerium für Verkehr, Sonderband 1, BMZl. 13534/1954, Vereinbarungsmemorandum zu Verb. Zl. 9062/VI.

[28] *Die Presse*, Jg. 8, Nr. 2005, 29. 5. 1955, 5. *Die Presse*, Jg. 8, Nr. 2002, 26. 5. 1955, 1.

[29] *Berichte und Informationen*, Jg. 10, Nr. 466, 24. 6. 1955, 15. (Der Artikel ist mit „L. K." unterzeichnet. Bei den nicht näher genannten Personen handelte es sich vermutlich um Manfred Mautner-Markhof bzw. Finanzminister Reinhard Kamitz.)

[30] Verhandlungsschrift Nr. 100 über die Sitzung des Ministerrates am 12. 7. 1955.

[31] Vgl. dazu: Pressedienst der Österreichischen Volkspartei, 14. 10. 1955, 2. Aussendung, 1.

[32] Verhandlungsschrift Nr. 100 über die Sitzung des Ministerrates am 12. 7. 1955, Punkt 6 des Beschlußprotokolles.

[33] *Die Presse*, Jg. 8, Nr. 2045, 17. 7. 1955, 7.

[34] Zitiert in: *Die Presse*, Jg. 8, Nr. 2054, 28. 7. 1955, 3.

[35] *Salzburger Nachrichten*, Jg. 11, Nr. 173, 28. 7. 1955, 2.

[36] *Berichte und Informationen*, Jg. 10, Nr. 457, 22. 4. 1955, 6 f.

[37] *Berichte und Informationen*, Jg. 10, Nr. 457, 22. 5. 1955, 7. Vgl. dazu Ergert: *50 Jahre Rundfunk in Österreich*, Bd. 2, a. a. O. 200 f.

[38] Vgl. dazu: *Neuer Kurier*, o. Jg., 16. 6. 1956, 1 f.: Hugo Portisch, *Rundfunk auf Proporzwelle*.

[39] Bibliothek und Dokumentation der Post- und Telegraphenverwaltung, Dok. 16/1,(Sozialwissenschaftliche Arbeitsgemeinschaft, 1010 Wien, Sonnenfelsgasse 19: Der österreichische Rundfunk).

[40] Bibl. der PuTV, Dok. 16/1 (Sozialw. ARGE, 5—11).

[41] Bibl. der PuTV, Dok. 16/1 (Sozialw. ARGE, 11—15).

[42] Bibl. der PuTV, Dok. 16/1 (Sozialw. ARGE, 15f.).

[43] *Die Presse*, Jg. 8, Nr. 1932, 4. 3. 1955, 3.

[44] *Die Presse*, Jg. 8, Nr. 1932, 4. 3. 1955, 3.

[45] *Sozialistische Korrespondenz*, Nr. 53/55, 4. 3. 1955, 2.

[46] Privatarchiv Wittmann: Schreiben der Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft, Zl. Vp 25818/1/55 vom 21. 11. 1955.

[47] Privatarchiv Wittmann: Geesetzesentwurf über die Errichtung einer öffentlich-rechtlichen Anstalt „Österreichischer Rundfunk", §§ 11, 12.

[48] Privatarchiv Wittmann: Erläuternde Bemerkungen zum Gesetzesentwurf über ..., Zu §§ 11 bis 18.

[49] ÖVP-Pressedienst, 25. 11. 1955, 4—6. ÖVP-Pressedienst, 30. 11. 1955, 1—4.

[50] Siehe dazu auch: *Salzburger Nachrichten*, Jg. 11, Nr. 276, 28. 11. 1955, 2; Nr. 275, 26. 11. 1955, 2. *Die Presse*, Jg. 8, Nr. 2155, 25. 11. 1955, 2.

[51] *Sozialistische Korrespondenz*, Nr. 283/55, 24. 11. 1955, 1f. *Arbeiter Zeitung*, Nr. 274, 25. 11. 1955, 1.

[52] *Neuer Kurier*, o. Jg., 25. 11. 1955, 2.

[53] *Salzburger Nachrichten* Jg. 12, Nr. 11, 14. 1. 1956, 4. *Die Presse*, Jg. 9, Nr. 2195, 14. 1. 1956, 3. *Wiener Tgeszeitung*, 14. 1. 1956, 1.

[54] Privatarchiv Wittmann: Bundeskammer der Gewerblichen Wirtschaft, Zl. Vp 25896/2/56, vom 29. 10. 1956.

[55] Vgl. Ergert: *50 Jahre Rundfunk in Österreich*, Bd. 3, a. a. O. 35. *Salzburger Nachrichten* Jg. 12, Nr. 112, 14. 5. 1956, 1.

[56] Vgl. Ergert: *50 Jahre Rundfunk in Österreich* Bd. 3, a. a. O. 36.

[57] Sendung des Bundeskanzlers vom 24. 6. 1956, zit. in: Stöger: *Schwarze Welle — Roter Schirm*, a. a. O. 30.

[58] Vgl. Ergert: *50 Jahre Rundfunk in Österreich*, Bd. 3, a. a. O. 36. Vgl. auch Stöger: *Schwarze Welle — Roter Schirm*, a. a. O. 30.

[59] *Salzburger Nachrichten*, Jg. 13, Nr. 10, 12. 1. 1957, 1: Max Kaindl-Hönig: *Rundfunk im Vormärz*.

[60] *Salzburger Nachrichten*, Jg. 13, Nr. 46, 23. 2. 1957, 1: Geheime Rundfunkverstaatlichung, gezeichnet mit ‚Cl'.

[61] Verhandlungen des Salzburger Landtages, 7. Wahlperiode, 3. Session, 5. Sitzung, 14. 2. 1957.

[62] Stenographische Berichte des Tiroler Landtages, 3. Periode, 34. Tagung, 1. 3. 1957. *Salzburger Nachrichten*, Jg. 13, Nr. 52, 2. 3. 1957, 4.

[63] *Salzburger Nachrichten*, Jg. 13, Nr. 50, 28. 2. 1957, 2. Nr. 56, 7. 3. 1957, 2. Nr. 69, 22. 3. 1957, 2.

[64] *Salzburger Nachrichten*, Jg. 13, Nr. 30, 5. 2. 1957, 2.

[65] Vgl. Ergert: *50 Jahre Rundfunk in Österreich*, Bd. 3, a. a. O. 55.

[66] Verhandlungsschrift Nr. 47 über die Sitzung des Ministerrates am 16. 7. 1957, Bundeskanzleramt, Sektion III, Zl. 83.906 - III/AR/57.

[67] Vgl. Ergert: *50 Jahre Rundfunk in Österreich* Bd. 3, a. a. O. 59f.

[68] Privatarchiv Bauer: Bundesministerium für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft, BMZl 65000-8/1957, 18. 12. 1957. (Alois Bauer war 1945—1955 Nachrichtenchefredakteur von RWR-Salzburg und von 1955 bis 1974 Leiter des aktuellen Dienstes im ORF-Landesstudio Salzburg).

[69] Hans Magenschab: *Demokratie und Rundfunk. Hörfunk und Fernsehen im politischen Prozeß Österreichs*. Wien 1973, 138.

[70] Vgl. Heinz Wittmann: *Rundfunkfreiheit. Öffentliche Grundlagen des Rundfunks in Österreich*. Wien, New York 1981, 81. Verhandlungsschrift Nr. 47 über die Sitzung des Ministerrates am 16. 7. 1957, Bundeskanzleramt, Sektion III, Zl. 83.906 - III/AR/57.

[71] Vgl. Wittmann: *Rundfunkfreiheit*, a. a. O, 82. Verhandlungsschrift Nr. 47 über die Sitzung des Ministerrates am 16. 7.1957, Bundeskanzleramt, Sektion III, Zl. 83.906 - III/AR/57.

[72] Vgl. Wittmann: *Rundfunkfreiheit*, a. a. O. 82.

[73] Verhandlungsschrift Nr. 47 (s. Anm. 71).

[74] Privatarchiv Wittmann: Bundeskanzleramt, Sektion III, Zl 85.314 - III/AR/65, vom 17. 11. 1965. Bundesgesetzblatt für die Republik Österreich. 53. Stück, Nr. 219 vom 24. 7. 1962 betreffend die bilanzmäßige Rekonstruktion der „Österreichischen Rundfunk-Gesellschaft m.b.H." (Rundfunk-Rekonstruktionsgesetz).

* * *

Gerd Bacher am 12. März 1989 in seiner Rede anläßlich der Verleihung des René-Marčić-Preises an Alfons Dalma, Ilse Leitenberger und Viktor Reimann:

> Wäre dieser Canaval zum Marcic-Preis vorgeschlagen worden, wäre es ihm vermutlich ergangen wie Leitenberger, Dalma, Reimann und Marcic, denen heutzutage Publizistikwissenschaftler einer bestimmten Observanz Preiswürdigkeit in einem demokratischen Österreich ab-, dafür aber braunes Gedankengut zusprechen. Die vorgelegten „Beweise" kennzeichnen die Ankläger: Zitate, oft aus dem Zusammenhang gerissen, werden als nazistisch qualifiziert, weil sie der Meinung Kenntnis- und Einsichtsloser nicht entsprechen. Das gehört zum Wesen von Gesinnungsterror. Man weiß nicht, ob man angesichts der jakobinistischen Borniertheit bloß verärgert, oder doch eher ob der Tatsache bekümmert sein sollte, daß solche „Urheber" unseren publizistischen Nachwuchs ausbilden.

Die Presse, 15. 3. 1989, S. 11.

Bilden Sie sich Ihre eigene Meinung. Lesen Sie, was Gerd Bacher so erzürnte.
In: *Medien & Zeit*, Heft 1/89.

Bestellungen an:
Medien & Zeit, Postfach 208, 1014 Wien

Ich bestelle
○ *Medien & Zeit*, Heft 1/89, um öS 45.—
○ *Medien & Zeit*-Jahresabonnement ab Heft ./.. um öS 150.—
○ *Medien & Zeit*-Studentenabonnement ab Heft ./.. um öS 110.—

Name. . . . . .
Adresse. . . . . .
. . . . . .
Unterschrift . . . . . .

Bestellung

EVA MARIA MARGINTER

Zeitgeschichte im *Club 2*

Wie vergangen oder gegenwärtig, vor allem aber, wie begreifbar Geschichte ist, hängt nicht zuletzt davon ab, ob man sie verstehen gelernt hat. Das gilt auch für Zeitgeschichte, das heißt, die von Zeitgenossen erinnerte Geschichte.

Betrachtet man Zeitgeschichte als die Geschichten derer, die noch Zeugnis ablegen können, dann hat der *Club 2* von Anfang an diese zeitgeschichtliche Dokumentation als eine seiner wesentlichen Aufgaben verstanden. Österreichische Zeitgeschichte im *Club 2* ist daher vor allem Republikgeschichte. Die aktuellen Entwicklungen, z. B. im Nahen Osten, im Iran/Irak, in Südafrika, in der Türkei werden ebenfalls als Zeitgeschichte verstanden und dementsprechend im *Club 2* berücksichtigt.

Ausgegrenzt in der quantitativen Erfassung ist der in den *Club 2*-Sendungen umfassend behandelte ökologische Bereich, der selbstverständlich als zeitgeschichtliches Phänomen betrachtet werden kann, wenn man z. B. an die Ereignisse rund um Hainburg denkt. Ebenso ausgegrenzt sind auch naturwissenschaftliche und kulturelle Themen, obwohl sie zweifellos Zeitgeschichte mitbestimmen. Wie alle Aus- und Eingrenzungen eines komplexen Begriffes sind auch diese willkürlich, insoferne aber notwendig, als man sonst alle im *Club 2* behandelten Themen als zeitgeschichtliche verstehen könnte.

So gesehen entfallen rund zwanzig Prozent der etwas über eintausend *Club 2*-Sendungen auf zeitgeschichtliche Themen. Daß dabei Faschismus und Nationalsozialismus den Hauptanteil liefern, ist nicht überraschend: Dazu gehören auch die Ursachen — Antisemitismus, Wirtschaftskrise etc. — und die Folgen — mangelnde Vergangenheitsbewältigung, Terrorismus etc. Den Auftakt bildete bereits die sechste Sendung vom 28. 10. 1976 mit Henriette von Schirach, die auch den ersten handfesten *Club 2*-Skandal auslöste. Die Kritik richtete sich damals sowohl gegen die Tatsache, daß man die Frau eines prominenten Nationalsozialisten, des ehemaligen Gauleiters von Wien, Baldur von Schirach, eingeladen hatte, wie auch gegen die Unausgewogenheit der Runde.

Die vorläufig letzte Sendung dazu, die keinen Skandal, aber einen mit ähnlichen Argumenten geführten Wirbel auslöste, fand am 30. 8. 1988 statt.

Eine chronologische Aufzählung ist hier aufschlußreich:

1977

9. 8. *Im Schatten des Terrors*
18. 8. *Von Kappler bis Ensslin*
13. 9. *Wehrlos gegen Terror*
1. 12. *Hitlerkind und Hitlerwelle*

1978

9. 3. *Der verdrängte Faschismus*
9. 5. *Terror*
12. 6. *1968 — Das Jahr des Aufstands*
6. 7. *Schuld und Sühne*
3. 10. *Hitlers Wurzeln*

1979

8. 2. *Wie kam es zu 1934?*
4. 3. *Holocaust*
31. 5. *Im Schatten des Terrors (Wohin geht Italien?)*
19. 7. *Das vaterländische Attentat — 20. Juli 1944*
14. 8. *Hitler und kein Ende*
30. 8. *Der Zweite Weltkrieg*

1980

29. 4. *Weltkrieg I, II ... III?*
8. 5. *8. Mai 1945 — Kriegsende in Europa*
13. 5. *Erinnerungen an Österreich*
12. 6. *Deutschland heute*
9. 10. *Deutschland: Woher — Wohin?*

1981

3. 2. *Flucht und Vertreibung*
7. 5. *Antisemitismus — Antizionismus*
2. 7. *Kriegsgefangene im Westen*
1. 9. *Um Vaterland und Republik*

1982

21. 1. *Jalta und die Folgen*
18. 2. *Befehlsnotstand*
24. 8. *Gefahr von rechts*

1983

25. 1. *Wie kam Hitler zur Macht?*
1. 2. *Stalingrad*
17. 2. *Schuld und Sühne*
3. 5. *Hitlers Tagebücher — Fund oder Fälschung?*
6. 9. *Die Freuden des Gehorsams*
20. 9. *Die Frau im Dritten Reich*

1984

9. 2. *Februar 1934: Der Bürgerkrieg*
3. 4. *Neonazis*
4. 10. *Denk ich an Deutschland*
22. 11. *Versunkene jüdische Welt*

1985

29. 1. *Die Menschenjagd von Mauthausen*
31. 1. *Die Reder-Affäre*
21. 2. *Dresdens Aschermittwoch*
16. 4. *Ghetto — vierzig Jahre danach*
25. 6. *Anderl von Rinn*
30. 7. *Die Fünfziger Jahre*

29. 8. *Die lästige Erbschaft*
7. 11. *Fassbinder und die Juden*

1986

6. 3. *Mussolini*
12. 8. *Schandmal oder Schutzwall?*
7. 10. *Nazi-Kunst ins Museum?*
4. 11. *Shoah*

1987

29. 1. *Wie vergangen ist Geschichte?*
26. 5. *Widerstand als Pflichterfüllung?*
2. 6. *Die Österreicher und der Nationalsozialismus*
7. 7. *Judenverfolgung*

1988

11. 2. *Vielgeprüftes Österreich*
18. 2. *Wiedergutmachung '88*
17. 3. *Kirche und Nationalsozialismus*
19. 7. *Denkmalschlacht*
30. 8. *Ideologische Mißgeburt*

Zeitgeschichte wird im *Club 2* allerdings nicht nur behandelt und dargestellt, sie findet auch statt: Man könnte die Sendung als Dokument, Produkt und Produzenten von Zeitgeschichte sehen. Der Begriff Produzent ist dabei so zu verstehen, daß der *Club 2* über den dokumentarischen Charakter hinaus nicht nur gegenwärtigen Zeitgeist im Hinblick auf Vergangenheit vermittelt, sondern auch das scheinbar Unmögliche bewirkt: Die Vergangenheit lebt wieder auf. Einige besonders typische Sendungen, auf die alle drei Charakteristiken zutreffen, sollen dies verdeutlichen:

1. Das Gespräch mit Henriette von Schirach (28. 10. 1976)

Hier war eine Zeitzeugin auf der Seite der Täter nicht bereit, die in ihrem eigenen Buch beschriebenen Erinnerungen an die NS-Zeit öffentlich zu diskutieren. Jede Frage in diese Richtung wurde als böswilliger Angriff abgewehrt, jede persönliche Mitschuld ausgeschlossen. Sichtbar wurden die perfekt funktionierenden Mechanismen des Verdrängens.

2. Die Diskussion *Im Schatten des Terrors* (9. 8. 1977)

Opfer und Sympathisanten — wie diese nach damaligem Sprachgebrauch bezeichnet wurden — der deutschen Terrorszene begegneten einander im *Club 2*. Dabei ließen der u. a. eingeladene Pfarrer Ensslin, der Vater der Terroristin Gudrun Ensslin, und Otto Schily, der vormalige Mainhoff-Verteidiger, in einer äußerst heftig und emotional geführten Diskussion erkennen, daß bewußt verdrängte Vergangenheit zu einem explosiven Sprengstoff in der Gegenwart werden kann.

3. Die Diskussion *1968 — Das Jahr des Aufstands* (13. 6. 1978)

Auch hier konnte im *Club 2* etwas stattfinden, was zur selben Zeit in der Bundesrepublik undenkbar gewesen wäre: politischen Gegnern ein zeitlich unbegrenztes, live gesendetes, öffentliches Forum zu geben. Rudi Dutschke wies auch während der Sendung darauf hin, „daß es tragik-komisch ist, daß sich hier Deutsche treffen mit einem Österreicher, um eine Diskussion zu führen in Österreich". Und Daniel Cohn-Bendit äußerte sich ähnlich in einem Interview mit dem *Nouvel Observateur* (vom 29. 9. 1980): „Keiner der französischen TV-Kanäle hätte sich getraut, das zu tun, was das österreichische Fernsehen getan hat. Mit Rudi Dutschke war ich gemeinsam mit zwei rechtsorientierten Journalisten anläßlich der ‚10 Jahre Mai '68' eingeladen. Dreieinhalb Stunden konnten wir wirklich sagen, was wir wollten."

4. Die Sendung *Neonazis* (3. 4. 1984)

Die auch von der *Club 2*-Redaktion lange diskutierte Entscheidung, anläßlich des gerade zu Ende gegangenen Neonaziprozesses einen Neonazi einzuladen, wurde nachträglich von vielen Seiten heftig kritisiert. Der *Club 2*-Grundsatz, bei einem kontroversiellen Thema alle Betroffenen zu Wort kommen zu lassen, ist in diesem Fall themenbezogen neuerlich problematisiert worden.

5. Die Sendung *Anderl von Rinn* (25. 6. 1985)

Dabei ging es um die von kirchlicher Seite angeordnete Abschaffung einer Wallfahrt, die dem wundertätigen Anderl von Rinn galt, einem angeblich von Juden rituell gemordeten Christenkind. Diese Wallfahrtsstätte war die letzte dieser Art in Europa. Die unselige, in aller Schlichtheit dumpfe Volksfrömmigkeit enttarnte sich im Lauf der Sendung als Antisemitismus christlicher Prägung. Die von ihr selbst, oft stockend, erzählte Lebensgeschichte einer frommen Wallfahrerin verriet mehr über die Wurzeln des christlichen Antisemitismus als viele wissenschaftliche Untersuchungen.

6. Diskussion zum 25. Jahrestag der Berliner Mauer (12. 8. 1986)

Was in der Bundesrepublik Deutschland undenkbar war und vermutlich immer noch ist, gelang dem *Club 2*. Zum ersten Mal seit der Errichtung der Mauer am 13. August 1961 erklärte sich die DDR bereit, ihre Vertreter mit einem Politiker aus der Bundesrepublik live in einer westlichen Fernsehanstalt diskutieren zu lassen. Anders als beim *Club 2* mit

Rudi Dutschke und Daniel Cohn-Bendit, in der die Aussagen Zeitgeschichte transparent machten, ist hier die Tatsache allein schon bemerkenswert, daß ein solches Gespräch überhaupt stattfinden konnte.

7. *Wie vergangen ist Geschichte?* (29. 1. 1987)

Gesprächsteilnehmer waren unter anderen Dr. Otto Habsburg, der Sohn des letzten österreichischen Kaisers, und Freimut Duve, der Enkel eines jüdischen Kaufmannes aus Ungarn, der 1916 durch die Zeichnung von Kriegsanleihen sein gesamtes Vermögen verlor. Dies und die Tatsache, daß sein Vater die Tochter eines prominenten SS-Mannes heiratete, erzählte Freimut Duve während der Sendung, als Dr. Habsburg kritisch-abwertend von der „Ideologie des Selbsthasses" und den „ewigen Sühnedeutschen" sprach. Durch seine persönliche Geschichte und die vieler seiner Generation fühle Duve sich bis an sein Lebensende aufgerufen, unablässig daran zu erinnern, wie Demokratie durch Massenwahn zerstört werden kann. Auf dem Höhepunkt des sogenannten Historikerstreits — ein prominenter Vertreter der Relativierung der Naziverbrechen, Prof. Andreas Hillgruber, nahm an diesem *Club 2* teil — sind hier die Wurzeln jener Auseinandersetzung auf höchst eindrucksvolle Weise anschaulich gemacht worden.

8. Die Diskussion
um die *Wiedergutmachung '88* (18. 2. 1988)

Dieser Club fand knapp vor dem Erscheinen des Buches von Robert Knight, „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen ...", statt, das anhand der Wortprotokolle des österreichischen Ministerrates 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden den Nachweis erbrachte, daß beide Regierungsparteien sich auf den von den Alliierten gestützten formalrechtlichen Standpunkt geeinigt hatten, daß Entschädigungsansprüche an Österreich, wenn überhaupt, nur in sehr eingeschränktem Maß gestellt werden können. Was dieser Beschluß für den einzelnen betroffenen Menschen bedeutete, hat Kitty Schwarz, eine jetzt in Chile lebende vertriebene Wienerin, in diesem *Club 2* bewegend bewiesen. Da ihr Vater schon 1937 nach schweren antisemitischen Angriffen Wien verließ und nicht erst Ende 1938 floh, als es aus rassischen Gründen notwendig wurde, hatten weder er noch seine Familie je einen Anspruch auf Wiedergutmachung oder Entschädigung. Bis auf einen Onkel von Kitty Schwarz, der gleichfalls „rechtzeitig" ging, sind alle Familienmitglieder umgekommen. Verblüfft, aber nicht wirklich begreifend, reagierte darauf ein Hauptschullehrer aus Judenburg, der seine grundsätzliche Ablehnung jeglicher Wiedergutmachungsansprüche hauptsächlich aus der Tatsache ableitete, daß seinem Vater als heimgekehrtem Wehrmachtsangehörigen im Zuge der Entnazifizierung monatelang „Schwierigkeiten" gemacht wurden. Er wollte und konnte die Unverhältnismäßigkeit dieser zwei Schadenserfahrungen nicht verstehen. Noch heute, 1988, unterrichtet der Hauptschullehrer Alois Hasler Geschichte.

Diese kurzen Beschreibungen von *Club 2*-Sendungen, die sich mit den nicht zu vergessenden Schrecken des Nationalsozialismus auseinandergesetzt haben, sollen illustrieren, daß es oft nicht Experten, d. h. Zeithistoriker, sind, die Zeitgeschichte hautnah vermitteln. Es wird aber auch erkennbar, daß sich der *Club 2* schon sehr früh, und dann immer wieder spezifisch, der österreichischen Probleme bei der Aufarbeitung von Geschichte bewußt war.

Zweimal in den letzten zehn Jahren strahlte der ORF filmische Darstellungen der Judenvernichtung aus. Die eine war die amerikanische Spielserie „Holocaust" im Februar und März 1979, die andere Claude Lanzmanns Filmdokument „Shoah", das im Oktober und November 1986 gezeigt wurde. Beide Male führte der *Club 2* im Anschluß daran die öffentliche Diskussion weiter. Einige Aspekte des medial aufbereiteten zeitgeschichtlichen Umfeldes, der Rezeption des Publikums und veröffentlichter Kritik sowie die Überlegungen, die bei der Zusammensetzung der Gästerunden in den beiden *Club 2*-Sendungen angestrebt wurden, sollen hier im Vergleich untersucht werden.

Die Ausstrahlung der umstrittenen Spielserie „Holocaust" — man warf ihr unter anderem Kitsch und mangelnde Authentizität vor — wurde vom ORF durch eine Reihe von Sendungen begleitet. So wurde die vom WDR produzierte Dokumentation „Endlösung" vom ORF bearbeitet und durch österreichisches Material ergänzt, wodurch der Anteil Österreichs an der Judenvernichtung dokumentiert wurde. Weitere Sendungen waren ein *ZiB 1 spezial*, in FS 2 ein *Jugendforum*, im Hörfunk eine Sondersendung „Gespräche über die Endlösung" und im Fernsehen als Abschluß der *Club 2*. Insgesamt 36 Telefonleitungen im ORF-Zentrum und in den Bundesländern wurden jenen österreichischen Zusehern zur Verfügung gestellt, die ihre Meinung zu „Holocaust" abgeben wollten. Weit über 7.000 Zuseher machten von dieser Möglichkeit Gebrauch. Rund 2 Millionen Österreicher sahen jeweils bei den vier Folgen zu, womit die durchschnittliche Sehbeteiligung in Österreich um etwa fünfzig Prozent größer war als in der Bundesrepublik. Die Beurteilung, die nach einer fünfstufigen Notenskala ermittelt wurde, ergab, daß 87 Prozent der österreichischen Zuseher begeistert bis zufrieden waren. Unzufrieden bis ablehnend waren 13 Prozent.

Anhand dieses amerikanischen Spielfilms, in dem der Leidensweg einer fiktiven jüdischen Familie in Deutschland gezeichnet wurde, begann in Österreich erstmals eine breite öffentliche Diskussion über die systematischen Greuel der Judenvernichtung. Keines der zugänglichen und gezeigten Filmdokumente aus den Konzentrationslagern hatte dies bis dahin erreicht. Rückblickend fällt allerdings auf, daß dieses Bewußtwerden der begangenen Verbrechen vor einer spezifisch österreichischen Betroffenheit Halt machte. Noch wirkte das Bewußtsein von Österreich als dem ersten Opfer der Hitler-Aggression, es fehlte das Bewußtsein der Mittäterschaft. Diesen Prozeß wollte Rosa Jochmann möglicherweise in Gang setzen, als sie im *Club 2* feststellte, daß hier nur Befürworter der Holocaust-Serie saßen und keine Gegner. Eine solche Runde saß sieben Jahre später im *Club 2* über „Shoah".

Bevor die Gründe, die zur Einladung einer ehemaligen Nationalsozialistin in den *Club 2* führten, geschildert werden, kurz noch zu Claude Lanzmanns Filmdokument „Shoah". Hier wurde kein dokumentarisches Material aus den Konzentrationslagern gezeigt, das Grauen vermittelte sich in den Gesichtern der Opfer und der Täter, die Lanzmann überall auf der Welt zum Sprechen brachte. Er wollte damit „die Gegenwärtigkeit des Holocaust" untersuchen. Außer dem *Club 2* gab es im ORF keine begleitende Sendung dazu. Die durchschnittliche Zuschauerzahl bei den einzelnen Folgen war 220.250. 61 Prozent der Zuseher drückten Zufriedenheit aus, 1,25 Prozent lehnten „Shoah" total ab. Insgesamt riefen 205 Zuseher zu dem in vier Teilen gesendeten „Shoah" an.

Die Ausstrahlung von „Shoah" und dem darauffolgenden *Club 2* fiel in die Zeit nach der Wahl des österreichischen Bundespräsidenten Dr. Kurt Waldheim. Seine Person war der Anlaß, daß in Österreich sehr spät, gerade noch zu Lebzeiten der letzten Erinnerungsfähigen, die Diskussion um die österreichische nationalsozialistische Vergangenheit entbrannt ist. In dem *Club 2* mit dem Titel *Shoah* diskutierten ehemalige Opfer, ein deutscher Publizist der 68er-Generation und eine ehemalige österreichische Nationalsozialistin. Bei der Vorbereitung zu dieser Diskussion war man in der *Club 2*-Redaktion zu der Überzeugung gelangt, daß es den Opfern nicht zumutbar sei, mit einem Sympathisanten des Hitlerregimes konfrontiert zu werden. Am Vortag der Sendung rief eine Frau Ulrich in der Redaktion an. Grund ihres Anrufs war die Kritik am ORF, dem sie Heuchelei vorwarf, daß er „Shoah", das ein- für allemal mit dem Märchen der Auschwitz-Lüge aufräume, zu einer Nachtzeit sende, wo nur wenige, vor allem nicht jene, die es anginge, zusehen konnten. Sie selbst sei stets eine begeisterte Anhängerin des Nationalsozialismus gewesen und habe sich all die Nachkriegsjahre bemüht, mit sich und ihrer Vergangenheit ins Reine zu kommen. Daher könne sie nicht akzeptieren, daß diese Erinnerungsarbeit von Dr. Kurt Waldheim nicht geleistet werde. Bei fortlaufendem Gespräch wurde klar, daß gleichzeitig und unreflektiert sattsam bekannte antisemitische Vorurteile vorhanden waren. Nach langem Überlegen entschloß sich die Redaktion, Frau Ulrich einzuladen. Die Reaktionen darauf waren zwiespältig: Im Telefonprotokoll auf den *Club 2* sprachen sich von 236 Anrufern nur fünf dezidiert gegen die Einladung von Frau Ulrich aus. Die Printmedien befaßten sich mit dem *Club 2* kaum, mit Frau Ulrich überhaupt nicht. Im halböffentlichen und privaten Bereich wurde die Tatsache der Einladung empört und heftig kritisiert.

Die relative Ausführlichkeit, mit der gerade diese *Club 2*-Sendung behandelt wurde, mag ein Indiz dafür sein, daß zeitlich näher liegende Geschichte und damit verbundene Geschichten eben deutlicher im Gedächtnis sind. Daher ist es notwendig, und das versteht der *Club 2* als seinen zeitgeschichtlichen Auftrag, dem Gedächtnis Stimmen zu geben, immer wieder, solange es diese Stimmen noch gibt. Das hat auch Wolf Biermann gemeint, als er im *Club 2* mit dem Titel *Die lästige Erbschaft* (29. 8. 1985) sagte: „Es ist in der Geschichte nicht so wie in der Biologie. In der Geschichte können nur Wunden heilen, wenn man in ihnen wühlt. Das klingt paradox, aber die Geschichte ist nicht ein Stück Menschenfleisch."

Rezensionen

MANFRED JOCHUM, MANFRED BOBROWSKY: *Der Weg in den Untergang.* Journalisten vermitteln den Anschluß. Wien: Braumüller 1988. VII, 184 S.

Dieses Buch, so wird im Vorwort (S. V) erläutert, *ist eine Dokumentation. Es erzählt in Beiträgen aus Zeitungen Tag für Tag die ereignisreiche Geschichte der Monate Februar, März und April bis zum 12. dieses Monats mit den Triumphmeldungen über das Ergebnis der Volksabstimmung am 10. April 1938. Aber diese Geschichte wird erzählt aus den Blickwinkeln und mit den Stimmungen von damals. Deshalb ist dies* keine *Dokumentation dessen, wie ein unabhängiger Journalismus die Zeitereignisse schildert, sondern dessen, wie der autoritäre, austrofaschistische Staat die Wirklichkeit propagandistisch konstruiert sehen wollte.* Auf den jeweils auf zwei Seiten aus heutiger Sicht geschriebenen zweiseitigen Tagesberichten von Manfred Jochum folgen stets zwei Seiten mit faksimilierten Zeitungsausschnitten. *Für den Zeitraum von der Annexion bis zum Bekenntnistag für das Großdeutsche Reich am 10. April 1938*, ist ein eigener Teil eingerichtet, der mit seinen ebenfalls faksimilierten Artikeln *jene Faszination des braunen Faschismus* dokumentieren soll, die darauf ausgerichtet war, alle und alles zu durchdringen und mitzureißen. (S. 137)

Entstanden ist dieser Band aus einer Hörfunkreihe des Österreichischen Rundfunks, 8. Februar bis 13. März 1988, täglich 16.55—17.00 Uhr unter dem Titel *Heute in Österreich — vor fünfzig Jahren.* Auf welche Art und Weise das Buch schließlich zustandegekommen ist, erfährt der/die Leser/in bei der Lektüre der Rückseite des Titelblattes: *Jeder Autor ist für seinen Teil des Buches allein verantwortlich: Manfred Bobrowsky für die Auswahl der Zeitungsdokumente, Manfred Jochum für die Tageschronik, das Personenregister und die Literaturauswahl.* Wie dankbar die beiden Autoren für diesen Hinweis sind, kann hier nicht beurteilt werden. Der Rezensent ist sich gleichwohl dessen gewiß, daß die Zeitungsausschnitte eben jene Abschnitte in diesem Band bilden, die einen realen Anreiz bieten, sich näher mit ihnen zu beschäftigen. In ihrer sicherlich nicht leicht zu lösen gewesenen Auswahl verdeutlichen sie in der Tat jene *vibrierende Spannung, mit der Hitler damals ganz Europa in Atem hielt.* (S. VII)

Die Tagesberichte mitsamt ihren Versuchen, Zeitgeschichte im historischen Präsens populär zu vermitteln, geraten dagegen, gelinde formuliert, mehrfach in die Nähe der beliebten österreichischen Hörfunkreihe „Schellaks" von Günther Schifter. Auf diese Weise erfährt der /die Leser/in, daß Hochschulprofessor Dr. Emmerich Zederbauer am 10. Februar um 17.00 im Hörfunk einen Vortrag zum Thema *Regelmäßige Ernte im Obstgarten* gehalten hat. (S. 10) Mindestens ebenso hohen Informationswert besitzt die wiedergegebene RAVAG-Meldung vom 19. Februar: [...] *die Firma Kunz bietet im Sonderangebot „Reisfleisch mit Parmesan" an, die Halbkilodose um 90 Groschen, sowie einen „Rieslingspezial" mit feiner Blume um 2,20, Schilling.* (S. 46) Noch weitere Besipiele gefällig? — Unter dem Datum 12. Februar findet sich nicht nur die Hauptmeldung vom Tage *Schuschnigg zu Gesprächen bei Hitler*, sondern auch die folgende chronikalische Notiz (S. 18): *In der Staatsoper spielt man an diesem Abend „Der Troubadour", im Burgtheater „Faust". Das Akademietheater bringt „Dreißig Sekunden Liebe", das Theater in der Josefstadt „Der Arzt am Scheideweg". Im Ronacher kann man „Karneval 1938" sehen, im Margaretner Orpheum „Sissy" und im Favoritner Volkstheater „Wastl unter den Räubern".* Zugegeben, bei jedem einzelnen Titel lassen sich mehr oder weniger mühelos Assoziationen zum damaligen politischen Geschehen herstellen. Doch was soll's, aus dem Schuschnigg wird doch nie und nimmer ein echter Wastl! Der 25. Februar 1938 birgt dagegen folgende Eintragung (S. 70): *Am Platz des Wiener Eislaufvereins unterliegt Österreich in einem Eishockey-Länderkampf Weltmeister Kanada nach spannendem Spiel 3:4, in St. Moritz gewinnt der Österreicher Josef Gstrein den Riesenslalom zum Abschluß der internationalen Schirennwoche ...* . Diese Notiz ist „natürlich" nicht isoliert plaziert, sondern der nachfolgenden Kontrastwirkung zuliebe, dient sie doch dazu, eine „andere" und — wie es Jochum exakt wissen will — „völlig untergegangene" Meldung *Graz: Als vorbeugende Maßnahme wurde die Hochschule geschlossen* mit der rhetorischen Frage einleiten zu können: *Rot-weiß-rot überall?* Was hier fehlt, aber im Druck nicht geboten werden kann, weiß der Kenner des österreichischen Hörfunkprogramms sofort: Der berühmte, oft kopierte, doch noch nie erreichte Lacher Günther Schifters. In seinem Sinne: Howdie. Doch es bleibt dabei: Jedem Text sein eigenes Medium!

Wirklich ärgerlich aber macht, daß die im Tagesbericht zum 5. März enthaltene Ankündigung einer großen Filmmatinee *Deutschland marschiert* (S. 102) sowie die anderntags wiedergegebene Meldung von der Aufführung des Films über den Parteitag der NSDAP 1935 *Tag der Freiheit* von Leni Riefenstahl (S. 106) gänzlich ohne Erläuterung „vermittelt" werden. Damit nämlich werden diese wenigstens im nachhinein — unter vielen anderen politischen Signalen in Österreich — durchaus als Vorzeichen für den „Umbruch" dechiffrierbaren Aktivitäten auf ein und dieselbe Ebene mit jener ebenfalls unkommentierten Information zum 26. Februar gebracht, aus der u. a. hervorgeht, daß die Firma Schiffmann-Moden *vier Knäuel Stopfgarn mit Seidenglanz in Cellophanpackung um 10 Groschen* sowie *Damen-Büstenhalter mit Tülleinsatz um 69 Groschen* (S. 69) annonciert hatte.

Man kann es drehen und wenden, wie man will, und von hinten nach vorne, von oben nach unten oder umgekehrt lesen, es auch einmal fallen lassen, es nützt rein gar nichts. Es kommt aus diesem Buch nicht mehr heraus als ein anfangs gewiß guter Gedanke, der bei seiner Verwirklichung allerdings in einem Sammelsurium altbekannter historischer Tatsachen, versetzt mit nichtigen Zutaten, erstickt. Das Beste drängt sich auf die Seiten V—VII zusammen. Auf diesen ist das Vorwort von Wolfgang R. Langenbucher abgedruckt. Es bildet gleichzeitig jenen Teil, der vorhandenes wissenschaftliches Interesse an einer nunmehr endgültig fälligen kritischen Gesamtanalyse der austrofaschistischen Medienrealität stärkt.

Wolfgang Duchkowitsch

HUGO PEPPER: *Lachen auf eigene Gefahr. Das Kabarett „Der rote Hund" 1946—1951.* Wien: Europa-Verlag 1987. 305 Seiten, öS 248.-.

Hugo Pepper, Jahrgang 1920, als Mittelschüler 1938 wegen Geheimbündelei und Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt, bei Kriegsbeginn begnadigt und nach Aufhebung seiner Wehrunwürdigkeit in der militärischen Widerstandsbewegung aktiv, also gerade in dieser besonderen Wehr wahrhaftig seine Pflicht erfüllend, hat mit diesem Buch ein besonderes Stück der österreichischen Nachkriegszeit beschrieben und vor dem Vergessen bewahrt, das er damals als Akteur mitgeschrieben hat. Unter dem nostalgischen Etikett „Seinerzeit" firmiert diese Geschichte vom „Lachen auf eigene Gefahr" sicherlich nicht, dafür ist sie viel zu aktuell, auch wenn es heute mitunter moderater zugeht als damals, vielleicht auch

„gelernter". Oder gibt es etwa doch noch den „Gottfried Weinberl", wie er in der Szene „Der unheilige Bürokratius" mit der Begrüßungsanrede „Habedieehre, Kompliment, Ergebenheit, Respekt, Grüß Gott, Herr Hofrat!" auftritt? (S. 107) Diese Szene geht übrigens auf Erfahrungen zurück, die Pepper als Werkstudent gemacht hatte, als er im Ministerium für Vermögenssicherung und Wirtschaftsplanung in der Funktion eines provisorischen Amtsassistenten diente, dessen „Chef (= der ÖVP-Politiker Dr. Peter Krauland, Erg. des Rez.) später über einen Musterfall von Korruption stolpern sollte". (S. 104) Also auch hier Beziehungen zur jüngsten Vergangenheit.

Der rote Hund wurde von Wiener sozialistischen Studenten gegründet. Er hatte am 23. November 1946 im Großen Saal der Eisenbahnergewerkschaft, Wien 2, Nordbahnstraße 50, seine eigentliche Premiere, die Vorpremiere hatte im Rahmen einer Schulung sozialistischer Vertrauenspersonen vierzehn Tage vorher im selben Bezirk stattgefunden. Während der fünf Jahre seines Bestehens brachte das politische Kabarett der sozialistischen Studenten insgesamt 73 Stücke. Darunter befinden sich zwei, die Zustände im österreichischen Rundfunk zum Gegenstand hatten: der Sketch „Unsere RAVAG", 1947, der den Umstand aufs Korn nahm, daß der angeblich österreichische Rundfunk keineswegs österreichisch, sondern von den Besatzungsmächten dominiert war, (S. 52—53) und das Stück mit dem Titel „Ein Radiotraum", 1948, (S. 87—93), das ähnlich ausgerichtet ist. Die Tendenz dabei war trotz aller Distanz zu den Besatzungsmächten eindeutig prowestlich.

Aus kommunikationshistorischer Sicht ist ferner das häufige Auftreten der Figur des Zeitungslesers und -verkäufers interessant. Der Zeitungsverkäufer spielte in folgenden Stücken eine Rolle: „Wilhelm Tell" (S. 67—76), „Das Märchen vom ehrlichen Schuhputzer" (S. 114—117), „Neues vom Tage. Ein Spiel vom Dritten Weltkrieg" (S. 124—129) sowie „Stromstörung" (S. 174—177); der Zeitungsleser trat in „Stimmen aus dem Massengrab" (S. 118—123), „Die Straßenbahn" (S. 226—230) sowie „Die Ballade vom Kleinhirn" (S. 183—185) auf. Radiosprecher hingegen trugen die Dramaturgie in den Stücken „Die Konferenz von Honolulu" (S. 83—87) und „Das Schuhbandel" (S. 177—182). Stärkste Besetzung von Personen aus der Medienbranche weist das bereits genannte „Spiel vom Dritten Weltkrieg" (S. 124—129) auf: zwei Radiosprecher, einen Redakteur sowie ersten und zweiten Chefredakteur. Es kann nicht Aufgabe dieser Besprechung sein, nach allen Kriterien zu fragen, die zu solchen Besetzungen geführt haben. Es wäre aber sicher eine reizvolle Aufgabe, im Rahmen einer Berufsimagestudie der Frage nachzugehen, welche Funktionen Figuren aus der Medien- und Kommunikationsbranche im österreichischen Kabarett der Ersten und/oder der Zweiten Republik innegehabt hatten. Im Falle der Szene „Schmutz & Schund" (S. 235—239) ist die Absicht klar: Mit Hilfe der Figuren Chefredakteur, Kulturredakteur und einiger Nebenrollen, wie Ehrenjungfrau, Stenotypistin und Redaktionsdiener, wurde die bürgerliche Scheinmoral entlarvt.

Hugo Pepper zeigt mit dieser Sammlung von mutigen Stücken, daß Lachen, um nicht zu verzweifeln, ebenso wie Lachen auf eigene Gefahr keine gestrigen Disziplinen sind. Daß mit Besatzungsmächten damals nicht zu spaßen war, illustriert das tragische Schicksal des Technikers und Beleuchters Erich John, der auf Grund einer Denunziation 1950 unter Spionageverdacht in die Sowjetunion deportiert wurde und aus dem Lager nicht mehr heimgekehrt ist. (S. 142) So wie dieser knapp gehaltene Hinweis bieten viele Detailinformationen — sei es in Form von erklärenden Kommentaren, sei es in Form von zeitgenössischen Aussagen und Stellungnahmen in Medien — einen reichhaltigen Hintergrund, ohne den jene Leser schwer auskommen werden, die den schweren Alltag der Nachkriegszeit selbst nicht erlebt haben oder nicht über fundierte zeithistorische Kenntnisse verfügen.

Im Organ des Verbandes Sozialistischer Studenten, der Wochenschrift *Strom*, schrieb Werner Mann, der zu den Gründungsvätern des *Roten Hundes* zählte, über die Stimmung bei einer Feierstunde für die Arbeiter des Radentheiner Magnesitwerkes im September 1946 und der anschließenden Heimfahrt: „Genosse Schneeweiß berichtet vom Los der Arbeiter vor 100 Jahren [...], von der Illegalität während des grünen und braunen Faschismus, von Gefängnissen und Konzentrationslagern, vom Zweiten Weltkrieg und der Befreiung. Lieder der Arbeiterbewegung und Gedichte, die bildhaft den Kampf der Arbeiterbewegung erleben lassen, unterbrechen und umrahmen seine Schilderung. Bewegt danken die Zuhörer mit reichem Applaus. Es ist ein Erfolg, wir können mit uns zufrieden sein ... Draußen ist es inzwischen ganz finster geworden. Regen fällt. Unser Auto wartet bereits. Durch die Nacht fahren wir heimwärts. Der Wind peitscht uns den Regen ins Gesicht — er kann uns die gute Laune nicht verderben. Singend stehen wir auf dem Wagen: ‚Regen, Wind — wir lachen darüber. Wir sind jung, und das ist schön.' "

Pepper meint dazu in vorsichtiger Rückschau: „Heute mag man diese Schilderung als pathetisch belächeln." Ob dem wirklich so ist? Wer mag das wissen?

Wolfgang Duchkowitsch

DIE LEUTE VON LANGENEGG: Photographiert von Konrad Nußbaumer und geschrieben von Hans Weiss. Köln: Kiepenheuer & Witsch 1987. 160 Seiten mit zahlr. Abb.

Der vorliegende Band kann eigentlich nicht summarisch in einer Rezension besprochen werden. Es wären dazu mindestens drei Besprechungen notwendig: eine, die die gesammelten Photographien in den Vordergrund stellt, eine weitere, die sich dem Text widmet, und schließlich eine dritte, die sich mit grundlegenden Fragen der Oral History, mit Problemen von narrativen Interviews im Kontext der Dorf- und Alltagsgeschichtsforschung auseinandersetzt. Ich will dennoch versuchen, in einer Besprechung auf diese verschiedenen Schwerpunkte einzugehen.

Die Bilder der Dorfbewohner stammen vom Langenegger Bauern Konrad Nußbaumer, der 1934 bei einem Preisausschreiben eine Kamera gewann und in den dreißiger und vierziger Jahren seine visuelle Dorfchronik begann. Und zwar mit bewundernswertem technischemn und ästhetischem Zugriff, der manche seiner Bilder durchaus an die Seite z. B. der Porträtaufnahmen der deutschen Bevölkerung von August Sander stellt. Hervorragend auch die drucktechnische Qualität und Präsentation der Bilder in diesem Band. Posen, Arrangements, das Licht-Schattenspiel, die Ausarbeitung, die Wahl der Ausschnitte, die „richtige Sekunde" der Aufnahme — all das zeichnet den hervorragenden Fotografen, wie Nußbaumer es ist, aus. Man merkt den Bildern auch seine Vertrautheit mit der Umgebung und mit den Dargestellten an. Sie liefern für den Alltagsforscher eine Fülle offener und verdeckter — im Sinne von unbeabsichtigt mittransportierten — Informationen aus dem Dorfleben, sie zeigen die alten Landschaften, die zeitgenössische Kleidung, das Dorf im Fest, seine Bewohner auf Porträts und im Familien-, Vereins- oder Freundesverband. Der Herausgeber Hans Weiss hat mit diesen Bildern einen wirklich glücklichen Fund gemacht, der auch Eingang in die österreichische Fotogeschichte finden wird.

Auch seine Gespräche mit den Dorfbewohnern, die Lebensgeschichten der Menschen von Langenegg, einem Dorf im Bregenzer Wald, erweisen sich gleichfalls als Glücksfälle, bieten sie doch einen focussierten Mikrokosmos, und einen höchst wundersamen noch dazu. Eine kleine Welt, in der die große ihre Probe hält. Weiss

empfielt seinen Lesern im Vorwort zum vorliegenden Band, „Eine Welt, die verschwindet", die Lebensgeschichte des Bauern Franz Michael Felder, „Aus meinem Leben", zu lesen. Ich bin dieser Empfehlung gefolgt und kann sie nur nachdrücklich weitergeben. Mit den heutigen Erfahrungen, dem vorliegenden Band und den Felder-Erinnerungen liegen mehr als hundert Jahre Dorfgeschichte und Alltagsleben in einem überschaubaren lokalen Raum vor.

In den von Hans Weiss gesammelten Lebenserinnerungen werden Typisierungen vorgenommen. Die individuelle Person steht somit — auch — für eine Berufsgruppe (Der Bauer, Die Dorffrau, „Friedas Anna", Lehrer und Schüler, „Die Schule", „Arme Leute", Arbeitswelt „Auf der Alpe", „Die Gemeindesekretärin", Zuwanderer — „Die Fremdländischen", „Der Hirschenwirt"), aber sie alle bleiben — und das ist das Verdienst des Interviewers, besser, des Gesprächspartners Weiss — doch Individuen. Besonders faszinierend sind die Erinnerungen der „Gemeindesekretärin", die das Dorf verläßt, um in Hotels und Pensionen in der Schweiz zu arbeiten, die Beziehung zu ihrer Heimat aber nie ganz verliert und später wieder ins Dorf zurückkehrt.

Problematisch wie bei allen narrativen Interviews erscheint auch hier die (notwendige) Kürzung und Straffung der Erinnerungen, das Hineinpressen eines Lebens in eine abgeschlossene Geschichte mit vorgegebener Seitenzahl. Das angenommen Banale, das vielleicht für den Erzähler besonders wichtig gewesen wäre, wird gekürzt, gestrichen, gestrafft, redaktionell bearbeitet. Die eigene Sprache wird durch die des Herausgebers, der die Geschichten ja nacherzählt, ersetzt. Damit geht natürlich vieles von der Originalität verloren, man gewinnt damit aber zugegebenermaßen höhere Benutzerfreundlichkeit. Beides ist problematisch, die beste Lösung dieses Dilemmas gibt es nicht und wird es auch niemals geben.

Einiges vom dritten Teil dieser Rezension, der sich mit grundlegenden moralisch-ethischen Fragen und methodologischen Problemen der Vermarktung von Lebensgeschichten auseinandersetzen will, wurde ja schon vorweggenommen. Die entscheidende Frage ist und bleibt: Was bekommen Menschen, die sich für solche Interviews zur Verfügung stellen, Persönliches, Intimes preisgeben, als Gegenleistung? Eine Kürzung ihrer Erinnerung, eine Veränderung ihrer Aussagen durch neue Sprache, eine künstliche Schwerpunktsetzung des eigenen Lebens durch einen Autor oder Redakteur, der bestimmt, was wichtig und überliefernswert ist und was nicht? Hier liegt, so meine ich, die Gefahr der inhaltlichen Ausbeutung, eine finanzielle gibt es ja in jedem Fall. Denn die Einnahmen fließen auf die Konten der Herausgeber und Redakteure, nicht aber auf die der Befragten und Erzähler.

Für die qualitative Sozialforschung haben solche Bücher auch negative Auswirkungen. Die runde und glatte Vorgabe von Lebensgeschichten kann nicht mit der mühsam zusammengestellten und transkribierten Darstellung der qualitativen Sozialforschung verglichen werden. Aber sie setzt Standards, die so glatt und rund, so journalistisch und manchmal literarisch von der Wissenschaft nicht nachvollzogen werden können und dürfen, ohne sich in die Lebensgeschichten der Befragten in unzulässiger Weise einzumischen und verändernd auf diese einzuwirken.

Das Leben der Erzähler muß tabu bleiben, der Preis für ihre Bereitschaft, die Geschichte zu erzählen, muß sein, diese Geschichte dann auch unverändert wiederzugeben. Daß sich solche wissenschaftliche Intentionen nicht mit den verlagsinternen Überlegungen und den Bestrebungen nach leichter Lesbarkeit der Bücher treffen, ist klar. Eine vertretbare Lösung wird zwischen beiden Extremen liegen müssen.

Hannes Haas

* * * * *

Bei Unzustellbarkeit bitte zurück an: Medien & Zeit — 1014 Wien, Postfach 208
P. b. b., Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1070 Wien, 2. Aufgabepostamt 1010 Wien

MEDIEN & ZEIT

Forum für historische Kommunikationsforschung

3. Jahrgang 1988

Jahresregister

BEITRÄGE

Georg Auer: Down under — ganz unten drunter. Auch in Australien machten Österreicher im 2. Weltkrieg antifaschistische Exilzeitschriften . . . . . **1**, 24—27
Robert Breuer: „Der lange, mühevolle Weg ins Exil". Als Wiener Journalist nach New York **1**, 27—30
Erich Derman: „... aber unsere Stimme drang nach Österreich." Widerstand aus dem Exil via Radio. . . . . **1**, 31—35
Irene Etzersdorfer: „Vorwärts zur Deutschen Freiheit." Ideologische Entwicklungen des österreichischen Sozialismus im Untergrund und Exil . . . . . **2**, 27—32
Eckart Früh: Sonka, Serke, Wehle und ich. . . . . **4**, 30—33
Fritz Fuchs: Wie ich ein Leningrader wurde. Als österreichischer Exilant beim Leningrader Rundfunk . . . . . **2**, 13—18
Helmut Gruber: „Wir Österreicher" und „gewisse Kreise im Ausland". Antisemitische Inhalte und Argumentationen in *Kronenzeitung* und *Presse* während des Bundespräsidentenwahlkampfes 1986 . . . . . **3**, 17—24
Hannes Haas/Fritz Hausjell: Das Exil österreichischer Journalisten durch „Ständestaat" und „Drittes Reich". Anmerkungen zur Forschungssituation sowie eine Umfrage . . . . . **1**, 21—24
Hannes Haas: Die Publizistik des Vorurteils. Antisemitismus in Karikatur und Satire am Beispiel des *Kikeriki* . . . . . **3**, 3—7
Hannes Haas/Fritz Hausjell: Österreichische Journalisten über ihr Exil. Eine Umfrage (Teil 2) **2**, 13
Hanno Hardt: Exilpublizistik in der amerikanischen Mediengeschichte. Eine ideologische Bilanz **1**, 17—20
Fritz Hausjell: „... daß das eine grausige Situation ist." Die Freunde im Exil und ich hier als Journalist im „Dritten Reich". Ein Gespräch mit Milan Dubrovic . . . . . **2**, 8—12
Fritz Hausjell / Theo Venus: „... wie's ihm ums Herz ist." Eine Radioreportage zum Judenpogrom „Reichskristallnacht", ausgestrahlt vom Sender Wien am 10. November 1938. Eine Dokumentation der Reportage sowie die Biographie des Reporters Eldon W. A. Walli **3**, 31—33
Rudolf Holzer: Österreichischer Exiljournalismus in Skandinavien 1938—1945 . . . . . **2**, 22—26
Walter Kissling: „Die Macht des Bösen ist am Werk". Antisemitische Argumentationen im fundamentalistisch-katholischen Monatsblatt *Der 13*. . . . . **3**, 25—30
Arnulf Kutsch: Die Emigration der deutschen Zeitungswissenschaft ab 1933. Anmerkungen zu einem vergessenen Thema . . . . . **1**, 3—16
Winfried B. Lerg: Der Filmpublizist Arnold Roger Manvell 1909—1987. Eine bio-bibliographische Notiz . . . . . **4**, 25—29
Heinz Lunzer: Ludwig Ullmann . . . . . **4**, 14—16
Egon Michael Salzer: „Ihren Dreck brauchen wir nicht mehr. Heil Hitler!" Das Ende als Londoner Korrespondent. . . . . **2**, 19—21
Will Schaber: Die Exilzeitung *Aufbau* und der emigrierte Zeichner Bendikt Fred Dolbin. Rede zur Eröffnung einer Ausstellung . . . . . **2**, 3—7
Andrea Schlotterbeck: Die Berichterstattung über die „Endlösung der Judenfrage". Eine Zeitungsanalyse am Beispiel der *Neuen Zürcher Zeitung* 1942. . . . . **3**, 9—15
Michael Schmolke: Katholische Journalistik in Österreich 1933—1938 . . . . . **4**, 17—24
Ludwig Ullmann: „In Wahrheit hat mein ‚Exil' schon damals, im Februar 1934, begonnen." Auszüge aus „Heimat in der Fremde". Ein Buch der Erinnerung und der Gegenwart . . . **4**, 3—13
Hannes Zimmermann: 41. Internationales Filmfestival in Locarno, August 1988 . . . . . **3**, 33—34

REZENSIONEN

Thomas Chorherr (Hrsg.): 1938 — Anatomie eines Jahres. Wien 1987. (Wolfgang Duchkowitsch) . . . . . **4**, 33—34
Anthony Heilbut: Kultur ohne Heimat. Deutsche Emigranten in den USA nach 1930. Berlin 1987. (Hannes Haas) . . . . . **1**, 35—36
Michael Kehlmann / Georg Biron: Der Qualtinger. Ein Porträt. Wien 1987. (Hannes Haas) . **3**, 37
Felix Kreissler: Der Österreicher und seine Nation. Ein Lernprozeß mit Hindernissen. Wien, Köln, Graz 1984. (Hannes Haas) **1**, 36
Karl Mellacher: Das Lied im österreichischen Widerstand. Funktionsanalyse eines nichtkommerziellen literarischen Systems. Wien 1986. (Wolfgang Duchkowitsch) **4**, 35
Herbert Reinoss (Hrsg.): Simplicissimus. Bilder aus dem „Simplicissimus". Hannover 1987. (Wolfgang Duchkowitsch) . . . . . **4**, 35—36
Jürgen Serke: Böhmische Dörfer. Wanderungen durch eine verlassene literarische Landschaft. Wien, Hamburg 1987. (Hannes Haas) **2**, 33
Richard von Soldenhoff (Hrsg.): Kurt Tucholsky. Ein Lebensbild. Erlebnis und Schreiben war ja — wie immer — zweierlei. Weinheim, Berlin 1987. (Hannes Haas) . . . . . **3**, 35—36
Hilde Spiel: Glanz und Untergang 1866—1938. Wien 1987. (Hannes Haas) . . . . . **2**, 32—33
Daniel Spitzer: Wiener Spaziergänge. Bd 1 u. 2. Hrsg. v. Walter Obermaier. Wien o. J. (Hannes Haas) . . . . . **3**, 36—37
Klaus Westermann: Joseph Roth. Journalist. Eine Karriere 1915—1939. Bonn 1987. (Hannes Haas) **3**, 35

REDAKTION

Heft 1: Hannes Haas und Fritz Hausjell
Heft 2: Wolfgang Duchkowitsch und Fritz Hausjell
Heft 3: Rudolf Holzer und Peter Malina
Heft 4: Wolfgang Duchkowitsch und Hannes Zimmermann

AUTORINNEN- UND AUTORENREGISTER

Die kursiv gesetzten Seitenzahlen beziehen sich auf Rezensionen

Georg Auer **1**, 24
Robert Breuer **1**, 27
Erich Derman **1**, 31
Wolfgang Duchkowitsch **4**, *33, 35*
Irene Etzersdorfer **2**, 27
Eckart Früh **4**, 30
Fritz Fuchs **2**, 13
Helmut Gruber **3**, 17
Hannes Haas **1**, 21, *35, 36;* **2**, 13, *32, 33;* **3**, 3, *35, 36, 37*
Hanno Hardt **1**, 17
Fritz Hausjell **1**, 21; **2**, 8, 13; **3**, 31
Rudolf Holzer **2**, 22
Walter Kissling **3**, 25
Arnulf Kutsch **1**, 3
Winfried B. Lerg **4**, 25
Heinz Lunzer **4**, 14
Egon Michael Salzer **2**, 19
Will Schaber **2**, 3
Andrea Schlotterbeck **3**, 9
Michael Schmolke **4**, 17
Ludwig Ullmann **4**, 3
Theo Venus **3**, 31
Hannes Zimmermann 3, 33

‚Alte' Hefte

Falls Sie nicht seit Beginn zu den Abonnenten von MEDIEN & ZEIT gehören, können Sie jetzt Versäumtes nachholen. Folgende Ausgaben von MEDIEN & ZEIT sind derzeit noch lieferbar:

Doppelheft 1—2 / 1986 (vergriffen)

Heft 3 / 1986 (vergriffen)

Heft 4 / 1986

Inhalt: *Programmgeschichte als Aufgabe. Zu einigen methodischen Problemen der Mediengeschichtsschreibung* (Knut Hickethier) + *Die Photometapher in der Reportagediskussion* (Hannes Haas) + *„Ich bin ein Feind jeder Definition". Friedrich Heer zum 70. Geburtstag* (Peter Malina) + *Vor 70 Jahren: Zeitungspapier = Notwendigkeitspapier. Zur 1. Konferenz der Österreichischen Tageszeitungen* (Wolfgang Duchkowitsch) + *Das Verschwinden des Films. Österreichische Filmtage 1986* (Georg Haberl) + Rezensionen.

Heft 1 / 1987 (vergriffen)

Heft 2 / 1987

Inhalt: *U.S.-Medienpolitik und die neue österreichische Journalistenelite* (Oliver Rathkolb) + *Die gescheiterte Alternative. Das Modell der Sozialisierung der Betriebsgewinne einer Zeitung am Beispiel der Salzburger Nachrichten (1945—1960)* (Fritz Hausjell) + Rezensionen + Jahresregister 1986.

Heft 3 / 1987

Inhalt: *Welche Zukunft hat die Kommunikationsgeschichte? Eine Rundfrage.* (Hannes Haas) (Dazu die Stellungnahmen von Ulrich Saxer *[Das Altern der neuen Paradigmen, Daten und Medien]*, Jürgen Wilke, Michael Schmolke, Kurt Koszyk, Walter Hömberg *[Die kunstreichen Brüder oder Über die Zukunft der Kommunikationsgeschichte]*, Bodo Rollka *[Plädoyer für eine vergleichende Kommunikationsforschung]*) + *Ein Plädoyer, Kommunikationsgeschichte endlich zu schreiben* (Wolfgang R. Langenbucher) + *Wie halten es Studienanfänger mit Kommunikationsgeschichte? Ergebnisse zweier Befragungen* (Wolfgang Duchkowitsch) + *Film: Quelle, Zeugnis, Dokument* (Winfried B. Lerg) + *Kommunikationsgeschichte und gesellschaftliche Lernprozesse* (Anton Austermann).

Heft 4 / 1987

Inhalt: *Die späte Einsicht. Ein Essay über die fehlende Aufarbeitung der Rolle der Zeitungswissenschaft zwischen 1933 und 1945* (Hannes Haas) + *„Die Geschichte entläßt niemanden". Das große Tabu Österreichs: Sein Umgang mit der Vergangenheit* (Peter Malina) + *Faszination Drittes Reich — Kunst und Alltag der Kulturmetropole Salzburg 1938* (Gert Kerschbaumer) + *Ein Hinweis auf Alfred Schütz* (Eugen Semrau) + *Anmerkungen zu den österreichischen Film-Tagen 1987* (Georg Haberl) + Rezensionen.

Heft 1 / 1988

Inhalt: *Die Emigration der deutschen Zeitungswissenschaft ab 1933* (Arnulf Kutsch) + *Exilpublizistik in der amerikanischen Mediengeschichte* (Hanno Hardt) + *Das Exil österreichischer Journalisten durch „Ständestaat" und „Drittes Reich". Anmerkungen zur Forschungssituation und eine Umfrage* (Hannes Haas, Fritz Hausjell) + *Down under — ganz unten drunter. Auch in Australien machten Österreicher im 2. Weltkrieg antifaschitische Exilzeitschriften* (Georg Auer) + *„Der lange, mühevolle Weg ins Exil". Als Wiener Journalist nach New York* (Robert Breuer) + *„... aber unsere Stimme drang nach Österreich". Widerstand aus dem Exil via Radio* (Erich Derman) + Rezensionen.

Heft 2 / 1988

Inhalt: *Die Exilzeitung Aufbau und der emigrierte Zeichner Benedikt Fred Dolbin.* (Will Schaber) + *Die Freunde im Exil und ich hier als Journalist im „Dritten Reich". Ein Gespräch mit Milan Dubrovic* (Fritz Hausjell) + *Österreichische Journalisten über ihr Exil.* (2. Teil der Umfrage von Fritz Hausjell mit Berichten von Fritz Fuchs *[Als österreichischer Exilant beim Leningrader Rundfunk]*, Egon Michael Salzer *[Das Ende als Londoner Korrespondent]*, Rudolf Holzer *[Österreichischer Exiljournalismus in Skandinavien 1938—1945]*) + *Vorwärts zur Deutschen Freiheit. Ideologische Entwicklungen des österreichischen Sozialismus in Untergrund und Exil* (Irene Etzerdorfer) + Rezensionen + Jahresregister 1987.

Heft 3 / 1988 (vergriffen)

Heft 4 / 1988

Inhalt: *„In Wahrheit hat mein ‚Exil' schon damals, im Februar 1934, begonnen."* Auszüge aus *Heimat in der Fremde* (Ludwig Ullmann) + *Ludwig Ullmann* (Heinz Lunzer) + *Katholische Journalistik in Österreich 1933—1938* (Michael Schmolke) + *Der Filmpublizist Arnold Roger Manvell 1909—1987* (Winfried B. Lerg) + *Sonka, Serke, Wehle und ich* (Eckart Früh) + Rezensionen.

Heft 1 / 1989

Inhalt: *Die weiße Weste. Zum René-Marčić-Preis 1988/89 der Salzburger Landesregierung* (Gert Kerschbaumer) + *„Das waren Sätze, die uns wirklich ins Tiefste erschreckt haben." Ein Gespräch mit Hilde Spiel über das Bedenkjahr 1988 und den umstrittenen René-Marčić-Preis* (Fritz Hausjell) + *„Was unsere Zeit vor allem braucht, ist der Geist der Versöhnung, der Volksgemeinschaft." Zur Biographie des Journalisten Alfons Dalma* (Fritz Hausjell und Oliver Rathkolb) + *„Wieder Fuß fassen, nicht gefragt werden, schweigen dürfen." Ilse Leitenberger.* (Peter Malina) + *Viktor Reimanns Publizistik zwischen 1945 und 1955* (Oliver Rathkolb) + Rezensionen.

Bestellungen an:
Medien & Zeit, Postfach 208, 1014 Wien

Bestellung

Ich / Wir bestelle/n

... Ex. Medien & Zeit 4/1986, à öS 45.—
... Ex. Medien & Zeit 2/1987, à öS 45.—
... Ex. Medien & Zeit 3/1987, à öS 45.—
... Ex. Medien & Zeit 4/1987, à öS 45.—
... Ex. Medien & Zeit 1/1988, à öS 45.—
... Ex. Medien & Zeit 2/1988, à öS 45.—
... Ex. Medien & Zeit 4/1988, à öS 45.—
... Ex. Medien & Zeit 1/1989, à öS 45.—

... Abonnement, öS 150.— / Jahr (Ausland inkl. Porto öS 215.—) ab Heft ../....

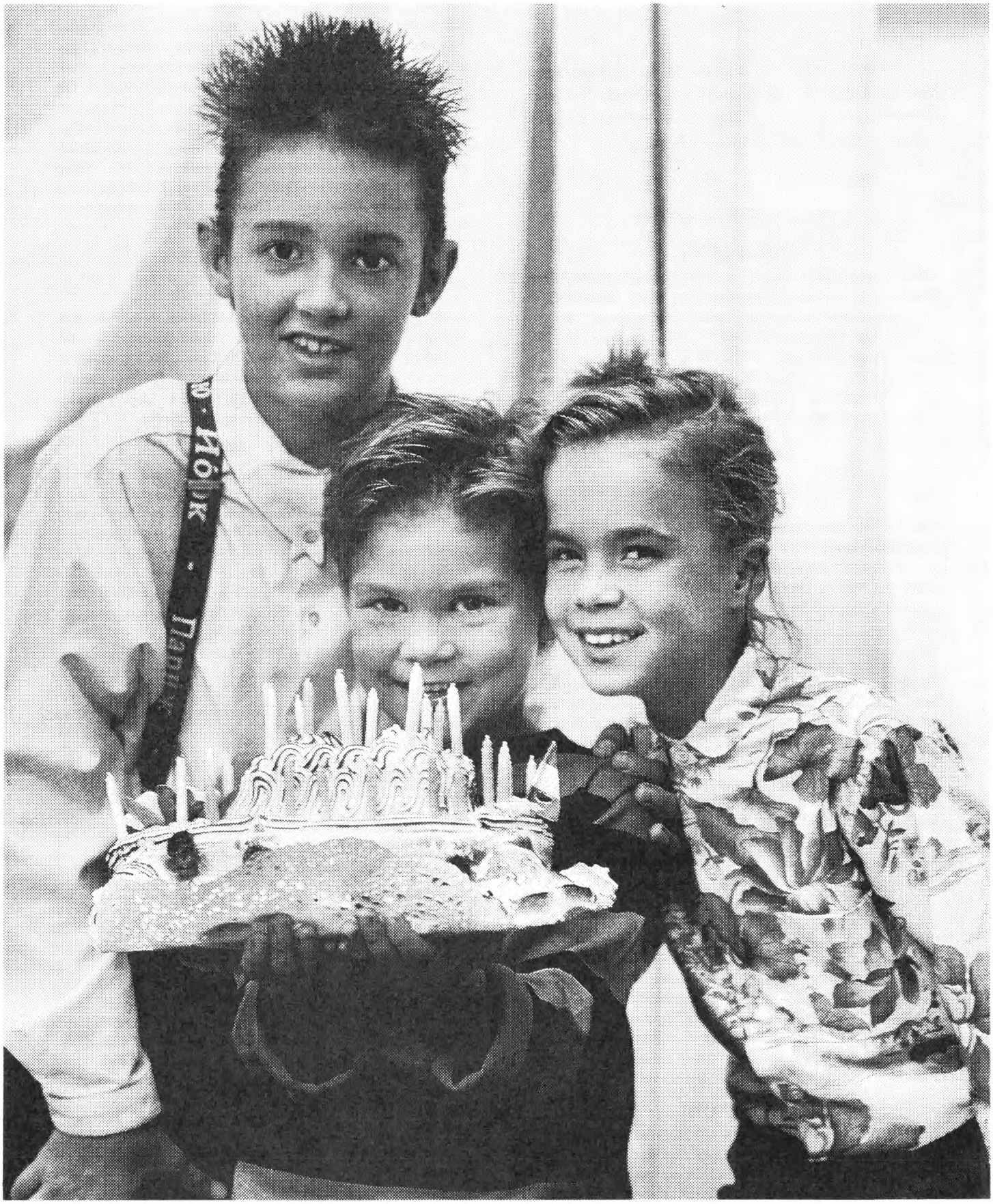
... Studentenabonnement, öS 110.—/ Jahr (Inskriptionsbestätigung) ab Heft ../....

Name

Adresse

Datum Unterschrift

CA, *die* **Bank** *zum* **Erfolg.**



Sein siebentes Lebensjahr beginnt gut mit einem Erfolgssparbuch. *Verpackt in die schönsten Zinsen für seine ganz persönliche Schilling-Aufwertung in der CA.*

CREDITANSTALT